

## Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Staatsminister Dr. Markus Söder

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Abg. Volkmar Halbleib

Abg. Erika Görnitz

Abg. Manfred Pointner

Zweiter Vizepräsident Franz Maget

Abg. Claudia Stamm

Abg. Karsten Klein

Abg. Christine Kamm

Abg. Georg Winter

Abg. Eike Hallitzky

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl

**Präsidentin Barbara Stamm:** Zur gemeinsamen Beratung rufe ich die Tagesordnungspunkte 2 a und 2 b auf:

**Gesetzentwurf der Staatsregierung**

**zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2012)**

**(Drs. 16/10799)**

**- Erste Lesung -**

und

**Gesetzentwurf der Staatsregierung**

**zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2011/2012**

**(Nachtragshaushaltsgesetz 2012 - NHG 2012) (Drs. 16/10800)**

**- Erste Lesung -**

Ich darf dem Staatsminister der Finanzen das Wort erteilen, Herrn Staatsminister Dr. Söder. - Bitte schön, Herr Staatsminister.

**Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium):** Danke schön. - Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! "Haushaltseinbringung" - diese Titel steht - auch wenn er auf den ersten Blick wenig Spannendes verspricht, doch für einen ganz besonderen Termin im Parlamentsleben; denn es geht dabei nicht nur um die buchhalterische Darstellung von Einzelposten, sondern eigentlich um die Leitlinien der gesamten Politik einer Regierung. Bismarck soll einmal gesagt haben: 90 % der Politik sind Haushaltspolitik, und der Rest dreht sich auch um das Geld.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Finanzpolitik bestimmt nicht nur bei uns, sondern in ganz Europa die Tagesordnungen der Politik. Die Staatsschuldenkrise hat in Europa zu vielen politischen Veränderungen geführt; insgesamt sieben Regierungen mussten im letzten Jahr unter dem Druck der Finanzmärkte und der Finanzkrise

weichen. Der Grund dafür war nicht etwa eine Schwierigkeit der Euro-Währung, sondern die Problematik der Staatsschuldenkrise. Meine Damen und Herren, dies ist entscheidend; denn wir haben in diesem Hause schon seit langer Zeit gesagt: Schulden sind nicht nur deshalb unmoralisch, weil sie der nächsten Generation die Kosten für den gegenwärtigen Konsum oktroyieren, sondern weil sie durch die Zinszahlungen, die geleistet werden müssen, auch die aktuelle Haushaltspolitik und die wirtschaftliche Handlungsfähigkeit lähmen. Deswegen müssen wir etwas dagegen tun.

(Beifall bei der CSU)

Deutschland ist in dieser Krise in Europa der Stabilitätsanker. Bayern ist dabei der Stabilitätskern in Europa. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben in dieser Krise ein Triple-A. Der Labortest, der Bluttest sozusagen, für dieses Triple-A ist unser Haushalt. Wir haben in den letzten Jahren nicht nur an der Idee, sondern auch an der Umsetzung des ausgeglichenen Haushalts festgehalten.

(Markus Rinderspacher (SPD): Landesbank!)

Damals, vor sieben Jahren, gab es jedoch heftige Debatten darüber, ob das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts richtig ist. Im Jahre 2004 sagte unser Vizepräsident Franz Maget, der sich heute an anderer Stelle schon geäußert hat, Schuldentilgung sei eine finanzpolitische populistische Wahlkampfidée. Franz Maget sagte im Mai 2004 in einem Interview mit der "Welt", der ausgeglichene Haushalt sei doch nur ein Dogma. Er sei ein völlig falsches Signal.

Herr Kollege Heinz Kaiser - die Älteren unter Ihnen werden ihn noch kennen -, ein Haushaltspolitiker und wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD, nannte in einem Interview mit der "Nürnberger Zeitung" im Dezember 2003 folgende Wirkungen eines ausgeglichenen Haushalts: "Ein ausgeglichener Haushalt ist ein Programm für mehr Arbeitslosigkeit, mehr Insolvenzen und weiter zurückgehende Steuereinnahmen."

(Beifall bei der CSU und der FDP - Georg Schmid (CSU): Schlimm, schlimm, schlimm, ganz schlimme Sache!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie haben sich gestern und heute geirrt.

Unser Ziel des ausgeglichenen Haushalts war damals richtig, es ist heute richtig, und es ist das Programm für morgen. Es ist Standardmodell für Deutschland geworden. Die Schuldenbremse wird in die Verfassungen der Länder integriert. Sie entwickelt sich jetzt zur Blaupause für ganz Europa. Meine Damen und Herren, die bayerische Finanzphilosophie ist also nicht nur gut für Bayern; sie ist letztlich auch der Kompass für eine nachhaltige europäische Währungspolitik. Konsolidierung und Wachstum sind dabei die zusammengehende Strategie.

Wir haben gerade in dem Bericht von Martin Zeil sehr eindrucksvoll gehört, wie sich Bayern entwickelt. Im Jahr 2010 gab es ein Wirtschaftswachstum von 3,9 %. Langfristig gesehen - das ist der Charakter der Finanzpolitik - ist das Bruttoinlandsprodukt in Bayern von 2000 bis zum Jahr 2010 um 13,6 % gewachsen. In Baden-Württemberg, einem starken Wettbewerber, lag der Anstieg nur bei 8,8 %. Deshalb kann man eines sagen: Der Weg, den wir in der Vergangenheit gegangen sind, hat sich trotz schwieriger Zeiten als richtig erwiesen. Bei allen Diskussionen über die Zukunft ist die Vergangenheit immer der Glaubwürdigkeitsmaßstab. Wir in Bayern können sagen: Was wir in den letzten Jahren gemacht haben, war richtig. Diesen Weg wollen wir fortsetzen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir spüren, dass die Welt unsicherer wird. Deshalb setzen wir ganz bewusst auf Sicherheit und Stabilität statt auf Risiko. Anstatt über kurzfristige Strohfeuereffekte zu debattieren, wollen wir mit langfristigen Strategien für Bayern die Zukunft sichern. Ein Ziel, das übrigens jedes Unternehmen und die Banken anstreben, ist es dabei, unabhängiger und autarker zu werden. Unser grundlegendes Ziel muss es sein, auf lange Sicht unabhängig oder weitgehend unabhängig von den Finanzmärkten zu werden;

denn das größte Abhängigkeitsproblem, das alle haben, sind die Schulden. Wer Schulden hat, muss Zinsen zahlen.

Wir sind in dieser Debatte auf einer guten Startposition. Bayern hat mit 2.573 Euro pro Kopf die niedrigste Verschuldung in Deutschland. Unter den westdeutschen Flächenstaaten ist die Verschuldung mit 7.764 Euro pro Kopf dreimal so hoch. Nordrhein-Westfalen, ein Referenzland, hat mit 9.673 Euro pro Kopf eine viermal so hohe Verschuldung. Das geliebte Land Berlin hat mit 17.531 Euro pro Kopf eine siebenmal so hohe Verschuldung wie Bayern. NRW und Berlin nehmen sogar ständig neue Schulden auf.

(Georg Schmid (CSU): Wer hat denn da regiert? - Markus Rinderspacher (SPD): Jürgen Rüttgers!)

Diese Länder müssen Schulden aufnehmen, um ihre Zinsen zahlen zu können. Nordrhein-Westfalen muss allein vier Milliarden Euro aufnehmen. Eines muss ich Ihnen sagen: Wer Steuergelder von Menschen so verschwendet, dass er immer neue Schulden machen muss, geht den falschen Weg. Wir gehen auf diesem Weg nicht mit.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Die einen verschulden sich; wir wollen tilgen. Im Moment haben wir mit 2,4 % die niedrigste Zinsquote. In Nordrhein-Westfalen liegt sie bei 8,4 %. Trotzdem ist uns eine Milliarde Euro, die wir für Zinsen zahlen müssen, auf Dauer zu viel; denn Schuldenzinsen sind verlorenes Geld. Wir wollen nicht dauerhaft Zinsen für Schulden zahlen, sondern wir wollen tilgen, weil wir glauben, dass dies für die nächsten Generationen der nachhaltigste Weg ist. Wir wollen tilgen, nicht sparen. Unser Ziel ist es, bis zum Jahr 2030 die Schulden auf Null zu fahren. Damit wäre Bayern schuldenfrei.

Meine Damen und Herren, wir wollen mit allen darüber reden, wie wir diesen Weg gestalten können. Wir arbeiten jetzt an einem Tilgungsplan. Die Menschen in Bayern haben sehr positiv auf dieses Ziel reagiert. Anders war allerdings die Reaktion von

Teilen dieses Hauses in den letzten Tagen. Herr Rinderspacher, anstatt sich inhaltlich engagiert und fair einzubringen, haben Sie in einer Pressekonferenz gepoltert und mit einer Wortwahl, die diesem Thema vollkommen unangemessen ist, agiert.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Zu sagen, die Schuldentilgung sei auf dem Pissoir erfunden worden, diskreditiert ein zentrales politisches Thema und beleidigt alle Bürger und Ökonomen, die seit Jahren eine Schuldentilgung fordern.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich weiß, dass dieser Stil normalerweise nicht der Ihre ist. Deshalb sollten Sie an dieser Stelle umkehren und in sich gehen. Wahlkampfdiskussionen sind bei diesem Thema nicht angebracht.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das sagt der Richtige! Sie müssen über Stil reden!)

Es geht aber nicht nur um den Stil. Der Stil ist das eine. Es geht auch um den Inhalt. Offenkundig lehnen Sie Schuldentilgung generell ab.

(Widerspruch bei der SPD)

Sie setzen lieber auf Anlagestrategien. In der letzten Woche gab es hier im Parlament eine große Debatte. Dabei hat der Fraktionsvorsitzende der SPD bewusst gesagt, besser als eine Schuldentilgung wäre das Anlegen des Geldes zum Beispiel für die Versorgungsrücklagen. Er hat dabei eine dauerhafte Rendite von 7 % genannt.

(Markus Rinderspacher (SPD): Das stammt aus Ihren Zahlen!)

Diese 7 % sind eine Momentaufnahme. Wenn man eine kluge Strategie für die Zukunft entwickeln will, muss man wissen, dass dieser Zinssatz nicht die nächsten 30 Jahre garantiert ist. Die Entwicklung des Versorgungsfonds in den letzten Jahren hat gezeigt, dass er erheblichen Schwankungen unterworfen ist.

(Volkmar Halbleib (SPD): Danke für die Belehrung!)

- Zuhören. Erst schauen, dann hauen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Meine Damen und Herren, natürlich schwanken die jährlichen Renditen. Sie müssen auch schwanken, weil die wirtschaftliche Entwicklung unterschiedlich ist. Wir hatten Jahre, in denen es für den Versorgungsfonds und die Rücklagen hervorragend lief. Wir haben unterschiedliche Anlageoptionen.

(Markus Rinderspacher (SPD): Die Zinsen waren in jedem Jahr höher!)

Im Jahr 2000 hatten wir beispielsweise eine durchschnittliche Rendite von 6,41 %. Das ist gut. Im Jahr 2002 hatten wir jedoch nur 0,66 %. Bezogen auf das schwierige Jahr 2008 gab es sogar einen Rückgang in der Versorgungsrücklage von minus 1,5 %. Deshalb ist das Vorhaben, auf eine Anlage zu setzen, weil dies in jedem Fall besser als eine Schuldentilgung sei, nicht seriös.

(Markus Rinderspacher (SPD): Das war das Glanzstück von Herrn Stoiber! -

Volkmar Halbleib (SPD): Sie beklagen die Politik, die Herr Stoiber gemacht hat!)

Meine Damen und Herren, in den nächsten 30 Jahren gibt es nur eine wirkliche Anlageoption, die ganz sicher 7 bis 8 % Zinsen verspricht, nämlich italienische oder ungarische Staatsanleihen. Ich hoffe nicht, dass Sie den Bayern empfehlen wollen, solche Staatsanleihen zu erwerben, statt Schulden zu tilgen. Wir werden diesen Weg nicht mitgehen.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Volkmar Halbleib (SPD): So ein Quatsch!)

Anlagen bergen die Chance auf hohe Renditen. Sie haben jedoch immer das Risiko von Ausfällen. Das Schuldentilgen ist hingegen ganz sicher; denn am Ende sind die Schulden weg und die Zinslasten nicht mehr zu zahlen. Deswegen ist unser gemeinsamer Ansatz, dass wir Schulden tilgen wollen. Ich sage Ihnen eines: Während Sie lie-

ber spekulieren, setzen wir auf die Tilgung, weil dies ein seriöser Weg ist, den wir in Bayern gehen wollen.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zurufe von der SPD)

Wir errechnen derzeit einen Tilgungsplan.

**Präsidentin Barbara Stamm:** Herr Staatsminister, einen Augenblick bitte. Ich muss mich wiederholen: Zwischenrufe ja, aber bitte nicht permanent. Herr Kollege Halbleib, Sie werden in Kürze hier stehen. Dann wird es Ihnen recht sein, wenn man Ihnen zuhört. Bitte schön, Herr Staatsminister.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

**Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium):** Meine Damen und Herren von der Opposition, Sie können nicht Woche für Woche in einem Stil, der parlamentarisch unangemessen ist, austeilen, wenn Sie nicht bereit und in der Lage sind, Gegenargumente zu akzeptieren. Dies gehört zur fairen Demokratie.

(Markus Rinderspacher (SPD): Dann erlauben Sie auch, dass Herr Stoiber zitiert wird!)

Wir errechnen derzeit einen Tilgungsplan, was nicht einfach ist. Wir verfolgen ein ambitioniertes Ziel. Er muss seriös und valide und darf keine Sparorgie sein. Das darf übrigens schon gar nicht auf Kosten der Kommunen gehen. Unsere Philosophie und die Philosophie der Finanzpolitik war es, die Kommunen ganz bewusst an wirtschaftlichen Entwicklungen teilhaben zu lassen.

Der kommunale Finanzausgleich, den wir derzeit haben, meine Damen und Herren, ist der höchste in der Geschichte Bayerns. Mit 7,26 Milliarden Euro setzen wir ein ganz deutliches Signal der Teilhabe der Kommunen an der wirtschaftlichen Entwicklung. Wir erhöhen die reinen Landesleistungen um über 400 Millionen Euro; wir erhöhen den Anteil der Kommunen am Steuerverbund, damit sie mehr wirtschaftliche Selbst-



ständigkeit und Unabhängigkeit auch vom Staat erreichen. Die Schlüsselzuweisungen steigen. Ganz besonders die kleinen, strukturschwachen Gemeinden bekommen durch den Demografiezuschlag auf der einen Seite und durch die Erhöhung der Mindestinvestitionspauschale auf der anderen Seite eine neue Chance, sich wirtschaftlich zu entwickeln. Das beweisen die Äußerungen der kommunalen Spitzenverbände. Sowohl Jakob Kreidl als auch Uwe Brandl sagten, sie fühlten sich dieses Mal ausgesprochen gut behandelt. Sogar der SPD-Oberbürgermeister von Nürnberg Maly sagt in typisch fränkischer Euphorie: Passt scho!

(Heiterkeit bei der CSU und der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das zeigt, dass wir damit auf einem guten und richtigen Weg sind. Wir sparen nicht zulasten der Kommunen, sondern wir beteiligen sie am wirtschaftlichen Erfolg, den Bayern hat. Das ist ein guter Weg, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Unsere Tilgung geht nicht auf Kosten unserer Kommunen. Meine Damen und Herren, es geht auch nicht, dass wir nur zugunsten anderer Länder tilgen. Wir sind für Bayern. Die neuesten Zahlen aus dem Bund zum Länderfinanzausgleich sind schon ein Anlass, nachhaltig zu diskutieren. Meine Damen und Herren, die neuesten Zahlen bestätigen, dass das System nicht mehr funktioniert. Von den 7,3 Milliarden des Länderfinanzausgleichs muss der Freistaat Bayern 3,7 Milliarden und damit mehr als die Hälfte zahlen.

(Markus Rinderspacher (SPD): Das hat uns Stoiber eingebrockt!)

Die Zahlen haben sich von 2003 bis 2011 nahezu verdoppelt. Wenn man noch die Umsatzsteuerverteilung berücksichtigt, dann zahlen die Bayern derzeit 16 % der gesamten Steuereinnahmen an andere Länder. Meine Damen und Herren, es kann nicht sein, dass Bayern quasi im Alleingang den Rest der Republik finanziert.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und der FDP)

Das Argument, wir seien nicht solidarisch, muss man ernst nehmen. In der Tat stimmt, dass wir seit 1950 3,4 Milliarden Euro aus dem Länderfinanzausgleich erhalten haben, und dafür sind wir dankbar. Dass wir ab 1989, als wir Geberland geworden sind, insgesamt 38,3 Milliarden eingezahlt haben, unter dem Strich also insgesamt 34,9 Milliarden Euro netto an die anderen Ländern, entkräftet aber den Vorwurf der mangelnden Solidarität eindeutig.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Mittlerweile gibt es auch unter den Empfängerländern Diskussionen. Das Bundesland Berlin empfängt mit über 3 Milliarden Euro über 40 % des gesamten Länderfinanzausgleichs. Dadurch wird jeder Berliner Einwohner bei der Ausgleichsberechnung deutlich höher bewertet als jeder Bayer. Meine Damen und Herren, dazu muss ich Ihnen sagen: Aus meiner Sicht sind die Bayern mindestens genauso viel wert wie die Berliner Bürger.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Dem Berliner Finanzsenator ist es heute zu nervig, dass wir uns für die Bayern einsetzen. Da kann ich ihm versprechen, dass wir das auch weiter tun werden; unser Auftrag ist es, für Bayern da zu sein und nicht für die anderen Länder.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir streben klar die Reduktion unseres Anteils im Länderfinanzausgleich an, und bieten an, inhaltlich darüber zu diskutieren, wie wir ihn dämpfen können. Dazu haben wir Pläne vorgelegt. Wenn es nicht zu einem Gesprächsergebnis kommt, wollen wir den juristischen Weg beschreiten. Das war übrigens schon einmal erfolgreich. Eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht 1999 hat zu Dämpfungswirkungen geführt, wenn auch leider nicht so hoch, wie wir das gewollt hätten. Martin Zeil, wir werden de facto

für die gute Wirtschaftspolitik bestraft, die Bayern macht, weil fast nichts von dem, was wir hier mehr erwirtschaften, übrig bleibt.

Meine Damen und Herren, ein weiterer wichtiger Baustein für jeden Tilgungsplan ist natürlich die Konjunktur; das wird die Herausforderung der Zukunft sein. Uns geht es gut, uns geht es besser, und wir wollen, dass das so bleibt. Die Konjunktur ist immer die Basis des Möglichen. Jeder Tilgungsplan muss daher die konjunkturellen Schwankungen berücksichtigen. Wir brauchen de facto bis 2030 ein langfristiges und nachhaltiges Tilgungs-Controlling. Das heißt, dass wir die Tilgung in konjunkturell schwierigen Zeiten sanfter machen müssen und in konjunkturell starken Zeiten kräftiger. Letztlich ist eine solche Tilgung ein atmender Prozess.

Meine Damen und Herren, unsere Konjunktur läuft und wächst. Das finanzpolitische Polster hat sich dank einer hervorragenden Wirtschafts- und Wachstumspolitik ständig verbessert. An dieser Stelle sage ich dem Wirtschaftsminister ein herzliches Dankeschön für seine Arbeit. Seine Rede hat vorhin bewiesen, dass er leidenschaftlich eine kraftvolle und gute Politik macht.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und der FDP - Harald Güller (SPD): Bei jeder Rede muss einmal der Wirtschaftsminister gelobt werden!)

- Sie lobe ich nicht, Herr Güller, dessen können Sie sich sicher sein, egal, was passiert.

(Harald Güller (SPD): Dagegen würde ich mich verwahren, wenn Sie mich loben!)

Meine Damen und Herren, es gibt einen Beweis dafür, dass dieses Lob gerechtfertigt ist, nämlich die Steuerschätzungen und die tatsächlichen Steuern seit November. Wir erstellen derzeit den aktuellen Haushaltsabschluss, und dabei stellen wir positivste Zahlen fest. Meine Damen und Herren, seit der November-Steuerschätzung haben wir eine deutliche, stetige Verbesserung. Wir hatten 700 Millionen Euro geschätzt. Nach den aktuellen Abrechnungen hat sich das Ergebnis noch einmal deutlich verbessert.

Wenn man alle Abschlussrechnungen und die Bundeserstattung zusammennimmt, kommen wir sogar auf über eine Milliarde mehr, als im November geschätzt wurde. Meine Damen und Herren, das ist ein Beweis dafür, wie stark Bayern in der Welt dasht. Ich sage ein Dankeschön an alle, die dabei mitgeholfen haben.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir haben im Dezember bei Beachtung der damaligen Steuerschätzung mit einer deutlichen Tilgung von 250 Millionen Euro begonnen. Jetzt haben wir ein Ergebnis von über einer Milliarde Euro. Deshalb ist es notwendig, dass wir uns nachhaltig Gedanken darüber machen, wie wir die Tilgung weiterentwickeln. Ich halte es als Finanzminister bei konservativer Rechnung jetzt für seriös und vertretbar, über einen noch nachhaltigeren Einstieg in die Schuldentilgung für dieses Jahr zu diskutieren.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Barbara Stamm (CSU): Sehr gut!)

Selbst bei konservativer Planung wäre eine Aufstockung möglich. Wir halten eine Aufstockung bis zu einer Milliarde für vertretbar.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und der FDP - Thomas Hacker (FDP): Solche Signale muss man auch kraftvoll setzen!)

Das wäre ein nachhaltiges und glaubwürdiges Signal. Sowohl die Haushaltsexperten der Fraktion als auch die Koalitionspartner haben zu Recht mehrfach darauf hingewiesen, dass wir, wenn wir Spielräume haben und sie seriös bewerten können, den Menschen auch ein Signal geben sollten, dass wir nicht nur langfristig diskutieren, sondern auch nachhaltig stark sind. Meine Damen und Herren, würden wir das tun, würden wir auf einen Schlag über vier Prozent der Schulden aus dem allgemeinen Haushalt tilgen. Das wäre übrigens die größte Tilgung in der Geschichte des Freistaats Bayern. Das wäre für alle ein gutes Signal.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und der FDP)

Auch was den Landesbank-Sonderhaushalt betrifft - der muss natürlich auch für die Jahre bis 2030 bewertet werden -, müssen wir den eingeschlagenen Weg der Konsolidierung konsequent fortsetzen.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Bis 2030 muss die Landesbank ihre Unterstützung an den bayerischen Staatshaushalt zurückleisten, sei es durch Ausschüttungen, Zahlungen oder am Ende durch einen möglichen Verkauf, den wir hier anstreben. Meine Damen und Herren, dabei sind - das ist wichtig, weil wir das seriös diskutieren müssen - die Rahmenbedingungen der Finanzmärkte nach wie vor volatil und unsicher. Die Kapitalquoten werden durch die jeweiligen Bankenaufsichten - die BaFin und die European Banking Authority, EBA - ständig aufgestockt. Die Landesbank kann aber derzeit im Wettbewerb stabiler Banken mithalten. Der EBA-Stresstest vom Dezember hat bewiesen, dass die Landesbank dabei sogar besser dastand als die Deutsche Bank. Diese Strategie der Konsolidierung müssen wir fortsetzen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Wenn man Steuergelder hineinpumpt, ist das doch klar! Steuergeld ist da drin!)

- Ich würde mir so sehr wünschen, dass die Opposition hier im Hause nicht Woche für Woche darüber diskutiert, wie man eine Bank klein- und schlechtredet, sondern dass sie sich mit klugen Ideen daran beteiligt, was wir tun können, um das Geld der Steuerzahler zurückzubekommen.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und der FDP - Tobias Thalhammer (FDP): Sehr richtig! - Zuruf des Abgeordneten Harald Güller (SPD))

Dabei könnten Sie wirklich mithelfen.

Unsere Strategie ist es, die Stabilität der Bank zu gewährleisten und Risikoaktiva abzubauen. Unsere Strategie ist, die EU-Beihilfeverfahren abzuschließen und einen Ausschüttungsplan zu ermitteln. Ich sage an dieser Stelle ausdrücklich: Die Sparkassen

sind hierbei auf einem guten und konstruktiven Weg, um auch ihren Beitrag zu leisten. Deshalb sind die einen oder anderen Pressekonferenzen in dieser Woche auch nicht im Interesse der Sparkassen gewesen. Wir wollen die Geschäftsmodelle weiter verbessern, um die Bank, wie es die Opposition immer wieder gefordert hat, für Verkaufsmöglichkeiten zu stärken. Als Stichworte nenne ich: kleiner und stabiler, mehr Regionalität statt Internationalität, mehr Transparenz statt Politik, mehr Mittelstands- statt Konzerngeschäft. Dazu gehört auch - diesen Punkt muss man an dieser Stelle ansprechen -, dass Beteiligungen verkauft werden, wenn man reduziert.

In Baden-Württemberg liegt eine ähnliche Aufforderung der EU-Kommission vor, sich in Anteilen von der Wohnungsgesellschaft zu trennen. Die GBW, über die am Nachmittag diskutiert werden wird, muss in einem Verfahren dargestellt werden, weil Beteiligungen verkauft werden müssen. Die GBW hat einen Gesamtmietdurchschnitt, der unterhalb des normalen Mietspiegels liegt, hat aber nur zu einem Drittel Sozialwohnungen. In anderen Bundesländern hat man zunächst ein rein freies Verfahren gewählt, wie es die EU-Kommission zunächst gefordert hat. Dies führt dazu, dass sich viele Investoren melden, deren prioritäre Geschäftspolitik nicht der Sozialschutz ist. Für uns war der Mieterschutz wichtig. Deshalb haben wir die Aufforderung des Städte-tags sehr ernst genommen, der uns vor Weihnachten aufgefordert hat, einen Weg zu finden, um dem Mieterschutz Priorität zu geben. Herr Güller, auch Sie haben das hier im Parlament gefordert. Zu Recht.

(Harald Güller (SPD): Zu Recht, aber Sie haben den Antrag abgelehnt!)

- Gerade nicht.

Meine Damen und Herren, wir sind in Abstimmung mit der EU-Kommission einen anderen Weg gegangen. Wir haben vorgeschlagen, mit den Kommunen ein privilegiertes Angebot auszuarbeiten, weil die Sozialbindung dort mit Abstand am sichersten erreicht wird. Wir haben einem kommunalen Konsortium ein Angebot gemacht. Es gab ein erstes Treffen. Das war ein gutes Gespräch. Die Kommunen arbeiten derzeit inten-

siv an einem solchen Programm. Umso unverständlicher und belastender für den Prozess war es, dass der Prozess nicht von den Kommunen, sondern aus einer Sitzung des SPD-Landesvorstands belastet wurde, indem er quasi abgebrochen wird. Dr. Maly, der Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg, hat mir dem entgegen sofort geschrieben, er wolle auf jeden Fall weiter verhandeln. Daran könnte sich Herr Ude ein Beispiel nehmen. Vielleicht haben Sie den Falschen aufgestellt.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Harald Güller (SPD): Exakt, was Ude gesagt hat. Das waren seine Worte. Aber es ist Ihre Verantwortung!)

Meine Damen und Herren, der heute eingereichte Nachtragshaushalt setzt klare politische Akzente für unser Land. Er beantwortet - das ist das Spannende - darin die gesellschaftlichen Zukunftsfragen. Wir investieren bewusst für die Familien und in die Bildungspolitik, indem wir die Kommunen beim Ausbau der Krippen und beim Einstieg in das beitragsfreie Kindergartenjahr unterstützen. Ich halte das für eine ausgesprochen gute Idee. Wir bauen die Lehrerstellen aus, um den Unterrichtsausfall abzubauen. Das ist wichtig, weil im Parlament ausführliche Debatten geführt werden, was Bildungskompetenz sei. Ein Drittel des gesamten Haushalts geben wir seit 2008, seit sich diese Regierung strukturiert hat, für Bildung aus. Das ist ein Plus um 18 %. Mich freut es, dass das bei den Bürgern Akzeptanz findet. In den jüngsten Umfragen des Bayerischen Rundfunks gab es klare Kompetenzzuweisungen. Die Staatsregierung befindet sich weit vor allen anderen. Ich meine, das ist ein richtiges Signal für den Weg, den wir fortsetzen wollen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir beteiligen uns an der Gestaltung der Energiewende, indem wir die energetische Sanierung - Martin Zeil hat dies vorhin angesprochen -, Speichertechnologie und das Klimaprogramm fortsetzen. Wir entwickeln den Gedanken der Teilhabe des gesamten Landes am Erfolg. Von Oppositionsseite hört man nur das Beispiel einer Stadt. Ich finde, manchmal wäre Solidarität unter den Kommunen denkbar. Für die zweite

Stammstrecke fände ich es nötig, dass die nach Ihren Aussagen offenkundig sehr reiche Landeshauptstadt ihren Beitrag zur Finanzierung erbringt, damit das Umland ordentlich erschlossen wird, und nicht nur auf den Freistaat verweist.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir machen bewusst etwas für den ländlichen Raum, indem wir die Regionalförderung stärken, den Breitbandausbau, den Hochschulausbau und die Konversionsplanung fördern. Thomas Kreuzer redet mit den Kommunen, die von der Bundeswehrreform und möglicherweise von der Entscheidung der USA zum Truppenabbau betroffen sind, über Hilfe. Wir setzen ein ganz klares Signal. Wir lassen niemanden in Bayern allein. Die Starken müssen denen helfen, die in Schwierigkeiten sind. Wir als Freistaat Bayern werden das tun.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir machen das sicherste Bundesland noch sicherer, indem wir für Polizei, Justiz und Gerichte klare Signale setzen, dass uns die Sicherheit im öffentlichen Raum sehr wichtig ist.

Auch in diesem Nachtragshaushalt geht es sehr stark um die Beamten. Das Thema ist die Bezügeanpassung. Darüber diskutieren wir im Nachtragshaushalt.

Meine Damen und Herren, hier spreche ich im Namen aller. Wir schätzen die gute Arbeit, die unsere bayerischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in allen Teilen der öffentlichen Verwaltung leisten. Wir wissen, was die bayerischen Beamten und Beamtinnen erbringen, und wir wissen auch, dass sie in den letzten Jahren ihren Sparbeitrag zur Konsolidierung erbracht haben. Ich möchte ein ausdrückliches Dankeschön für die Leistungsfähigkeit, aber auch für den Beitrag und die Solidarität sagen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)



Bei allen Maßnahmen liegen die bayerischen Bezüge im bundesweiten Vergleich weiter mit an der Spitze. In vielen Fällen ist eindeutig, dass es besser ist, in Bayern Beamter zu sein als anderswo. Wir gleichen mit der ersten Stufe die Besoldungshöhe ab Januar 2012 zwischen den Arbeitnehmern und Beamten an. Die Steigerung beträgt 1,9 %. Die zweite Erhöhung mit 1,5 % findet am 1. November 2012 statt.

(Zuruf der Abgeordneten Christa Naaß (SPD))

Weitere Maßnahmen werden folgen: Leistungsstufen und Leistungsprämien leben ab dem 1. Januar 2013 wieder auf. Die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit wird in zwei Schritten auf die 40-Stunden-Woche zurückgeführt. Die jährliche Sonderzahlung wird unverändert weiter gewährt. Im Vorgriff auf das neue Dienstrecht wurden bereits 18.000 zusätzliche Beförderungsmöglichkeiten und Stellenhebungen im Doppelhaushalt 2009/1010 geschaffen. Das ist besonders wichtig, weil es Flexibilität bietet. Meine Damen und Herren, man kann durchaus sagen, dass wir uns der Verantwortung für die bayerischen Beamtinnen und Beamten bewusst sind.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Aktuell geht es um die Frage, wie die weitere Vorsorge für die Pensionen geregelt wird. Eines möchte ich dazu sagen: Egal, welches Modell weiter diskutiert wird, können sich alle Beamten zu 100 % darauf verlassen, dass gewollt und gesetzlich verankert wird, die Pensionen in Zukunft so zu erhalten, wie sie sich jetzt darstellen. Meine Damen und Herren, die Altersvorsorge muss gewährleistet sein.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir haben bislang die Versorgungsrücklage und den Versorgungsfonds. Beide haben das Ziel, in Zukunft die Belastungen des Staatshaushalts, die durch Pensionszahlungen erfolgen werden, zu dämpfen. Wir sollten jetzt beraten und auf lange Sicht entscheiden, welcher Weg richtig ist im Vergleich von durchschnittlichen Renditen und Zinsbelastung. Die jetzige Struktur ist sicherlich verbesserbar. Sie muss mit dem Ziel

der Schuldentilgung in Einklang gebracht werden. Klar ist aber auch, meine Damen und Herren: Die bisherigen Leistungen für die Beamten bleiben dadurch Bestandteil der Pensionsplanung.

Für eines bitte ich aber der Ehrlichkeit halber um Verständnis: Alle derzeitigen statistischen Planungen basieren auf dem heutigen Stand der Mitarbeiter. Sollte die Zahl der Staatsdiener weiter wachsen und sollten jedes Jahr neue Forderungen erhoben werden, sind alle Planungen Makulatur. Deshalb bitte ich herzlich, nicht nur isoliert über die Pensionen zu reden, sondern auch über die Zukunft des modernen Staatswesens. Meine Damen und Herren, man kann nicht über Pensionen philosophieren und ständig neue Stellen fordern. Beides muss in Einklang gebracht werden.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte noch einen Punkt aufgreifen, der für die Zukunft des Landes finanzpolitisch wichtig ist. Martin Zeil hat ihn vorhin angesprochen. Ich glaube, wenn die Bayern in Deutschland ganz alleine wären, könnten sie die Zukunft gut planen. Für unsere Konjunktur gibt es nicht nur internationale, sondern auch nationale Herausforderungen. Die gute Nachfrage in Deutschland ist bedroht. In den letzten zwei bis drei Jahren haben wir die Frage gestellt, welche Steuersenkungen möglich sind. Bezüglich der kalten Progression müssten Sie mithelfen. Es kann nicht sein, dass in einem Land, das von Leistung lebt, diejenigen bestraft werden, die besonders viel leisten. Wir brauchen die Änderung. Ich bitte alle SPD-regierten Länder mitzumachen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Leider haben wir bei der öffentlichen Debatte über Steuersenkungen scheinbar verpasst, dass Parteitage klammheimlich das Gegenteil beschlossen haben. 2013 werden wir anlässlich der Haushaltsdebatte nicht nur darüber diskutieren, ob wir uns Steuersenkungen leisten können, sondern eher, ob wir Steuererhöhungen national verkraften können. Die Parteitage der SPD und der GRÜNEN haben Beschlüsse ge-

fasst; ich nehme an, mit Beteiligten aus diesem Hohen Haus. Dort wurden Steuererhöhungen beschlossen. Dort geht es um den radikalen Abbau ökologischer Subventionen, ob bei Agrardiesel, Flugbenzin, der Begrenzung der Betriebsausgaben, dem Abzug für Kraftstoffe, Ökosteuer-Ausnahmen oder der ökologisch gesteuerten Dienstwagenbesteuerung. Sie fordern die Anhebung der Einkommensteuer, und Sie fordern die Rücknahme der steuerlichen Entlastung durch das Wachstumsbeschleunigungsgesetz. Sie wollen die Vermögensteuer für Unternehmen und Privatleute einführen. Sie wollen die Gewerbesteuer verschärfen und, und, und. Ökonomen rechnen, dass diese Steuern - von beiden Parteien beschlossen - insgesamt circa 30 Milliarden Euro Steuererhöhungen für die Wirtschaft und die deutschen Bürger bedeuten würden. Das wäre die höchste Steuererhöhung, die es je in Deutschland gegeben hat. Das muss man mit den Menschen im Land diskutieren. Das wäre eine Schädigung der Konjunktur, die wir nachhaltig ablehnen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Wir diskutieren heute eigentlich über den Kurs der Zukunft. Hierzu ein Vergleich: In Nürnberg gibt es einen wundervollen kleinen See, den Dutzendteich. Er ist etwa 30 bis 40 Zentimeter tief und sehr schön. Dort kann man im Sommer bei schönem Wetter wunderbar Boot fahren. Es ist letzten Endes egal, wer am Ruder ist. Da können auch drei miteinander fahren, der eine kann nach rechts fahren, Herr Aiwanger vielleicht, der andere kann nach links rudern, beispielsweise Frau Bause, und Herr Ude kann zurückrudern. Letztlich ist es nicht schlimm, jeder hat Spielräume. Ich befürchte aber, so gern ich das auch hätte, Bayern ist nicht auf dem Dutzendteich unterwegs, sondern es fährt auf den unruhigen internationalen Gewässern. Wir haben schwere Wolken am Horizont, die noch nicht beseitigt sind. Ich glaube deshalb, es ist wichtig, einen klaren Kurs zu fahren, einen Kompass zu haben und Kraft, das Steuerrad zu halten. Ich bin der festen Überzeugung, dass die Regierungskoalition, die wir jetzt haben, Bayern durch die internationa-

len Krisen steuern kann. Wir sind sturmfest und sturmerprobt! Wir können den Kurs auch in schwieriger Zeit halten!

(Beifall der Abgeordneten Barbara Stamm (CSU) - Zuruf des Abgeordneten Thomas Mütze (GRÜNE))

Meine Damen und Herren, der jetzige Haushalt ist das Kursbuch für die Zukunft. Ich sage Ihnen deshalb eines: Wir lassen uns durch Beleidigungen nicht davon abbringen. Wir glauben mit der Mehrheit der bayerischen Bevölkerung, dass wir genau auf dem richtigen Weg sind. Diesen Weg werden wir gemeinsam gehen.

(Lang anhaltender Beifall bei der CSU und der FDP - Zurufe von der CSU: Bravo, bravo!)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Hierzu wurde eine Redezeit von 30 Minuten pro Fraktion vereinbart. Nachdem Herr Staatsminister Dr. Söder zweieinhalb Minuten länger geredet hat als die vorgesehenen 30 Minuten, verlängert sich auch die Redezeit der einzelnen Fraktionen um diese zweieinhalb Minuten. Ich eröffne die Aussprache. Als Erster hat Herr Kollege Volkmar Halbleib das Wort. Bitte schön, Herr Halbleib.

**Volkmar Halbleib (SPD):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben soeben einen klassischen Söder erlebt. Auch in seiner neuen Rolle als staatstragender Finanzminister kann Herr Söder von einem die Finger nicht lassen: vom gnadenlosen Populismus.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN - Georg Schmid (CSU): Nein, nein! - Thomas Hacker (FDP): Keine Panik! - Unruhe bei der CSU und der FDP)

- Ganz ruhig, Sie haben noch genug Grund, sich aufzuregen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU und der FDP, das kann ich Ihnen versprechen.

Das fängt doch schon einmal damit an, dass wir selbstverständlich bestätigen, dass Deutschland und Bayern im Jahr drei nach Beginn der Wirtschafts- und Finanzkrise gut dastehen.

(Beifall bei der CSU - Zurufe von der CSU: Bravo, Bravo!)

In den letzten zwei Jahren ist eine deutliche wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung zu verzeichnen. Nach einem Einbruch haben sich auch die Steuereinnahmen wieder deutlich erholt. Der Finanzminister hat die aktuelle Situation geschildert, sie schlägt sich im Haushaltsergebnis 2011 nieder: Wir haben Mehreinnahmen von 2,2 Milliarden Euro. Für 2012 rechnen wir mit 1,5 Milliarden Euro mehr an Steuereinnahmen als im Stammhaushalt niedergeschlagen. Das ist zunächst einmal das Verdienst der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber in Bayern. Das kann man hier schon einmal klar sagen.

(Beifall bei der SPD)

Es ist vor allem auch das Verdienst der Gewerkschaften und der Betriebsräte, die für Vertrauen und Akzeptanz von Übergangsregelungen geworben haben. Diese Gewerkschaften hat der schwarz-gelbe Außenminister dieser Republik vor einiger Zeit noch als "Pest Deutschlands" gebrandmarkt. Diese Gewerkschaften haben mitgeholfen, dass die Firmen und die Arbeitnehmer gut durch die Krise kamen. Das muss man an dieser Stelle sagen.

(Beifall bei der SPD)

Was aber die politische Gestaltung als Folge dieser Krise betrifft, so hören wir hier die übliche Anmaßung, die übliche Hybris der schwarz-gelben Staatsregierung. Sie erklärt, diese positive Entwicklung, die wirtschaftliche Erholung und damit auch die Steuereinnahmen wären ihr Verdienst. Diese Anmaßung war schon immer falsch. In Zukunft aber werden wir sie in diesem Hause nicht mehr länger hinnehmen. Es waren sozialdemokratische Rezepte, die Bayern so gut aus dieser Krise geführt haben.

(Lachen bei der CSU)

- Es waren sozialdemokratische Rezepte!

(Thomas Hacker (FDP): So wie in Nordrhein-Westfalen und Berlin!)

Das verdanken wir doch nicht konservativen - -

(Alexander König (CSU): Der Unterhaltungswert steigt! - Unruhe bei der CSU und der FDP - Glocke des Präsidenten)

- Das führt zu Heiterkeit, das ist klar.

(Albert Füracker (CSU): Das glauben Sie doch selbst nicht, was Sie hier sagen!)

- Wenn Sie zuhören würden, hätten Sie noch mehr Grund, sich aufzuregen, das kann ich Ihnen versprechen. Gönnen Sie sich deshalb das Vergnügen.

Es waren nicht die konservativen Rezepte, es waren nicht die neoliberalen Rezepte, die in dieser Krise weiterführten. Es waren doch sozialdemokratische Rezepte, die in der Finanz- und Wirtschaftskrise geholfen haben.

(Beifall bei der SPD)

Es war Peer Steinbrück, der als Finanzminister dafür gesorgt hat, dass der Finanzmarkt wieder Vertrauen fasste.

(Unruhe bei der CSU und der FDP - Glocke des Präsidenten)

Es war das überzeugende Konzept von Frank-Walter Steinmeier, mit einem Konjunkturprogramm durch die Krise zu gehen, mit einer Abwrackprämie, mit wichtigen Investitionen in die Zukunft. Dieses sozialdemokratische Rezept hat Erfolg gezeigt!

(Beifall bei der SPD)

Das müssen doch sogar Sie in Ihrer Borniertheit zugeben. Schließlich war es Olaf Scholz, der mit der Kurzarbeiterregelung dafür gesorgt hat, dass Arbeitnehmer durch dieses tiefe Tal der Krise gekommen sind, ohne ihren Arbeitsplatz zu verlieren, ohne

dass wir in Transferkosten investieren mussten. Als die Wirtschaft wieder ansprang, war der Arbeitnehmer sofort wieder an seinem Arbeitsplatz. Das waren doch sozialdemokratische Rezepte. Das waren weder konservative noch liberale Konzepte. Das sollten Sie an diesem Tag auch einmal eingestehen.

(Beifall bei der SPD - Thomas Hacker (FDP): Deshalb haben Sie aber allein beschlossen! Nur die SPD hat zugestimmt!)

Dass Deutschland und Bayern so gut und so robust auf die Gefahren dieser Finanz- und Wirtschaftskrise vorbereitet waren und so gut durch die Krise gekommen sind, haben wir weder CSU noch CDU oder gar der FDP zu verdanken, sondern der Sozialdemokratie gemeinsam mit den GRÜNEN unter Bundeskanzler Schröder. Diese Bundesregierung hat die Arbeitsmarktreformen angepackt. Das waren nicht Sie, das war die SPD!

(Unruhe bei der CSU und der FDP)

Dafür haben wir einen bitteren Preis bezahlt. Wir haben es aber angepackt. Wir haben etwas gemacht, wir haben nicht nur geredet.

(Zuruf des Abgeordneten Professor Dr. Peter Paul Gantzer (SPD))

Wir haben Deutschland zukunftsfest gemacht. Deshalb hat es sich in der Krise auch hervorragend bewährt. Wir haben diesen Mut aufgebracht, Sie nicht!

(Beifall bei der SPD)

Ein Finanzminister in Bayern muss vielleicht an dieser Stelle noch etwas lernen und etwas zugeben können. Die Fundamentaldaten in Bayern, auch was die Steuer anbelangt, würden anders aussehen - auch das muss man sich vor Augen halten -, wenn wir nicht seit Jahren und Jahrzehnten, seit der Nachkriegszeit, das sozialdemokratisch regierte München als Kraftzentrum hätten. München mit seiner guten sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik ist das Kraftzentrum. Dieser Landeshauptstadt haben wir es

zu verdanken, dass die Steuereinnahmen so deutlich angestiegen sind. Herr Finanzminister, machen Sie sich und uns doch einfach einmal das Vergnügen, die Steuereinnahmen, die aus der Landeshauptstadt München und den sie umgebenden Landkreisen kommen, herauszurechnen. Sagen Sie uns dann, wo wir stehen. Es wird sich bewahrheiten: Ohne dieses sozialdemokratisch regierte Kraftzentrum wäre die Steuerentwicklung nicht möglich gewesen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Herr Kollege Halbleib, wir haben eine Wortmeldung des Herrn Kollegen Graf Lerchenfeld für eine Zwischenfrage. Lassen Sie die zu?

**Volkmar Halbleib (SPD):** Ich möchte Herrn Kollegen Lerchenfeld bitten, sich im Augenblick auf Zwischenrufe zu beschränken.

(Heiterkeit der Abgeordneten Claudia Stamm (GRÜNE))

Soviel zur Ausgangslage. Der Finanzminister redet zum Nachtragshaushalt 2012. Wenn man schaut, wie viel Redezeit er tatsächlich dem Nachtragshaushaltsentwurf 2012 gewidmet hat, dann sieht man: Dieser Abschnitt nimmt den geringsten Teil seiner Redezeit ein. Das verwundert auch nicht; denn das, was der Finanzminister zum Nachtragshaushalt 2012 sagte, macht vor allem eines deutlich: Dieser Entwurf eines Nachtragshaushalts ist nichts anderes als ein Dokument des Eingeständnisses früherer Versäumnisse. Das kann ich Ihnen auch belegen: Erstens. Der Nachtragshaushalt bestätigt nur das, was wir bei der Beratung zum Doppelhaushalt gesagt haben. Wir haben aufgezeigt, an welchen Stellen zu wenig gemacht wird, was dort, wo es notwendig wäre, nicht gemacht wird.

Unsere Kritik am Doppelhaushalt bezieht sich genau auf die Punkte, die Sie im Nachtragshaushalt ändern. Sie haben einen Aufbruch gefeiert, den es nicht gab. An vielen Stellen im Doppelhaushalt 2011/2012 kam es eher zu einem Abbruch. Jetzt bewahr-



heitet sich, was wir schon vor langer Zeit gesagt haben: In den Bereichen, in denen Sie massiv gespart und damit Lasten in die Zukunft verschoben haben, müssen Sie nunmehr nachjustieren. Sie haben viel zu wenig investiert - auf Kosten der Infrastruktur. Ich wiederhole: Sie bessern nach und bestätigen damit die Kritik nicht nur der SPD-Fraktion, sondern aller Oppositionsfraktionen.

(Beifall bei der SPD)

Nur ein paar Beispiele aus Ihrem Mängel-Portfolio: Was die Staatsstraßen angeht, so machen Sie im Nachtragshaushalt nichts anderes, als den völligen Absturz der Ausgabemittel, der im Stammhaushalt noch festgeschrieben ist, zu verhindern und dafür zu sorgen, dass es wenigstens zu einer stetigen Ausgabenentwicklung kommt.

Ähnliches gilt hinsichtlich der Lehrerausstattung: Was haben wir hier für Jubelarien gehört, was die Lehrerausstattung angeblich alles hergibt! Die Koalition behauptete stets, die Kritik des BLLV und der Opposition sei nur Polemik. Jetzt wird deutlich, dass die Mangelverwaltung der Staatsregierung auch in diesem Bereich an ihr Ende gelangt ist. Sie müssen einräumen, dass Sie ohne zusätzliche Lehrerstellen die Unterrichtsversorgung im Freistaat Bayern nicht mehr gewährleisten können. Das ist nichts anderes als ein Eingeständnis Ihrer Versäumnisse bei der Aufstellung des Doppelhaushalts!

(Beifall bei der SPD)

Auch bei der Ausbildung der Finanzbeamten und der Polizeibeamten justieren Sie nach.

Nächster Punkt: Breitbandausbau. Es ist gut, wenn in den Nachtragshaushaltsentwurf mehr Mittel für den Breitbandausbau eingestellt werden. Das ist jedoch nichts anderes als das Eingeständnis, dass Sie bisher viel zu wenig für den Breitbandausbau getan haben.

(Beifall bei der SPD)

Heute, im Jahr 2012, fordern Sie ein Breitbandkompetenzzentrum für den Freistaat Bayern, und das, nachdem Sie in den vergangenen Jahren "Laptop und Lederhose" lächerlich gemacht haben. Nur noch die Lederhose blieb übrig; der Laptop funktioniert nicht mehr, weil Sie keinen Breitbandanschluss bereitgestellt haben. Das ist doch die Wahrheit! Hier muss nachjustiert werden, weil Sie Versäumnisse zu verantworten haben.

(Beifall bei der SPD)

Das beste Beispiel ist das Abfinanzierungsprogramm, das Sie im Zusammenhang mit dem Nachtragshaushalt auflegen. Das ist doch nichts anderes als das Eingeständnis dessen, dass Sie bisher zugesagte Fördermittel nicht ausgezahlt haben. Es gibt lange Wartezeiten, viele warten auf ihr Geld. Sie schieben einen riesigen Investitionsstau vor sich her. Kleinkläranlagen, private Volksschulen, Behindertenförderung, Sportstätten, Wohnbauförderung, Städtebauförderung - überall justieren Sie nach. Sie korrigieren die Fehler, die Sie bei der Aufstellung des Doppelhaushalts gemacht haben, nichts anderes. Als wir diese Fehler damals benannten, wiesen Sie unsere Kritik mit Empörung zurück. Heute aber müssen Sie eingestehen: Wir lagen richtig, als wir die wunden Punkte ansprachen.

(Beifall bei der SPD)

Diese Staatsregierung führt zwar oft die Worte "Nachhaltigkeit" und "Generationengerechtigkeit" im Munde, aber für heute schon erkennbare Lasten, für die ein Unternehmen zwingend eine Rückstellung bilden müsste, trifft sie keine Vorsorge; das heißt, die Lasten werden in die Zukunft verschoben.

Ich gehe noch näher darauf ein, weil der Finanzminister heute interessante Ausführungen dazu gemacht hat. Dieser Nachtragshaushalt ist auch deshalb ein Beleg dafür, dass Sie Lasten in die Zukunft verschieben, weil Sie trotz Steuermehreinnahmen die Versorgungsrücklage nicht bedienen. Auch das ist ein Eingeständnis dessen, dass

Ihre bisherige Vorsorgestrategie gescheitert ist. Von der Bedienung der Versorgungsrücklage wollen Sie anscheinend nichts mehr wissen.

(Beifall bei der SPD)

Auch die Konsequenzen des Desasters mit der Landesbank sind ein Eingeständnis Ihres Scheiterns. In diesen Nachtragshaushalt sind roundabout 350 Millionen Euro für Zinsaufwendungen eingestellt, für die die Regierung unter Horst Seehofer die Verantwortung trägt, weil sie, beginnend 2008, 10 Milliarden Euro neue Schulden aufgenommen hat. Das ist die Wahrheit. 350 Millionen Euro stehen für andere Zwecke nicht zur Verfügung, weil die CSU die Landesbank nicht gut gesteuert und in ein Desaster geführt hat. Wofür könnten wir 350 Millionen Euro nicht alles verwenden: für Bildung, für Soziales, für Infrastruktur in Bayern. Dass das nicht möglich ist, dafür sind Sie verantwortlich.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN - Zuruf von der SPD: Pleitegeier!)

Dieser Nachtragshaushalt ist auch deshalb das Eingeständnis Ihres Scheiterns, weil die Privatisierungserlöse - zustande gekommen durch den Verkauf von Volksvermögen, der unter Edmund Stoiber massiv vorangetrieben wurde - allmählich zu Ende gehen und perspektivisch keine weiteren Mittel zur Verfügung stehen. Das merkt man diesem Haushalt an. Es steht zwar noch eine gewisse Restmenge zur Verfügung, aber sie läuft aus.

Dieser Nachtragshaushalt ist ein Dokument der Widersprüche und der Unzulänglichkeiten. Wie kann die Staatsregierung im Jahr 1 nach der Energiewende einen Nachtragshaushalt vorlegen, in dem für die energetische Sanierung staatlicher Gebäude - eine zentrale Aufgabe; auch insoweit hat der Freistaat eine Vorbildfunktion - nicht mehr vorgesehen ist als im Vorjahr, sondern sogar 17,5 Millionen Euro weniger! Nichts macht Ihr Gerede von der Energiewende und Ihr angeblich engagiertes Anpacken unglaubwürdiger als dieser Sachverhalt.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Nächster Punkt: Bei den Kindergartengebühren eiern Sie herum. Statt klar Position zu beziehen und Ihren eigenen Koalitionsvertrag beherzt umzusetzen, folgen Sie in dieser Frage einer Salamtaktik. Wir erwarten, dass Sie Ihre Unzulänglichkeiten endlich korrigieren und das einlösen, was Sie den Wählerinnen und Wählern vor der Wahl versprochen und dann im Koalitionsvertrag festgelegt haben.

(Beifall bei der SPD)

Alles in allem muss das auch von Ihnen so gesehen werden. Das ergibt sich aus meiner Aufstellung, auch wenn vielleicht ein Polemikabschlag vorgenommen werden kann; das gebe ich gern zu. Nach meiner festen Überzeugung sehen Sie das auch so. Der Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende Horst Seehofer vertraut seiner eigenen Haushaltspolitik nicht mehr. Erstmals lässt die CSU erkennen, dass ihre eigene aktuelle Haushaltspolitik keine Überzeugungskraft mehr hat. Würde Horst Seehofer seiner eigenen Haushaltspolitik, wie sie heute im Zuge der Einbringung des Nachtragshaushalts 2012 vorgetragen wurde, tatsächlich vertrauen, dann wären nach dem Kabinettsbeschluss in der Winterklausur von Wildbad Kreuth die finanzpolitischen bzw. fachlichen Qualitäten aus der Sicht der Regierungsfractionen stärker herausgestellt worden. Vielleicht wäre da und dort noch eine kleine Änderung vorgenommen worden, aber mit dem üblichen Tamtam wäre das Ganze in der letzten Woche, wie es eigentlich geplant war, vorgestellt worden.

Stattdessen wurde in der vergangenen Woche der Nachtragshaushalt nicht eingebracht. Dabei handelt es sich um eine Verschiebung nicht nur des Termins - das wäre verkraftbar -, sondern auch der finanzpolitischen Diskussion. Diese führt weg vom konkreten Nachtragshaushalt und hin zu einer seltsamen, abstrakten, luftleeren Diskussion, weg von der konkreten finanzpolitischen Situation und hin zu einer Phantomdiskussion ohne fachliches Fundament. Mir drängt sich der Gedanke auf, dass Sie mit Ihrer CSU der eigenen Regierungspolitik entfliehen wollen. Der Ministerpräsident ist

müde geworden, weil er immer wieder mit seinen Versprechungen konfrontiert wird, die er noch in der laufenden Legislaturperiode einlösen soll.

Wie es in der nächsten Legislaturperiode weitergeht, weiß auch er nicht. Deswegen setzt er sich Ziele, deren Erreichung er politisch nicht mehr erleben wird. Er wird mit Sicherheit nicht mehr an deren Erreichung gemessen werden. Endlich ist er die Debatte um die Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit, zwischen Worten und Taten los. Er kann in die Ferne des Jahres 2030 entfliehen.

(Beifall bei der SPD)

Das ist verständlich bei diesem Haushaltsentwurf. Aber es ist abstrus, wenn man sich anschaut, was die CSU in Sachen Verschuldung und Verschieben von Lasten in die Zukunft zu verantworten hat.

(Zurufe von der CSU)

- Ich weiß, dass Sie das erregt.

(Barbara Stamm (CSU): Das erregt mich nicht!)

Das ist ja auch klar - bei dieser Bilanz! Hören Sie in aller Ruhe zu.

Statt Schuldentilgung hat diese Regierungskoalition, insbesondere die CSU, einen massiven Anstieg der Staatsverschuldung zu verantworten - hört, hört! Diese Regierungskoalition hat seit Oktober 2008 die Verschuldung des Freistaates Bayern von 24,1 Milliarden Euro auf 32,6 Milliarden Euro nach oben getrieben. Ursache sind vor allem Fehlentscheidungen und Aufsichtsversagen der CSU im Zusammenhang mit der Landesbank. Das ist Fakt, das ist die Wirklichkeit.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von der CSU: Ihr habt doch auch zugestimmt bei der Landesbank! - Harald Güller (SPD): Wo denn?)

Die Schuldenbelastung für jeden Einwohner des Freistaates Bayern - vom Säugling bis zum Greis - ist seit 2006 um 830 Euro angewachsen. Auch das ist Fakt. Dass Sie angesichts dessen unruhig werden, ist mir völlig klar. Seit 2006, seitdem der Haushalt des Freistaates Bayern angeblich ausgeglichen sein soll - der Finanzminister hat das heute in der ihm eigenen unnachahmlichen Art noch einmal behauptet -, wurden pro Jahr 1,42 Milliarden Euro neue Schulden aufgehäuft. Das ist die Wahrheit, die Sie zu verantworten haben.

Weiteres steht bevor. Die Garantieverpflichtung für das ABS-Portfolio der Landesbank wird derzeit als Risiko für den Haushalt des Freistaates Bayern mit 1,6 Milliarden Euro eingeschätzt. Das heißt, auf den Steuerzahler kommen nicht nur die 10 Milliarden Euro, sondern weitere 1,6 Milliarden Euro zu, die der Finanzminister korrekterweise schon in seiner Finanzplanung ausweist. Sie haben also nicht nur die Neuverschuldung nach oben getrieben, sondern sorgen auch dafür, dass weitere finanzielle Belastungen durch die Landesbank auf den Freistaat Bayern zukommen. Auch das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der SPD)

Sie muten dem Doppelhaushalt und dem Nachtragshaushalt eine massive Zinsbelastung von 350 Millionen Euro pro Jahr zu. Die Zinsuhr tickt. Unter Ihrer Verantwortung läuft täglich etwa 1 Million Euro auf. Die Zinsuhr läuft unentwegt. Bislang summiert sich der Betrag auf 740 Millionen Euro, die auf die 10 Milliarden Euro noch aufzuschlagen sind. Das ist die finanzpolitische Realität im Freistaat Bayern. Verantwortlich sind Sie.

(Beifall bei der SPD)

In der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten von voriger Woche steht ein besonderer Satz, für den Herr Finanzminister Söder heute eine Interpretation geliefert hat: "Wir setzen neue Standards für Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit." Ihr neuer Standard ist offensichtlich, dass die Zukunftsvorsorge, die Nachhaltigkeit

und die Generationengerechtigkeit bei den Pensionslasten Vergangenheit sind, von Ihnen gestrichen werden und dass Sie 563 Millionen Euro an jetzt schon klaren Lasten mit Ihrer Haushaltspolitik in die Zukunft verschieben.

Auch das passt nicht zu Schuldentilgung und Schuldenabbau. Sie schieben finanzielle Lasten in die Zukunft. Ob Sie das mit Schulden oder Pensionslasten machen, kommt auf das Gleiche hinaus. Aber Sie drücken sich davor, dies auszuweisen. Das halten wir für einen fundamentalen Fehler.

(Beifall bei der SPD)

Reden wir einmal über die Verschuldung, die im Haushalt des Freistaates Bayern überhaupt nicht auftaucht. Ich meine die versteckte Verschuldung. In den letzten Jahren - das ist immer wieder bestätigt worden - ist die Neuverschuldung bei der versteckten Verschuldung, also bei derjenigen, die nicht im Haushalt auftaucht, gestiegen. Der Staatshaushalt spiegelt nur die Einnahmen und Ausgaben wider. Das heißt, beim Verzicht auf Unterhalt, auf Erhaltungsinvestitionen, auf Sanierung von Gebäuden, Straßen und anderen Einrichtungen des Freistaates bleibt der Haushalt zwar formal ausgeglichen; aber in der doppelten Buchführung von Unternehmen würde dafür ein klarer Verlust ausgewiesen, weil permanent Vermögensverzehr stattfindet.

Genau darauf hat der Oberste Rechnungshof in einer Legion von Hinweisen immer wieder aufmerksam gemacht. Letztlich hat die Staatsregierung das Beanstandete eingeräumt. Aber es ist zu wenig passiert. Die versteckte Verschuldung steigt weiter. Für die Staatsstraßen und den Gebäudeunterhalt steht nach aktuellen Feststellungen des Haushaltsausschusses von dieser Woche viel zu wenig im Etat. Das gilt auch für die Sanierungsmittel. Die versteckte Verschuldung des Freistaates Bayern steigt unter Ihrer Verantwortung tagtäglich. Das ist ein inakzeptabler Zustand.

(Beifall bei der SPD)

Dann gibt es eine Verschuldung, die nicht nur beim Freistaat, sondern auch woanders geschieht. Sie ist ebenfalls eine Verschuldung der öffentlichen Hand. Damit spreche ich die Verschuldung an, die der Freistaat Bayern auf die Kommunen abgewälzt hat. In keinem anderen Flächenland der Bundesrepublik ist der kommunale Anteil an der Gesamtverschuldung von Kommunen und Staat so groß wie im Freistaat Bayern; er beträgt nämlich fast 30 %.

Ich weiß, dass Sie das nicht hören wollen, weil es unangenehm ist. Aber das heißt nichts anderes, als dass der Freistaat Bayern peu a peu finanzielle Lasten stärker auf die Kommunen abgedrückt hat, also auf diejenigen, die für die Daseinsvorsorge im Alltag zuständig sind. Sie haben mehr Schulden nach unten abgedrückt als jedes andere Bundesland. Die nächsten Bundesländer liegen auf dieser Skala sehr viel weiter hinten. Das ist ein Zustand, den Sie sich zuschreiben müssen. Sie haben die Verschuldung des Freistaates zwar abgebaut, aber die Verschuldung der Kommunen aufgebaut.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt zur aktuellen Politik. Bei den Schuldentilgungsüberlegungen, die Horst Seehofer in Wildbad Kreuth bekannt gegeben hat, klafft eine Lücke zur aktuellen Politik. Wenn ich mich recht entsinne - es ist schon lange, lange her; ich glaube, es liegt schon acht Wochen zurück -, hat der Oberste Rechnungshof die Staatsregierung aufgefordert, mehr für die Schuldentilgung zu tun. Aber was war die Reaktion des Ministerpräsidenten? Hat er etwa gesagt, das sei ein sinnvoller Vorschlag und man müsse wirklich mehr für die Schuldentilgung tun? Nein, die Reaktion war genau umgekehrt: Er hat sich darüber empört, dass es der ORH überhaupt wagt, einen solchen Vorschlag zu machen, und hat gesagt: Ich muss, wenn ich dafür Zeit habe, dem ORH einmal erklären, wie moderne Finanzpolitik funktioniert.

Also, noch vor wenigen Wochen hat Ministerpräsident Horst Seehofer das Ansinnen einer weiteren Schuldentilgung brüsk zurückgewiesen, und wenige Tage später ver-



kündete er genau das Gegenteil. Wenn das eine substanzielle und gute Politik sein soll, dann weiß ich nicht mehr, wie man die Politik des Ministerpräsidenten bezeichnen soll. Substanziell und gut wäre es gewesen, wenn er damals dem Obersten Rechnungshof zugestimmt und Konsequenzen gezogen hätte. Dem ORH zu widersprechen und wenige Wochen später genau das Gegenteil zu sagen, halte ich für unsolid und unseriös.

(Beifall bei der SPD)

Was soll man von einem Finanzminister halten, der den Ministerpräsidenten in dieser Sache nicht nur bestätigt, sondern in der darauf folgenden Woche gegenüber dem Obersten Rechnungshof noch nachgetreten hat? Der Finanzminister hat zurückgewiesen, was der Oberste Rechnungshof der Staatsregierung ins Stammbuch geschrieben hat. Das passt doch alles nicht zu den Erklärungen, die Sie heute mit vollem Pathos abgeben. Wenigstens heute wäre es angebracht, wenn Sie, Herr Finanzminister, sich in aller Form beim Rechnungshof und bei seinem Präsidenten entschuldigten. Wenn Sie schon die Entschuldigung auf die lange Bank schieben, sollten Sie wenigstens mit der Entschuldigung gegenüber dem Rechnungshof nicht warten.

(Beifall bei der SPD)

Ein Widerspruch ist es auch - vielleicht ändert sich das aufgrund der heutigen Debatte noch; es kann ja sein, dass Sie hinzulernen -, dass Sie die permanente Fortführung von Kreditermächtigungen im Haushalt betreiben. Kreditermächtigungen dienen dazu, Schulden aufzunehmen. Sie ermöglichen dem Finanzministerium zwar eine flexible Handhabung, führen aber - darauf weist der ORH ganz klar hin - in letzter Konsequenz dazu, dass auch in konjunkturell guten Zeiten keine Schulden abgebaut werden.

Wir fordern Sie deshalb auf: Beenden Sie Ihr widersprüchliches Verhalten. Sie predigen Wasser, trinken aber Wein. Sie hätten die Möglichkeit, die Kreditermächtigungen

zu streichen. Das haben Sie bisher nicht gemacht. Auf dieses Signal warten wir noch. Vielleicht kommt es aufgrund der heutigen Debatte aber noch.

Sie haben das Gegenteil von dem gemacht, was Sie hier behaupten. Sie haben die Kreditermächtigungen im Nachtragshaushalt belassen.

Beim Thema Schulden hat die CSU einen weiteren Widerspruch verursacht. Diesen Versuch hat heute ja auch der Finanzminister noch einmal gemacht. Im Bund ist es pfui, in Bayern hui: Sie nehmen in Ihrer Regierungskoalition in Berlin unter Beteiligung der CSU - der Ministerpräsident sitzt im Koalitionsausschuss - voraussichtlich 26 Milliarden Euro neue Schulden auf. Das sind 6 Milliarden Euro mehr als 2011. Das heißt, unter der Regierungsmitverantwortung der CSU steigt im Bund die Nettoneuverschuldung des beschlossenen Bundeshaushalts.

Die Beschlüsse, die Horst Seehofer als Parteivorsitzender in der schwarz-gelben Koalition zu verantworten hat - sei es das Betreuungsgeld oder die Steuersenkung -, sollen ab 2013 auf Pump finanziert werden. So schaut im Augenblick die Sachlage aus. Was soll man eigentlich von dieser finanzpolitischen Schizophrenie halten? In Bayern geht es so und im Bund so. Insgesamt haben CSU und FDP in dieser Frage keine Glaubwürdigkeit.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt komme ich zu Ihren Schuldentilgungsüberlegungen. Ich habe gedacht, dass Sie heute etwas konkreter sagen, wie Sie sich das vorstellen. An einer Stelle waren Sie furchtbar konkret; darauf komme ich gleich. Heute wäre der richtige Tag, ein Konzept vorzulegen. Aber Sie haben noch nicht einmal eine grobe Orientierung gegeben. Nachdem ich das Interview mit Ihnen, Herr Finanzminister, in der "Welt am Sonntag" gelesen habe, weiß ich, warum Sie keine Orientierung gegeben haben: weil Sie nämlich in zentralen Fragen keine Orientierung haben. Ich kann Ihnen das belegen. Das fängt schon beim Umfang der Schuldentilgung an. Der Journalist Peter Issig von der "Welt am Sonntag" fragt Sie: "Stimmt es, dass durchschnittlich jährlich 1,8 Milliarden

Euro zurückbezahlt werden müssen?" Antwort von Ihnen, Herr Finanzminister: "Das ist eine willkürlich gesetzte Zahl." Dabei ist es die exakte Zahl, die bei 32,6 Milliarden Euro Schulden und einem Abbauezeitraum bis 2030, somit von 18 Jahren, durchschnittlich pro Jahr herauskommt. 18 Jahre bis zum Jahr 2030 bei 32,6 Milliarden sind damit 1,8 Milliarden pro Jahr. Sie bezeichnen dies in einem zentralen Interview als eine willkürlich gegriffene Zahl. Das kann doch nicht sein. Was steckt dahinter, wenn Sie selbst beim Umfang der Schuldentilgung keine Klarheit haben, sondern Unklarheiten verbreiten? Damit fängt es schon einmal an.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Punkt: Meine Auffassung ist, dass Schuldentilgung immer etwas mit Sparanstrengungen zu tun hat. Mich überrascht sehr, dass Schuldentilgung nach Auffassung des bayerischen Finanzministers nichts mit Sparanstrengungen zu tun hat. Das ist eine sehr überraschende These, die ich kaum nachvollziehen kann. So ist es aber wohl zu verstehen. Naheliegende Frage des Journalisten: "Müssen sich also alle Ministerien auf Kürzungen einstellen?" Antwort des Finanzministers: "Wir sparen nicht, wir tilgen." Die Antwort des bayerischen Finanzministers ist also: "Wir sparen nicht, wir tilgen." Der Journalist hat natürlich nachgefragt, wie er seine Fraktion überzeugen wolle, die nach neuen Straßen, neuen Konzertsälen und Bewachern für die Gerichte ruft. Antwort Söder - zum wiederholten Mal -: "Nein, ich betone: Wir sparen nicht, wir tilgen." Meine sehr verehrten Damen und Herren von der CSU und der FDP: Wenn ein Finanzminister erklärt, dass er nicht sparen will und gleichwohl Schulden tilgt, dann ist er ein unglaublicher Finanzminister. Sie wissen das, und wir wissen das. Wir müssen das an dieser Stelle auch der Bevölkerung in Bayern deutlich sagen.

(Beifall bei der SPD)

Nächste Frage zum Personalabbau: Frage des Journalisten - ganz selbstverständlich -: "Dennoch wollen Sie den Staatsapparat schlanker machen, also bei den Beamten kürzen?" Antwort des Finanzministers: "Es geht nicht um Kürzung." Das gleiche Spiel.

Nachfrage des Journalisten: "Sie müssen doch irgendwo einsparen." Antwort Söder: "Es gibt ja Reduzierungspläne aus früheren Verwaltungsreformen, die noch gar nicht zu Ende gebracht worden sind." So weit, so klar. Dann fragt der Journalist, wie der Finanzminister vorgehen wolle. Antwort des Finanzministers: "Wir wollen klären, ob es nicht flexiblere Einsatzmöglichkeiten geben kann." Zwischenfrage des Journalisten: "Sollen Polizisten Lehrer werden?" Antwort des Finanzministers: "Natürlich nicht. Aber es gibt viele Aufgabenbereiche, die flexibler gestaltet werden können - so wie in anderen Unternehmen auch." Ich schaue in Ihre Gesichter. Sie sind ähnlich ratlos wie ich. Wenn Sie mir ein Beispiel nennen würden, wo man bei flexiblem Einsatz signifikant einsparen kann, dann wäre ich Ihnen dankbar. Der Finanzminister hat jedenfalls keines genannt. Allgemeine Behauptungen und keine Belege - das ist die Devise dieses Finanzministers.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt komme ich zum entscheidenden Punkt. Der Finanzminister hat heute in diesem Hohen Hause für Klarheit gesorgt. Es geht um den Pensionsfonds und die Pensionsrücklage. Hier sagt der Finanzminister auf Frage des Journalisten, ob nicht die derzeit ausgesetzte Bedienung des Pensionsfonds nachhaltig wäre, schlicht die Unwahrheit. Das gleich dreimal - auch das muss man an dieser Stelle sagen. Der Finanzminister behauptet, die Versorgungsrücklage werde laufend bedient. Das ist falsch. Auch die Zuführungen zur Versorgungsrücklage aus der Absenkung des Versorgungsniveaus werden nicht korrekt bedient. Das weisen auch dieser Haushalt und die Aussagen der Staatsregierung eindeutig nach. Das ist eine Falschbehauptung.

Weiter behauptet der Finanzminister, die Zahlungen in den Pensionsfonds seien in den vergangenen Jahren ausgesetzt worden. Er verschweigt - das ist die nächste falsche Aussage -, dass Sie die Zahlungen auch in der Gegenwart ausweislich Ihres heute vorgestellten Haushaltsentwurfs vollständig aussetzen und in Ihrer eigenen Finanzplanung selbst ab dem Jahr 2013 zeitlich verschieben. Das heißt, Sie täuschen die Öffentlichkeit über Ihre tatsächlichen Absichten.

Nächste Behauptung - Sie haben diese heute in das Hohe Haus eingebracht -: Schuldentilgung für alle ist besser, als nur Geld für Pensionen zurückzulegen. Diese Aussage ist ökonomisch falsch, und Sie mussten heute vor dem Hohen Haus zugeben, dass im Augenblick diese Aussage definitiv nicht stimmt. Diese Aussage hat auch bisher nicht gestimmt. Nach der Aussage Ihres eigenen Hauses liegen die Habenzinsen derzeit deutlich höher als die Sollzinsen. In Ihrer ersten Herausforderung Ihres Amtes treffen Sie gleich drei Falschaussagen. Sie versuchen, die Menschen in Bayern für dumm zu verkaufen, und das lassen wir Ihnen nicht durchgehen.

(Beifall bei der SPD)

Auch politisch ist es ein großer Fehler; denn Sie verraten das, wofür Sie eigentlich stehen sollten, nämlich das Nachhaltigkeitsprinzip in der Finanzpolitik. Sie treten mit Ihrer Aussage vor dem Bayerischen Landtag kurzerhand das hinter dem Versorgungsfonds und der Rücklage steckende Prinzip in die Tonne, dass ebenso wie beim Angestellten entsprechend der Rentenversicherungsbeiträge für Beamte zeitnah Rückstellungen gebildet werden sollen, um keine Lasten in die Zukunft zu verschieben. Bei der doppelten Buchführung, die gerade diese Grundsätze der langfristigen Perspektive im Blick hat, müssten Sie Rückstellungen bilden. Das machen Sie nicht, und das wollen Sie auch in Zukunft nicht mehr machen. Anscheinend wollen Sie auch die Rücklage, die schon gebildet worden ist, auflösen. Sie zerstören - darüber sollten Sie sich im Klaren sein - ein Herzstück der Stoiberschen Politik, und zwar ein vernünftiges Herzstück. Dass das gerade ein Stoiberianer macht und dem damaligen Ministerpräsident des Freistaats bei der Gründung des Versorgungsfonds und der Versorgungsrücklage mittelbar Spekulationspolitik vorwirft, schlägt dem Fass den Boden aus. Es ist ein inakzeptabler Vorwurf, gegen den man Edmund Stoiber und alle anderen in Schutz nehmen muss.

(Beifall bei der SPD)

Sie demontieren die Nachhaltigkeitspolitik. Sie haben dabei in Kreuth den Aufstand der Jungen zur Kenntnis nehmen müssen, die gesagt haben: Wir wollen den Versorgungsfonds und die Versorgungsrücklage bedienen. Aber anscheinend ist die Frage, wie man finanzpolitisch in die Offensive kommen kann, so entschieden worden, dass jetzt irgendetwas her muss, was die Versprechen des Freistaates Bayern hinsichtlich der Schuldentilgung stützen kann. Dann nehmen Sie, bevor der Ministerpräsident wie ein nackter Mann dasteht und nichts vorlegen kann, dieses wichtige und traditionsreiche Instrument in die Hand und zerstören die Ergebnisse der Regierungspolitik von Edmund Stoiber und zerstören auch das, was damit verbunden ist. Auch wir von der SPD haben darum gekämpft, dass rechtzeitig Vorsorge getragen wird. Das ist eine Politik, die sich selber Lügen strafft. Eine solche machen wir nicht mit, und deswegen werden wir Sie im Haushaltsausschuss zwingen, Farbe zu bekennen. Wir sind sehr gespannt auf die Antwort der Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Danke schön, Herr Kollege Halbleib. Sie haben die Redezeit Ihrer Fraktion um eineinhalb Minuten überzogen. Ich gebe den anderen Fraktionen die gleiche Möglichkeit zur Überziehung. Als Nächste hat nun die Kollegin Erika Görlitz das Wort.

**Erika Görlitz (CSU):** Herr Präsident, Hohes Haus! Kolleginnen und Kollegen! Ich versuche jetzt, wieder etwas auf die Realität zurückzukommen und darzustellen, wie es bei uns in Bayern tatsächlich aussieht.

(Beifall bei der CSU)

"Bester kommunaler Finanzausgleich. Freistaat unterstützt Kommunen mit Rekordzahlung" - so titelte die "Augsburger Allgemeine" und sagt damit aus, wie es tatsächlich um die bayerischen Finanzen steht.

Die Ausgaben für den kommunalen Finanzausgleich haben ein historisches Hoch erreicht. Die Sieben-Milliarden-Grenze wurde geknackt. Ich glaube - das muss man vorausschicken -, das geschah im besten Einvernehmen mit den kommunalen Spitzenverbänden. Mit den Verantwortlichen konnte ein Finanzausgleich verhandelt werden, der den Kommunen den Spielraum gibt, erfolgreich ihre Politik zu tätigen. Das ist die Grundaussage dieses Finanzausgleichs.

Im Jahr 2012 haben wir Ausgaben in Höhe von 7,3 Milliarden Euro zu verzeichnen. Das ist der höchste Finanzausgleich aller Zeiten, und das bedeutet einen Aufwuchs von 5,6 %. Bei den reinen Landesleistungen bedeutet dies sogar eine Steigerung um 6,5 %. Das Ganze muss man vor dem Hintergrund sehen, wie die bayerischen Kommunen ohnehin aufgestellt sind. Die Finanzsituation der Kommunen hat sich besonders gut entwickelt. Die Einnahmen aus Steuern sind in den letzten zehn Jahren um 34,8 % gestiegen. Wenn man dagegen die staatlichen Einnahmen anschaut, so sind es dort 21,5 %. Also stehen die Kommunen weit besser da, als es nach den derzeitigen Bedingungen für den Freistaat der Fall ist.

Meine Damen und Herren, die Ausgaben stiegen ebenfalls. Auch die Kommunen haben weiter stark investiert. In den letzten zehn Jahren sind die Ausgaben der Kommunen um 28,2 % gestiegen, während es beim Freistaat Bayern 26 % waren, und das bei einer Investitionsquote von 23,4 % bei den Kommunen und von 12,5 % beim Freistaat Bayern. Wir können heute feststellen, dass die Kommunen inzwischen wieder beim Höchststand des Jahres 2008 angekommen sind und dass damit die schwierige Zeit hinter uns liegt.

Der kommunale Finanzausgleich setzt Schwerpunkte, und dies sowohl durch einen deutlichen Aufwuchs bei den Schlüsselzuweisungen, bei der Stärkung der Verwaltungshaushalte der Kommunen als auch durch einen enormen Aufwuchs bei den Investitionsförderungen. Der Kommunalanteil am allgemeinen Steuerverbund - das ist ja eine Forderung, die strukturelle Verbesserungen für die Kommunen bringt - wird von 12,2 % auf 12,5 % angehoben. Ich darf daran erinnern, dass wir im Jahr 2005 damit

begonnen haben, den kommunalen Anteil am allgemeinen Steuerverbund kontinuierlich zu erhöhen. Damals lagen wir bei 11,54 %, jetzt sind wir bei 12,5 % angelangt. Das ist eine Steigerung um 8 %, die für die Kommunen verlässliche Werte bringt.

Die Schlüsselzuweisungen - das ist die größte Einzelleistung im kommunalen Finanzausgleich - steigen um 100,2 Millionen Euro und damit um 3,9 %.

(Zuruf von der SPD: Das können wir alles nachlesen! - Gegenrufe von der CSU)

- Das kann man alles nachlesen. Warum tun Sie es dann nicht und behaupten, wir würden die Kommunen zusätzlich belasten?

(Volkmar Halbleib (SPD): Ist der Verschuldungsgrad hoch oder ist er nicht so hoch? - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Die Bildungsinfrastruktur hat eine ganz hohe Priorität in Bayern. Wir stellen zusätzlich Lehrer ein. Das werden wir heute noch hören. Aber auch die Kommunen sorgen dafür, dass wir beste Voraussetzungen haben, damit die Kinder eine gute Bildung erreichen. Beim Schulbau und bei den Kindertageseinrichtungen werden die Ausgaben um 80 Millionen Euro steigen. Das ist eine Steigerung um 30 %. Damit sind die bayerischen Kommunen bei den Kindertagesstätteneinrichtungen vorbildlich. Überall, landauf, landab, werden Kinderkrippen eröffnet, überall werden ausreichend Krippenplätze zur Verfügung gestellt - außer in München, aber auf dem Land überall. Das muss man einmal feststellen.

(Beifall bei der CSU)

Vor allem werden auch die baulichen Voraussetzungen dafür geschaffen, dass wir die Ganztagschulen weiter voranbringen können. Damit verbessern wir die Bildungschancen weiter und stärken auch unser Ziel der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Ein weiterer wichtiger Beitrag sind die Investitionspauschalen zur Unterstützung der Kommunen bei kleineren Investitionen. Sie steigen enorm um 47 %, auf 255 Millionen,



an. Damit erhöht sich die Finanzstärke der kleineren Kommunen enorm. Im Jahr 2009 haben wir damit begonnen, diese Mindestinvestitionspauschale umlagekraftabhängig auszugestalten, und sind damals mit durchschnittlich 26.000 Euro gestartet. Jetzt liegen wir bei einer durchschnittlichen Umlagekraft von 68.000 Euro. Das bedeutet eine eindeutige Stärkung der kleineren Kommunen mit zurückgehender Steuerkraft. Das gibt unseren Kommunen die Möglichkeit, ihre Aufgaben zu meistern.

Der Demografiezuschlag ist eingeführt worden. Wenn der Rückgang der Einwohner in den nächsten zehn Jahren 5 % überschreitet, gibt es einen Zuschlag. Damit haben die Kommunen die Möglichkeit, der Abwanderung durch eine Steigerung der Attraktivität der Gemeinde entgegenzuwirken. Insoweit geschehen großartige Dinge in den Kommunen. Das werden wir weiter stärken. Die kleinen Gemeinden sind also die Gewinner dieses Finanzausgleichs.

Um die Investitionspauschalen anheben zu können, wird bei der Abwasserförderung um 20 Millionen Euro moderat abgesenkt. Dadurch, dass diese aber mit der Förderung von Einrichtungen der Wasserversorgung austauschbar ist, haben wir insoweit keine Engpässe zu erwarten. Dabei geht es auch nicht um Einsparungen für den Freistaat Bayern, sondern alles kommt den Kommunen zugute.

Die Zuweisungen für die kommunalen Umgehungsstraßen werden um 50 % auf 30 Millionen steigen. Das kommt gerade jenen Kommunen zugute, die Umgehungsstraßen in kommunaler Sonderbaulast bauen wollen. Es gibt einige ganz dringende Fälle, zum Beispiel auch in meinem Stimmkreis. Damit können wir Verbesserungen erreichen. Das kommt der Verkehrssicherheit zugute, auch dem Radwegebau, der für uns sehr wichtig ist, weil er die Attraktivität und den Freizeitwert enorm steigert.

Ein weiterer wichtiger Punkt sind die Zuweisungen an die Bezirke. Hier haben wir eine Steigerung von 6,8 % auf 623,6 Millionen Euro zu verzeichnen. Wir freuen uns darüber, dass die Menschen ein immer höheres und gesegnetes Alter erreichen dürfen. Als Folge davon sind sie aber auch auf immer mehr Hilfen angewiesen. Um die sozia-

len Aufgaben besser bewältigen zu können, steigt die Bezirksumlage. Wir versuchen und hoffen, dass dadurch die Umlagen stabil bleiben.

Die Überlassungsbeträge bei der Grunderwerbsteuer sollen um 50,3 Millionen Euro anwachsen. Damit kommt man einigen Kommunen entgegen, denen dies ein ganz dringender Wunsch war.

Die Zuweisungen des Einkommensteuersatzes sollen um 53,5 Millionen auf 508 Millionen steigen. Das ist der Ausgleich des Bundes für die Steuererleichterungen, die unsere Bürgerinnen und Bürger erhalten haben. Es ist ein besonderer Verhandlungserfolg, dass insoweit ein Ausgleich geschaffen wird.

Meine Damen und Herren, ich darf in diesem Zusammenhang noch daran erinnern, dass wir durch die Entlastung aus der Grundsicherung vom Bund auch für unsere Kommunen den ersten Rückgang und eine Erleichterung von 141 Millionen Euro in diesem Jahr zu erwarten haben. Auch dies wird die Kommunen stärken.

Dieser Finanzausgleich macht deutlich: Wir sind ein verlässlicher Partner der Kommunen. Kein anderes Land tut so viel für seine Kommunen. Deshalb sind wir auch so erfolgreich. Das Zusammenspiel einer erfolgreichen Landespolitik mit erfolgreichen Kommunen macht Bayern zu einem so lebenswerten Land. Pfaffenhofen ist nicht nur die lebenswerteste Kommune, sondern in Bayern lässt sich insgesamt gut leben. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Danke schön, Frau Kollegin. Der CSU-Fraktion stehen noch 24 Minuten Redezeit zur Verfügung. Als Nächster hat der Kollege Manfred Pointner das Wort. Bitte sehr, Herr Kollege Pointner.

**Mannfred Pointner (FREIE WÄHLER):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Nachtragshaushalt 2012 steht unter einem besonderen Vorzeichen. Die Nachtragshaushalte, die wir als FREIE WÄHLER hier im Landtag bisher erlebt haben,

waren dadurch bestimmt, dass der Staat mehr Geld brauchte und damit Kreditermächtigungen notwendig waren, um zum Beispiel - ich erinnere an den Nachtragshaushalt 2008 - die Landesbank zu retten. Der Betrag von 10 Milliarden Euro ist schon genannt worden. Das hat unsere Verschuldung von 24 Milliarden Euro auf 34 Milliarden Euro erhöht. Inzwischen ist das wieder um einiges reduziert worden.

Der Nachtragshaushalt 2010 sollte ja die befürchteten Folgen der Wirtschaftskrise auffangen. Der Nachtragshaushalt 2012 zeichnet sich dadurch aus, dass aufgrund der erheblich gestiegenen Steuereinnahmen weitaus mehr Geld zur Verfügung steht, als im Doppelhaushalt 2011/2012 eingeplant war. Die Steuereinnahmen 2011 waren so hoch wie nie zuvor. Auch 2012 ist laut Steuerschätzung nochmals eine Steigerung zu erwarten.

Zu verdanken haben wir das natürlich unseren Bürgerinnen und Bürgern, den Steuerzahlern, die diese Steuereinnahmen mit ihrem Fleiß, mit ihrer Arbeit erst erwirtschaften konnten. Hier sind vor allem die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu nennen, die durch Lohnverzicht, Kurzarbeit, Leiharbeit, Zeitarbeit und andere Modelle dazu beigetragen haben, dass die Lohnstückkosten dem Wettbewerb mit anderen Nationen durchaus mehr als standhalten konnten. Die Arbeitgeber haben ihre Möglichkeiten genutzt, ihre Mitarbeiter zu halten, und haben innovativ und flexibel auf die schwierige Situation reagiert.

Natürlich brauchen unsere Unternehmen mit ihren Beschäftigten dafür gute Rahmenbedingungen. Diese schaffen der Bund und die Länder mit ihrer Gesetzgebung, aber auch mit ihrer Förderung von Unternehmen. Vor allem ist auch wichtig - das wird leider immer wieder übersehen -, dass die Verantwortlichen vor Ort für unsere Unternehmen, für unsere Beschäftigten die besten Voraussetzungen schaffen. Es sind die Kommunen, die durch ihre Planungen und durch ihre Infrastrukturmaßnahmen erst die Grundlagen dafür schaffen, dass die Unternehmen tätig werden können. Deshalb ist es wichtig, dass die Gewerbesteuer nach wie vor bestehen bleibt - es gibt noch immer Leute, die sie abschaffen wollen -; denn gerade die Gewerbesteuer bringt die Ver-

knüpfung der Kommunen mit den Unternehmen zustande und ist ein ganz wichtiger Faktor.

Eine ganz besondere Rolle spielten und spielen für die Bewältigung der Krise auch unsere mittelständischen Kreditversorgungsunternehmen wie die Sparkassen und Genossenschaftsbanken, die vor allem in schwierigen Zeiten ausreichend Finanzmittel zur Verfügung stellen und stellten. - Sie, Herr Finanzminister, sind gerade beschäftigt. Entschuldigung, dass ich Sie störe.

(Dr. Markus Söder (CSU): Ich höre zu! Ich bin multitaskingfähig!)

- Gut, Sie hören zu. - Sie sollten das berücksichtigen, wenn die im Zusammenhang mit der Rettung der Landesbank gestellten Forderungen aus Brüssel an die Sparkassen verhandelt werden. Eine Schwächung der Sparkassen würde nämlich auch zu einer Schwächung der mittelständischen Wirtschaft führen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN - Zuruf von der CSU)

- Das macht nichts, entscheidend sind die Inhalte.

Meine Damen und Herren, sehr geehrter Herr Finanzminister, Sie sind heute in einer sehr komfortablen Lage. Frühere Finanzminister hätten davon geträumt, gleich beim Einstieg so viel Geld zur Verfügung zu haben. Die Steuereinnahmen 2011, die vorhandene Rücklage aus 2010 und die Steuerschätzung 2012 ergeben ein deutliches Plus in den Kassen des Freistaats. Heute sind noch einmal 300 Millionen Euro dazugekommen. Wenn man die Entnahme aus den Rücklagen, die vorgesehen war, und die Beleihung des Grundstocks nicht vollzieht - das ist ja nicht mehr nötig -, dann verbleiben Ihnen nach meiner Rechnung noch gut 4 Milliarden Euro an Überschuss, sozusagen an Rücklagen. 3,5 Milliarden Euro reichen auch schon.

Ursprünglich hatten Sie 250 Millionen Euro für die Tilgung vorgesehen. Heute haben Sie mich und uns mit der Mitteilung überrascht, dass erstens mehr Geld da ist - das haben wir vorher nicht erfahren - und dass Sie zweitens die Schuldentilgung jetzt ent-

sprechend erhöhen wollen. Ich habe gestern mein Redekonzept gemacht. Wahrscheinlich hatten Sie jemanden, der da hineingeschaut hat; denn genau den Betrag, den Sie heute vorgeschlagen haben, nämlich die eine Milliarde Euro - mit Einrechnung der 300 Millionen Euro, die Sie heute genannt haben -, hätte auch ich Ihnen vorgeschlagen. Deswegen möchte ich jetzt zum Schuldenabbau, zu diesem Betrag, nichts Näheres mehr sagen. Ich meine, in guten Zeiten - wir haben die besten Zeiten, was die Einnahmen betrifft - müssen wir tilgen; denn wann sonst sollen wir tilgen, wenn nicht in diesen Zeiten?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Jeder Privatmann, jeder Geschäftsmann weiß, dass er die Schulden abbauen muss, wenn er gute Zeiten und entsprechende Einnahmen hat, damit er Luft hat, wenn die Zeiten einmal nicht mehr so gut sind.

Meine Damen und Herren, ich möchte an dieser Stelle trotzdem auf den Schuldenabbauplan bis 2030 eingehen und einige Anmerkungen dazu machen. Es gibt Vorschläge - wir wissen ja nicht, ob die Steuereinnahmen immer so gut sind -, wie man sich Geld beschaffen kann.

Die Neuordnung des Finanzausgleichs ist jetzt wieder einmal auf den Tisch gekommen. Es ist richtig, dass das Land Bayern das meiste einzahlt; das ist bedauerlich. Aber was hat dazu geführt? Was ist die Ursache? - Das ist doch darauf zurückzuführen, dass damals die alleinregierende CSU 2001 unter Ministerpräsident Stoiber eine entsprechende Vereinbarung mit den anderen Ländern abgeschlossen hat.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Diese Vereinbarung und auch die gesetzlichen Regelungen dazu gelten bis 2019. Interessant ist, dass 2001, also zu dem Zeitpunkt, als diese Vereinbarung geschlossen worden ist, das Land Hessen das meiste zahlte. Baden-Württemberg und Bayern zahlten ungefähr gleich viel. Aber insgesamt haben damals die Geberländer mehr ge-

zahlt als heute. Das spielt sicherlich eine Rolle, wenn jetzt weitere Verhandlungen geführt werden. Sie haben gesagt, wenn diese Verhandlungen nicht erfolgreich sind, dann wird geklagt. Ich kann mich erinnern, dass wir vor ungefähr einem Jahr hier schon einmal die gleiche Diskussion geführt haben. Auch damals wurde vom Verhandler und von der Klage gesprochen. Ich frage mich, warum das damals nicht weiterverfolgt worden ist und nun völlig neu auf den Tisch kommt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das kann natürlich mit Baden-Württemberg zu tun haben, weil man sich dort neu orientieren musste. Aber der Sachverhalt hat sich seither nicht verändert.

Interessant ist auch, dass Sie, Herr Finanzminister Dr. Söder, das Instrument der "Einwohnerveredelung" aus Berlin angesprochen und kritisiert haben. Man kann auf jeden Fall darüber reden. Ich möchte Sie aber darauf hinweisen, dass wir auch im kommunalen Finanzausgleich diese "Einwohnerveredelung" haben. In München oder Nürnberg werden nicht nur 135 Punkte gerechnet, sondern weit über 150 Punkte. Auch darüber müsste man reden; denn zu dem Finanzausgleich bei den Kommunen besteht ja kein großer Unterschied. Es geht um die großen Städte. Darüber muss man diskutieren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir haben einen Wert von weit über 150 % bei München und von 150 % bei Nürnberg. Man muss auch mit den Leuten in Passau oder anderen kleinen Dörfern reden, wie sich das zueinander verhält, ob die Einwohner dort mehr wert sind.

(Philipp Graf von und zu Lerchenfeld (CSU): Passau ist kein kleines Dorf!)

- Auch Passau bekommt mehr. Gut, das Wort "andere" nehme ich zurück. Man muss auch mit kleineren Orten darüber reden, ob das so in Ordnung ist.

Ich kann, was den Finanzausgleich betrifft, der Staatsregierung nur empfehlen, nicht immer nur zu drohen oder zu diskutieren, sondern diese Klage schnellstmöglich einzureichen, sollten Sie der Überzeugung sein, dass diese Klage Erfolg verspricht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Eine weitere Option für den Schuldenabbau - diese ist schon genannt worden - ist der Verkauf der Landesbank. Dies dürfte derzeit wohl schwer zu verwirklichen sein, wenn wir die Probleme mit der ungarischen MKB oder auch die Risiken betrachten, die bestehen, weil die ABS-Papiere noch längst nicht alle eingelöst worden sind.

Wir alle hoffen, dass diese 10 Milliarden Euro einmal zurückgezahlt werden können und dass vor allem die stillen Einlagen kurzfristig eventuell zurückkommen. In dieser Hinsicht hoffen Sie auch auf einen Beitrag der Sparkassen. Allerdings steht noch die eventuelle Inanspruchnahme der Garantie für die Landesbank für diese ABS-Papiere in Milliardenhöhe im Raum. Es stellt sich erst 2014 oder später heraus, ob sie in Anspruch genommen wird.

Darüber hinaus bitte ich auch zu bedenken: Wenn die Landesbank, was wir alle hoffen und wünschen, wieder Gewinne macht und Ausschüttungen machen kann, muss gut überlegt werden, ob ein Verkauf sinnvoll ist, vor allem dann, wenn die Gewinnausschüttungen über den Schuldzinsen liegen würden.

Es sind auch noch Einsparmöglichkeiten beim Personal genannt worden. Man könne beim Personal sparen - nicht natürlich bei den Lehrern und Polizisten. Ich frage mich nur, wo dann. Es ist ja schon einiges passiert. Ich darf auf den Vorgänger des Ministerpräsidenten verweisen und daran erinnern, zu welchen Verwerfungen das damals geführt hat und heute noch führt und welche Folgen das in vielen Bereichen zum Beispiel bei der Justiz, bei den Finanzämtern, aber auch im Bildungsbereich und bei der Polizei hatte. Die Folgen sind heute noch zu spüren.

Wenn Sie vom Schuldenabbau für den Freistaat Bayern reden, dann sollten Sie natürlich auch den Bund und die Kommunen im Auge behalten. Es geht nicht an, dass ein Schuldenabbau zulasten des Bundes erfolgt, indem man Zustimmungen zu bestimmten Gesetzesänderungen oder Leistungen nur dann erteilt, wenn der Bund die vollen Kosten übernimmt, oder auch zulasten der Kommunen, wenn man Zuständigkeiten und Aufgaben auf die Kommunen abschiebt.

Andererseits ist Schuldenabbau nicht unrealistisch. Er muss nur konsequent verfolgt werden. Man muss auch ein Konzept haben. Natürlich kann man nicht jedes Jahr den gleichen Betrag abbauen, sondern man muss schauen, was möglich ist. Aber es muss über die Jahre hinweg kontinuierlich sein.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wenn das nicht der Fall ist - ich möchte jetzt ein bisschen zur Erheiterung beitragen -, könnte es so ausgehen, wie wenn der Pfarrer über die Abschaffung des Zölibats spricht und sagt: Wir werden es nicht mehr erleben, aber vielleicht unsere Kinder.

(Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, absolut widersprüchlich ist es, wenn Sie von Schuldenabbau reden und gleichzeitig die Einzahlung in den Versorgungsfonds und in die Rücklage aussetzen wollen. Für mich ist es auch nicht nachvollziehbar, dass inzwischen sogar eine Diskussion darüber eröffnet wurde, den Versorgungsfonds ganz aufzuheben.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das war vorher die Erklärung!)

- Ja, das ist erklärt worden. Es gibt keine Diskussion mehr. Nachdem es der Minister verkündet hat, gehen wir davon aus, dass er es durchsetzen möchte.

Das Argument, dass Anlagen aus dem Fonds weniger Ertrag bringen, als Zinsen für die Schulden zu zahlen sind, ist nicht stichhaltig. Wenn diese Pressemeldungen stim-



men - sie stimmen zum jetzigen Zeitpunkt offenbar -, wonach die Fondsanlagen einen höheren Ertrag erwirtschaften, als aktuell Zinsen zu zahlen sind, wäre das aus wirtschaftlichen Gründen richtig. Es ist auch richtig, dass es nur eine Momentaufnahme sein kann. Es kann sich morgen schon anders darstellen. Trotzdem müssen der Versorgungsfonds und die Versorgungsrücklage weiter erhalten bleiben und auch bedient werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Die eingezahlten Gelder müssen natürlich den künftigen Haushalten entzogen werden. Es kann nicht so eine Art Fonds sein, bei dem man sich ständig bedient und, wenn es notwendig ist, das Geld wieder herauszieht. Wer nicht in den Versorgungsfonds einzahlen will, braucht von Schuldenabbau nicht zu sprechen, weil er dann eben die indirekten Schulden für die nächsten Jahre laufend erhöht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das ist nicht nachhaltig und nicht zukunftsweisend. Nicht nachhaltig und zukunftsweisend ist auch, dass nach wie vor zu wenig Mittel für die Instandhaltung der staatlichen Gebäude eingesetzt werden. Ich darf ausdrücklich auf den neuesten Bericht des Rechnungshofs verweisen. Es ist schon eine alte Geschichte, es kommt immer wieder vom Rechnungshof, dass hier weitaus zu wenig getan wird. Diese Vernachlässigung von staatlichen Gebäuden wird uns in den nächsten Jahren und Jahrzehnten einholen. Es ist auch nicht zumutbar für die Leute, die dort beschäftigt sind, dass sie in maroden Gebäuden arbeiten müssen, wo der Putz abblättert, wo man sogar Angst haben muss, dass einem mal ein Brocken aus der Mauer auf den Kopf fällt. Hier muss auf jeden Fall mehr getan werden.

Zum Nachtragshaushalt ist allgemein festzustellen, dass wir einige Anträge, die wir zum ordentlichen Haushalt, also zum Stammhaushalt 2012 gestellt haben, nicht mehr oder nicht mehr in vollem Umfang stellen müssen, weil Sie ihnen im Nachtragshaushaltsentwurf ganz oder zum Teil nachgekommen sind. Es ist eine ganze Latte, die ich

Ihnen vorlesen könnte. Momentan sind Kollegen von der CSU - von der SPD und der FDP habe ich das noch nicht gehört - draußen unterwegs und erklären den Leuten, dass die Oppositionsparteien, also auch die FREIEN WÄHLER, Anträge gestellt hätten, die ganz und gar nicht finanzierbar seien. Wenn wir nun den Haushaltsentwurf anschauen, so stellt sich schnell heraus, dass diese Aussage völlig falsch ist und jeglicher Grundlage entbehrt, weil Sie den Anträgen jetzt weitgehend nachkommen.

(Zuruf: Hört, hört!)

Ich nenne den kommunalen Finanzausgleich. Frau Görlitz hat vorhin schön dargestellt, was veröffentlicht worden ist. Sie sind dabei auf unsere langjährige Forderung der Erhöhung des Kommunalanteils am Steuerverbund auf 12,5 % eingegangen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das verlangen wir schon, seitdem wir im Parlament sind. Das ist auch eine Forderung der kommunalen Spitzenverbände. Die wollen natürlich mehr, aber solche Dinge muss man schrittweise machen. 12,5 % sind jetzt vereinbart. Insgesamt sollen die Kommunen nach dem vorliegenden Entwurf etwa 300 Millionen Euro mehr bekommen, als im Stammhaushalt vorgesehen ist - 400 Millionen Euro mehr als im letzten Haushalt drinstand.

In der Gesamtsumme entspricht das in etwa unseren Forderungen. Es geht sogar in einigen Teilen - das muss ich loben - darüber hinaus. Andererseits hätten wir uns anstatt der einmaligen Leistungen im Haushalt, die natürlich auch richtig sind, eine strukturelle Verbesserung der Kommunalanteile gewünscht und zum Beispiel die Erhöhung des Kommunalanteils an der Kfz-Ersatzsteuer erwartet. Auch bei der Schülerbeförderung sind wir immer noch auf dem Stand von 60 % Kostenerstattung, obwohl das früher einmal 80 % waren.

Jetzt ist die Uhr hier stehen geblieben, da stimmt etwas nicht.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Red weiter! - Zuruf von der CSU: Dem Glücklichen schlägt keine Stunde! - Volkmar Halbleib (SPD): Eine gute Viertelstunde hast du noch!)

Ich rede jetzt einfach weiter. Ich habe jetzt 44 Minuten. Hier steht "Redezeit zu Ende". Das kann nicht sein.

Andererseits, meine Damen und Herren, ist die Situation bei allen Gemeinden nicht so gut, wie sie dargestellt wird. Es gibt erhebliche Unterschiede zwischen den sogenannten reichen Gemeinden und ärmeren Gemeinden. Wenn man die Tabellen, die Sie dem Finanzausgleichsgesetz beigelegt haben, anschaut, so ist ein stetiger Anstieg zu verzeichnen. Schaut man aber dahinter, ist es anders. Vor Kurzem ist zwar veröffentlicht worden, dass es circa 1,7 Milliarden Euro Steuermehreinnahmen bei den Kommunen gibt. Allein München erhält davon 500 Millionen Euro. Für die anderen Kommunen bleibt relativ wenig übrig. Man muss also schon alle Gemeinden sehen. Es gibt erhebliche Unterschiede.

Man hat die Schlüsselzuweisungen erhöht. Zwar kommt die Investitionspauschale ärmeren Gemeinden zugute, aber man muss sich Gedanken machen, was man noch mehr tun könnte.

Für uns war es ein ganz besonderes Anliegen, die Sparmaßnahmen, die die Beamten als ihren Beitrag zur Lösung der Wirtschaftskrise auf sich nehmen mussten, zurückzunehmen und die Besoldung entsprechend den Angestelltengehältern anzupassen. Sie haben das jetzt geplant und wollen 2012 wieder eine Anpassung vornehmen. Allerdings soll die zweite Stufe erst zum 1. November erfolgen. Ob das gerecht ist? Wir treten dafür ein, die Anpassung zum 1. Juli zu machen. Das wäre eine gerechte Lösung und würde das, was die Beamten verloren haben, einigermaßen ausgleichen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sie haben mehr Geld in den Straßenbau gegeben, weitaus mehr als zunächst geplant war. Sie haben 105 Millionen Euro zusätzlich draufgelegt. Das war auch eine Forderung von uns. Es ist immer noch nicht ausreichend für den Bestandserhalt und den Neubau von Straßen - die Summe gilt ja für beides -, das wissen wir. Es ist sicher noch Bedarf da, aber es ist zumindest weitaus besser, als ursprünglich geplant war.

Für die Regionalförderung und die Breitbandversorgung haben Sie die Mittel, die wir gefordert haben, eingestellt. Diese Mittel sind unbedingt notwendig, um auch in den schwächeren Regionen einigermaßen gleichwertige Lebensverhältnisse zu schaffen. Auch hier sind Sie unseren Anträgen nachgekommen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Eine Forderung von uns galt der Erhöhung der Mittel für die Städtebauförderung. Diese ist erfolgt. Dann haben wir eine Aufstockung der Mittel für das Kulturlandschaftsprogramm sowie Maßnahmen für den Waldumbau und Schutzmaßnahmen im Bergwald gefordert. Dem sind Sie auch umfänglich nachgekommen. Unsere Anträge waren offenbar nicht so schlecht, wie es bei den Diskussionen in den Ausschüssen oder auch hier im Plenum dargestellt worden ist. Nach und nach haben Sie alle unsere Forderungen erfüllt.

Schließlich haben Sie auch 20 Millionen Euro für das kostenfreie Kindergartenjahr eingeplant. Das ist ein Einstieg in die vollständige Finanzierung. Auch das ist eine alte Forderung von uns und von den anderen Fraktionen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Diese Liste ließe sich noch fortsetzen. Darüber können wir noch reden, wenn im Ausschuss über den Haushalt diskutiert wird.

Ich bin mir auch sicher, dass Sie die von uns zum Haushalt 2012 gestellten Forderungen erfüllen werden; vielleicht nicht gleich, aber doch nach einer gewissen Schamfrist,

spätestens aber zum Wahljahr 2013, weil das bei den Bürgern auf positive Resonanz stoßen wird.

In erster Linie geht es bei unseren Forderungen um die Bildung. Für die Bildung ist etwas getan worden, aber es reicht bei Weitem nicht aus. In vielen Teilen ist die Situation noch unbefriedigend. Ich nenne nur Stichpunkte: Ausbau der Ganztagschulen; Gleichstellung der privaten Schulen mit den staatlichen Schulen; mehr Förderlehrer und mehr Personal in der Verwaltung der Schulen. Hier liegt einiges noch im Argen. Dazu werden wir Anträge stellen.

Obwohl schon etwas getan ist, brauchen wir an den Hochschulen noch mehr Studienplätze, damit alle Studierenden untergebracht werden können. Ein ganz besonderes Anliegen ist uns die Abschaffung der Studiengebühren. Das ist nach wie vor unser Thema.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Auch bei den beruflichen Schulen besteht Handlungsbedarf.

Handlungsbedarf sehen wir auch bei der Justiz, und das nicht erst seit dem schlimmen Vorfall in Dachau. Handlungsbedarf besteht nicht nur bei den Justizwachtmeistern. Hierzu haben wir bereits zum Stammhaushalt Anträge gestellt. Wir werden sie wieder bringen, weil hier echter Bedarf gegeben ist.

Auch in den Finanzbehörden ist die Personalquote nach wie vor zu gering. Das wird auch vom Rechnungshof immer wieder beanstandet. Vor allem hat der Rechnungshof nachgewiesen, dass sich mehr Stellen in der Steuerverwaltung zigfach rechnen würden. Der Steuergerechtigkeit kann es nicht dienen, wenn Leute nur wegen der Personalknappheit in den Finanzämtern nicht die Steuern zahlen müssen, die sie nach dem Gesetz zahlen müssten. Das ist für unser Land keine gerechte Lösung. Ich will uns jetzt nicht mit Griechenland vergleichen. Bestimmte Situationen sind aber doch ähnlich.

Die Energiewende ist heute schon angesprochen worden. Ich bin der Überzeugung, dass auf jeden Fall mehr getan werden muss, um sie erfolgreich voranzutreiben.

Jetzt komme ich wieder auf die Kommunen zurück. Völlig unverständlich ist für uns, dass die Krankenhausfinanzierung um 20 Millionen gekürzt worden ist. Die Krankenhausgesellschaft und die Landkreise haben das schon moniert. Gerade die Krankenhäuser - das wissen die, die in der Kommunalpolitik tätig sind, - -

(Staatsminister Dr. Markus Söder: Das war deren Vorschlag!)

- Lesen Sie einmal das Schreiben der Krankenhausgesellschaft!

(Staatsminister Dr. Markus Söder: Ich war bei den Verhandlungen dabei!)

- Dann müssen Sie sich besser abstimmen. Als ehemaliger Vertreter der Kommunen weiß ich, unter welch großen Schwierigkeiten viele Krankenhäuser leiden. Und deswegen ist diese Kürzung nicht richtig.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ein weiteres Thema sind die Bezirke. Sie fallen auch unter den kommunalen Finanzausgleich. Für die Bezirke haben Sie etwas draufgelegt. Vielleicht wäre noch mehr besser gewesen; denn dann müssten die Bezirke ihre Umlagen nicht so kräftig erhöhen. Wir werden einen Antrag einbringen, damit bei den Bezirken nachgebessert wird.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich komme jetzt zu einem Thema, das kein Schwerpunkt im Haushalt ist, aber doch eine Rolle spielt. Wir haben für die Aufstockung des Gesellschafterdarlehens an den Flughafen Nürnberg 20 Millionen vorgesehen, die nach und nach ausgegeben werden sollen. 2012 sind es 3,75 Millionen, und dann soll es weitere Zahlungen geben. Jetzt gibt es Diskussionen darüber, wie der Flughafen Nürnberg wirtschaftlicher arbeiten kann und wie er sich am Markt behaupten kann. Fakt ist, dass die Flugbewegungszahlen in Nürnberg laufend zurückgehen. Die Passagierzahlen sind zunächst etwas

angestiegen, sie gehen aber jetzt auch wieder zurück. Es werden Konzepte entwickelt. Sie, Herr Dr. Söder, haben gesagt, Nürnberg soll für den kontinentalen Verkehr ausgebaut werden, während München den interkontinentalen Verkehr abwickelt. Das passt aber nicht zusammen. Der interkontinentale Verkehr in München führt dazu, dass alle möglichen kontinentalen Verbindungen nach München führen sollen, weil das die Zubringer für die interkontinentalen Verbindungen sind. Auf dem Flugplan sehen Sie, dass wir nicht so viele interkontinentale Flüge haben. Das meiste sind kontinentale Flüge. München tut aber alles, um diese Flüge für sich zu holen.

Dasselbe gilt für die Urlaubsflüge. An der Vorbereitung des Flugplans für 2012 sieht man, dass München alles daransetzt, möglichst viele Flüge für sich zu holen, um den Flughafen auszulasten und damit mehr Gründe für eine dritte Bahn zu haben. Momentan ist bei den Flügen ein Rückgang festzustellen. Im Januar hatten wir ein Minus von 5 %. Die weltweite Krise und vor allem die Tatsache, dass viele Länder ihr Wachstum auf Schulden aufgebaut haben, wirken sich jetzt auch auf den Luftverkehr aus. Wenn München weiter ausbaut, sehe ich für Nürnberg kaum Chancen. Wir können machen, was wir wollen. Wenn wir München nicht in den Griff bekommen, wird Nürnberg weiter abnehmen und kaum mehr auf eine wirtschaftlich vernünftige Basis kommen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Deswegen ist es auch im Sinne von Nürnberg, wenn wir in München auf einen weiteren Ausbau verzichten. Dasselbe gilt im Übrigen auch für Memmingen, Herr Kollege Kreuzer. Dort haben wir die gleiche Situation.

(Staatsminister Thomas Kreuzer: Wir haben aber keine interkontinentalen Flüge! )

Die kontinentalen Flüge sind in München, und München tut alles, um noch mehr kontinentale Flüge zu bekommen. Die interkontinentalen Flüge brauchen die kontinentalen Flüge, sonst bekommen sie den Flieger nicht voll.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

München wird alle möglichen Verbindungen nutzen. Sie werden jedes Unternehmen, das nachfragt, nehmen, damit sie noch mehr haben.

Noch einmal zum Flughafen München: Wir fordern nach wie vor die Rückführung des Darlehens in Höhe von 250 Millionen. Der Flughafen floriert auch ohne dritte Bahn. Der Flughafen macht sogar Gewinne. Er hat die Zinsen aufgrund einer Vereinbarung leider nur bis 2006 bezahlt. In den Jahren 1987 und 1988 ist ein Großteil des Darlehens ausbezahlt worden. Damals waren es insgesamt 1,3 Milliarden. 2006 ist nur einmal Zins gezahlt worden, sodass rechnerisch ein Zinsverlust von über einer Milliarde besteht. Die 250 Millionen brauchen die Münchner gar nicht. Sie haben selber gesagt - ich kann es Ihnen nachweisen, denn es steht in der Zeitschrift der FMG -, dass sie den Ausbau und auch das Satellitenterminal ohne Fremddarlehen bewerkstelligen. Ob es funktioniert, weiß ich nicht.

Ich möchte noch kurz auf zwei Punkte eingehen, um Ihnen zu zeigen, wie widersprüchlich sich die Politik verhält. In der "Süddeutschen Zeitung" ist Herr Ramsauer zitiert worden. Er beschwert sich bei den Schweizern massiv darüber, dass die Flüge ab dem Flughafen Zürich die Menschen im Landkreis Waldshut schwer belästigen. Er spricht von einer schweren und nicht hinnehmbaren Belastung. Es geht um 100.000 Flüge. Waldshut liegt etwa 30 km vom Flughafen entfernt, die nächsten Orte sind etwa 15 bis 20 km davon entfernt. Freising und Erding liegen direkt am Flughafen. Die Stadt Freising ist 5 km vom Flughafen entfernt. Wir haben 400.000 Flüge. Kein Mensch spricht aber von einer schweren und nicht hinnehmbaren Belastung. Herr Ramsauer will nur auf die Schweizer einwirken, dass sie die Flugbewegungen zurückfahren. Er sollte das auch einmal in München tun, damit die Leute dort einigermaßen vernünftig leben können.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ein Letztes noch, Herr Hacker, ich muss das klarstellen. Ich spreche Sie an, Herr Thalhammer: Ich habe eine Pressemitteilung von Ihnen gelesen, wonach das Nacht-



flugverbot in München gefährdet sei, wenn die dritte Bahn nicht komme. - Es gibt kein Nachtflugverbot in München. Ich weiß gar nicht, wie Sie darauf kommen. Es gibt eine Nachtflug*regelung*. Diese Nachtflugregelung lässt in München je nach Lautstärke 100 Flüge zwischen 22 Uhr und 6 Uhr zu. Man müsste einmal klarstellen, dass das nicht so ist. Wenn gesagt wird, mit der dritten Bahn gäbe es weniger Nachtflüge, dann sollte man diese Regelung ändern, die diese 100 Nachtflüge zulässt. Diese 100 Flüge werden sicher genutzt, wenn die Regelung nicht geändert wird.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich sage das zur Klarstellung, damit der Fokus auf diese Problematik gelegt wird.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Vielen Dank, Herr Kollege Pointner.

Wir fahren in der Aussprache fort. Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Claudia Stamm für die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. - Bitte schön, Frau Kollegin Stamm.

**Claudia Stamm (GRÜNE):** (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, sehr verehrte Kollegen und Kolleginnen! Bayerns Finanzen zwischen Schein und Sein. Es ist Wahlkampf. Der Wahlkampf ist definitiv eingeläutet. Der Finanzminister war sich gerade nicht mehr ganz sicher, ob der Dutzendteich in Nürnberg ein See oder ein Teich ist. Er redete etwas vom Kurs, der mit dem Haushalt zu halten sei. Aber was macht die Staatsregierung? - Die Staatsregierung steuert mit dem Haushaltsentwurf gleichzeitig in alle möglichen Richtungen. Der Ministerpräsident redet von Schuldenabbau, der Finanzminister will Steuern senken, der Wirtschaftsminister will Großinvestitionen, der Innenminister will immer mehr neue Straßen bauen, der Umweltminister will eine nachhaltige Entwicklung und beklagt gleichzeitig den hohen Flächenverbrauch in Bayern, ohne aber wirklich etwas dagegen zu tun, und das alles, ohne dass es irgend jemandem wehtun soll. Die Staatsregierung ist vielstimmig und

dabei nicht einmal ein Chor. Alle Interessen sollen gleichzeitig, aber zusammenhanglos befriedigt werden. Die Staatsregierung erkennt nicht, dass das gar nicht möglich ist. Auch im Haushalt spiegelt sich das wider.

Ganz besonders hat man das gesehen, als Ministerpräsident Seehofer letzte Woche hier im Landtag eine Bierzeltrede gehalten hat. Mit dieser Bierzeltrede hat er versucht, seine leeren Ankündigungen von Wildbad Kreuth wieder einzufangen. Bei den Menschen draußen hat der Herr Ministerpräsident nur noch die Spendierhosen an. Mit diesem Kleidungsstück rennt er draußen herum.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Alles wird versprochen - ich gebe hier keine Garantie auf Vollständigkeit -, zum Beispiel ein Uni-Klinikum für Augsburg. Die Augsburger werden mit einem Rettungshubschrauber abgespeist. Die Uni-Klinik Augsburg kann nicht kommen, das wäre dann doch zu kostenintensiv. Die Stationierung des Rettungshubschraubers in Augsburg ist völlig schwachsinnig. Wenn man sich die Landkarte anschaut, erkennt man, dass es bei der Versorgung einen weißen Fleck in Mittelfranken gibt. Wenn man den Hubschrauber ein bisschen weiter nördlich stationiert hätte, wäre damit auch Mittelfranken versorgt gewesen. Augsburg hat aber ein Trostpflaster gebraucht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ansonsten gibt es neue Straßen. Dort, wo man gerade eine Veranstaltung besucht, wo man gerade hinkommt, wird hie und da etwas versprochen. Kurzzeitig hieß es vor der Sommerpause sogar, die Studiengebühren würden abgeschafft. Das hat sogar die eigenen Leute massiv überrascht; manche wussten es noch gar nicht, als es die Presse schon wusste.

Vom Flughafen Hof wird weiter abgehoben, ganz egal, wie viel Geld diese Art der - in dicken Anführungszeichen - "Regionalförderung" kostet.

Schließlich wird den Münchnern bzw. dem Bayerischen Rundfunk nach einem wunderschönen Konzert in Berlin ein Konzertsaal bzw. dem Rest Bayerns genauso viel Geld versprochen, wie dieser Konzertsaal kosten würde.

Obwohl der Ministerpräsident draußen immer die Spendierhosen anhat, kommt er hier als Sparkommissar daher. Ich würde sagen, das ist nichts weiter als ein neuer PR-Gag, nichts weiter.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich sage nicht, dass es nicht erstrebenswert ist oder wäre, Schulden abzubauen oder schuldenfrei zu sein. Das ist natürlich ein hehres, ein tolles und erstrebenswertes Ziel auch unserer Haushaltspolitik. Nachhaltige Haushaltspolitik muss aber eigentlich eines sein: ehrlich und transparent. Das sind die Grundsätze des Haushalts.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mit Ihrem sogenannten Sonderprogramm "Aufbruch Bayern" werden bei genauerer Betrachtung zumeist nur die Hausaufgaben erledigt. Mit dem Auftrag an eine Werbeagentur, die ziemlich gut und bekannt ist, machen Sie den Haushalt zu einem Produkt, das man vermarkten und verkaufen soll. Es steckt nicht mehr dahinter.

Aus der Westentasche des Ministerpräsidenten kommt die Ankündigung, man wolle den Schuldenabbau bis zum Jahr 2030 schaffen. Ich nehme an, die Beamten wurden davon ziemlich überrumpelt, zumindest die, die im Finanzministerium seriös und ernsthaft rechnen. Sie halten ein Konzept offenbar auch nicht für so wichtig. Ein Konzept braucht man nicht. Das wird irgendwann geliefert. Das soll der Finanzminister irgendwann im Sommer vorlegen. Dieses ultimative Versprechen, Bayern werde bis zum Jahr 2030 schuldenfrei sein, bedeutet knapp 2 Milliarden Euro Schuldentilgung pro Jahr.

Es ist wirklich erstaunlich - jetzt muss ich noch auf die Regierungserklärung von letzter Woche eingehen -, wie man hier eine Regierungserklärung von knapp einer Dreivier-

telstunde halten und die ganze Zeit nur von 20 Milliarden Euro Schulden sprechen kann. Das ist eine Unverschämtheit. Das ist eine Lüge. Man lügt die Menschen an.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Es sind nicht 20 Milliarden, es sind 30 Milliarden Euro Schulden. Diese Tatsache lässt sich nicht wegreden, leugnen und verschweigen, ganz im Gegenteil. Wie sieht die Realität aus? - Die Staatsschulden haben sich von 24 Milliarden Euro im Jahr 2008 unter dem Ministerpräsidenten Seehofer, auch wenn er nicht originär daran beteiligt ist, drastisch auf weit über 30 Milliarden Euro erhöht, nicht zuletzt wegen des Landesbank-Desasters, das allein von der CSU zu verantworten ist.

(Beifall bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Das rot-grün regierte München hat jedenfalls in der gleichen Zeit seine Schulden deutlich reduziert.

(Zurufe von der CSU: Oh!)

- Das war eine schwache Reaktion.

(Tobias Thalhammer (FDP): Noch schwächer war die Behauptung!)

- Das ist keine Behauptung. Sie können das nachlesen, wenn Sie wollen, Herr Kollege Thalhammer.

Ein Konzept auf bayerischer Ebene, wie die Schuldentilgung funktionieren soll: Fehl-anzeige. Ein ehrliches Konzept gibt es nicht und kann es nicht geben. Wer bitte kann denn Steuereinnahmen, Ausgaben oder wirtschaftliche Entwicklungen der nächsten 20 Jahre einigermaßen vorhersagen? - Das kann niemand, ganz im Gegenteil. Das ist vorhin schon kurz angesprochen worden. Die meisten hier haben ein mulmiges Gefühl. Sie treibt doch eher die Angst davor um, wie es mit Europa und mit den Verpflichtungen weitergeht, die Deutschland schon für Europa eingegangen ist. Was passiert damit?

Fakt ist: Die Lage der Weltwirtschaft und vor allem der Finanzwelt ist labil. Das kann niemand von der Hand weisen. Die Staatsregierung macht es sich einfach; sie hat schon einen Schuldigen gefunden: Bayern zahlt zu viel in den Länderfinanzausgleich und will deshalb klagen. Seit Jahren kommen diese Drohungen, anstatt einfach einmal ein Konzept vorzulegen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Die Staatsregierung hat einen Wahnsinnsapparat; wo ist denn ihr Konzept? Klar ist: Kein Bundesland verschenkt gerne etwas, übrigens auch nicht die Bundesländer, aus denen Abiturienten und Studienabgänger zu uns nach Bayern kommen. Dieser Zustrom ist massiv. All diese Menschen hier auszubilden, würde uns viel Geld kosten, wenn wir das Geld endlich in die Bildung stecken würden.

(Beifall bei den GRÜNEN - Widerspruch bei Abgeordneten der CSU)

- Rechnen Sie es doch einmal aus, bevor Sie schreien, Herr Miller. Das Grundgesetz schreibt den Ländern einen Finanzausgleich vor, genauso wie es innerhalb Bayerns einen kommunalen Finanzausgleich gibt. Ich glaube, den würden auch Sie nicht aufkündigen wollen.

Es kommt aber noch viel besser: Der Länderfinanzausgleich ist nach Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts zwischen dem Bund und den Ländern neu ausgehandelt worden, und zwar mit Zustimmung der damaligen CSU-Staatsregierung, aber namentlich auch mit der Zustimmung von Herrn Seehofer, damals noch nicht Ministerpräsident.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In Berlin wurde zugestimmt. Zu Hause hat man gesagt, wie toll man verhandelt habe; der neue Länderfinanzausgleich sei toll, man habe all das durchgesetzt, was man habe durchsetzen wollen.

Der Länderfinanzausgleich ist nicht nur verfassungsfest, sondern er ist auch von Bayern mitverhandelt und unterschrieben worden. Deshalb ist das Geschrei, dass Bayern dagegen in Karlsruhe klagen werde, nichts als Populismus. Man sucht schon einmal nach einem Schuldigen für die PR-Nummer, für den Rohrkrepierer "Bayern schuldenfrei":

Ich komme noch kurz auf die beiden anderen Punkte zu sprechen, die in den Raum geworfen wurden. Der Ministerpräsident hat es letzte Woche angesprochen, Herr Söder heute auch noch einmal. Eine große Nummer ist der Abbau im öffentlichen Dienst. Insgesamt gibt es für diesen Schuldenabbau drei Säulen. Ehrlich gesagt haben wir hier nichts dagegen, aber bitte nicht auf dem Rücken der Beamten. Sagen Sie bitte ehrlich, wo Sie abbauen wollen und was vom Staat nicht mehr geleistet werden kann. Das wäre ehrlich und redlich. Tun Sie nicht so, als ob das niemandem wehtun würde und als ob es keine Arbeitsverdichtung bei den Beamten geben werde.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein dritter wichtiger Punkt bei dem Plan, die Schulden abzubauen, ist die Landesbank. Geschätzt war die Landesbank einmal acht Milliarden Euro wert. Zehn Milliarden Euro wurden dann hineingeschossen, um sie zu stützen. Damit sind wir bei 18 Milliarden Euro. Wir reden dabei noch gar nicht von den Zinsen, die ständig anfallen. Das sind konkret gut 300 Millionen Euro pro Jahr. Am Ende dieses Jahres 2012 wird es ein Betrag von einer Milliarde Euro sein, den wir gezahlt haben. Selbst wenn Sie durch den Verkauf dieser Bank drei bis fünf Milliarden Euro herauskriegen sollten, wird ein Verlust, eine Vermögensvernichtung in Höhe von 13 Milliarden Euro entstehen. Das ist eine sehr schiefe Rechnung.

Statt einen Schuldenabbau bis zum Jahr 2030 in den Raum zu werfen, würde ich mir von Ihnen wirklich wünschen, dass Sie Ihre Arbeit ordentlich machten. Stellen Sie den Haushalt rechtzeitig auf.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Staatsregierung soll diesen Haushalt aufstellen und dann die Legislative ihre Arbeit machen lassen, die darin besteht, das Budgetrecht ernsthaft wahrzunehmen. Lieber Herr Seehofer - er ist leider nicht da, sondern hat über Facebook und Twitter verkünden lassen, dass er verschnupft und krank ist - - Vielleicht können Sie ihm meine Rede mit Ihren Genesungswünschen überreichen.

(Georg Schmid (CSU): Das kann vorkommen, dass jemand krank wird!)

Lieber Herr Seehofer, Ihre Regierungserklärungen zum Haushalt, bevor der Haushalt in diesem Hohen Haus eingebracht ist, zwingen uns in der Fraktion zu absolut absurden Vorgängen. Bevor die Erste Lesung durchgeführt wird, müssen wir eine Menge Änderungsanträge formulieren, um den Zeitplan einzuhalten. Es tut mir herzlich leid, das ist eine Missachtung des Parlaments.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Unsere Änderungsanträge würden den Haushalt ehrlich, nachhaltig und gerecht machen. Liebe Kollegen und Kolleginnen der CSU und der FDP, seien Sie einmal ein bisschen weniger Dagegen-Parteien und stimmen Sie diesen Anträgen zu.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir könnten dann unsere Ziele früher und effektiver erreichen. Stichworte sind zum Beispiel die Krippen und die Energiewende. Herr Kollege Pointner hat vorhin angesprochen, dass nicht nur die FREIEN WÄHLER Anträge zum Stammhaushalt eingebracht haben, die die CSU exakt übernommen hat. Anträge, die wir vor einem Jahr gestellt haben, werden exakt mit den darin genannten Summen etatisiert. Das ist zwar unser Erfolg, aber wir hätten ihn schneller erreicht.

Ein Beispiel muss ich herausgreifen: Nach dem Tod eines Staatsanwalts in einem Gericht haben Sie die Wiederbesetzungssperre beim Justizwachpersonal aufgehoben. Ich möchte nicht weiter darauf eingehen, aber nur eines sagen: Die Wiederbesetzungssperre ist für gar nichts geeignet, für Null Komma Null. Sie taugt weder zum

Sparen noch für irgendetwas anderes. Eine gescheite Personalpolitik ist damit sowie so nicht möglich. Brauchen wir eine Stelle nicht, dann ziehen Sie sie bitte ein. Grundlage muss aber die Aufgabenkritik sein und nicht das Ziel, Geld zu sparen oder den Haushalt zu konsolidieren. Das ist absurd, ganz abgesehen davon, dass in der Justiz die Haushaltskosten mit den Personalkosten deckungsgleich sind. Wir haben ein Recht auf Rechtsstaatlichkeit, auf gut und zügig durchgeführte Gerichtsverfahren in diesem Lande. Dieses Recht hat auch die Staatsregierung bei der Haushaltsaufstellung zu beachten. Wir werden deswegen Änderungsanträge stellen, um die Situation in der Justiz vor Ort zu verbessern.

Bei der Steuer würden die Stellen, die aufgrund der Wiederbesetzungssperre nicht besetzt sind, Geld in dreistelliger Millionenhöhe bringen. Folgen Sie deshalb unserer Forderung und heben Sie die Wiederbesetzungssperre auf. Wir haben diesen Antrag bereits zum Doppelhaushalt und zum Stammhaushalt vor einem Jahr gestellt. Wir werden ihn wieder stellen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich kann die CSU nur ermuntern, das Königsrecht des Parlaments wahrzunehmen. In Kreuth gab es dazu schon einen kleinen Versuch. Herr Schmid, nehmen Sie dieses Recht wahr, das Sie so vehement gegenüber dem ORH verteidigt haben. Das Budgetrecht liegt beim Landtag. Wir wollen den Pensionsfonds bedienen. Diese Forderung haben wir schon zum Doppelhaushalt vor einem Jahr gestellt. Wir können Sie nur auffordern: Machen Sie mit, und bedienen Sie den Pensionsfonds.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie denken jetzt wahrscheinlich: Das habe ich alles schon einmal gehört. Es ist tatsächlich so. Der Doppelhaushalt 2011/2012 wurde zu spät aufgestellt und zugunsten einer Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten Seehofer zum Haushalt nach hinten verschoben. Dabei wurde schon wieder das Königsrecht missachtet. Das war jedoch nur eine Verschiebung um eine Woche. Ich frage mich, ob die Staatsregie-



rung und dieses Haus noch wissen, dass der Haushaltsplan vor Beginn eines Haushaltsjahres zu verabschieden ist. Das ist hier wirklich etwas schräg geworden. Im letzten Jahr und jetzt erneut wurde der Fahrplan zu spät aufgestellt.

(Volkmar Halbleib (SPD): Pünktlich machen sie das nur vor Wahlen!)

- Sicherlich.

Bei der Zweiten Lesung im letzten Jahr war schon klar, dass wir Steuermehreinnahmen in Höhe von 1,5 Milliarden Euro für diese beiden Jahre 2011 und 2012 haben werden. Im Gesetz zum Versorgungsfonds ist geregelt, dass die Zahlungen nur ausgesetzt werden dürfen, wenn das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht ausgehebelt ist. Das war es im letzten Jahr nicht, und in diesem Jahr ist es das auch nicht. Eigentlich handeln Sie rechtswidrig. Tun Sie etwas dagegen und bedienen Sie den Pensionsfonds.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wie wollen Sie schuldenfrei werden, wenn die vielen verdeckten Schulden nicht bedient werden? Erledigen Sie erst einmal beim Nachtragshaushalt Ihre Arbeit, bevor Sie stichpunktartig a la Bierzelt Versprechungen machen. Machen Sie erst einmal diesen Haushalt wetterfest.

Fakt ist, bei der Aufstellung dieses Haushalts gibt es einen Bilanzierungssaldo in Höhe von 570 Millionen Euro. Das bedeutet, um 570 Millionen Euro decken sich die Ausgaben nicht mit den Einnahmen. Also weg mit dem Mythos vom ausgeglichenen Haushalt. Es gibt ihn nicht, nicht einmal bei der Aufstellung dieses Haushalts. Dieses Wort zieht sich immer durch den Sprachgebrauch.

Herr Dr. Söder, ich bin vom ehemaligen Lebensminister einiges gewohnt. Aber dass Sie vorhin, ohne rot zu werden, gesagt haben, Sie hätten sieben Jahre in Folge einen ausgeglichenen Haushalt vorgelegt, das war schon echt der Hammer.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD - Margarete Bause (GRÜNE): Der ist noch neu im Amt! Der weiß es noch nicht so genau!)

Tatsache ist, die verdeckte Verschuldung ist enorm. Die implizite Verschuldung Bayerns wegen der Pensionsverpflichtungen gegenüber den Beamtinnen und Beamten beläuft sich auf 100 Milliarden Euro. Diese Zahl habe ich nicht erfunden. Im Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes gab es eine Anhörung. Dies sind die Angaben einer großen Bank. Andere haben sogar behauptet, dass dafür 163 Milliarden Euro aufgewendet werden müssten. Wegen der Abzinsung wurden diese Zahlen etwas nach unten geschätzt. Der Pensionsfonds ist daher nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Deshalb kann es nicht darum gehen, welche Rendite höher ist. Im Gegenteil: Wenn in den Pensionsfonds nicht eingezahlt wird, ist das Geld weg, wie man das bei diesem Doppelhaushalt sieht.

(Zuruf von der CSU: Ist das Finanzmathematik oder was?)

Wer käme denn auf die Idee, die Sozialbeiträge für die Renten abzuschaffen, weil die Rendite woanders vielleicht höher ist? Klar ist, die Pensionslasten werden in den folgenden Jahren den Gestaltungsspielraum innerhalb des Haushalts auffressen. Die Zeche dafür müssen die kommenden Generationen zahlen.

Fakt ist, im Bauunterhalt fehlen mehrere Milliarden Euro. Im Jahr 1999 hat der Landtag beschlossen, dass mehr und ausreichend Geld für den Bauunterhalt eingesetzt werden müsste. Was machen stattdessen die Staatsregierung und die Mehrheit des Landtags? Seit dem letzten Jahr wird die Summe dafür in jedem Einzelplan um 20 % pauschal gekürzt. Das ist das Gegenteil dessen, was der Landtag beschlossen hat. Wir fordern Sie auf, Ihrem eigenen Beschluss zu folgen. Fehlanzeige. Die Staatsregierung lässt die Substanz der staatlichen Gebäude verkommen. Dabei reden wir noch gar nicht von der energetischen Sanierung. Das ist eine andere traurige Baustelle, sofern Baustellen traurig sein können.

Tatsache ist: Die Staatsstraßen entsprechen am ehesten dem, was immer wieder mit den Worten "Aufbruch Bayern" angekündigt und vermarktet wird: Die Straßen brechen auf. Das ist eine verdeckte Verschuldung im Umfang von gut 700 Millionen Euro. Mein Vorschlag ist nicht besonders neu. Ich habe ihn schon ein paar Mal eingebracht. Eröffnen Sie eine reparierte Straße mit einem weiß-roten Band. Herr Winter, das wäre doch ein Vorschlag für Sie im Schwabenland. Nehmen Sie die Presse dazu und Politiker aller Ebenen und eröffnen Sie mit großem Tamtam eine reparierte Straße. Dann haben wir mehr reparierte Straßen und weniger sinnlosen Straßenneubau.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Tatsache ist auch, dass es noch eine Menge an anderen versteckten Verschuldungen gibt. Als Beispiele nenne ich die Privatschulen und die Kommunen. Es gibt auch noch Verpflichtungen, die der Staat abgewälzt hat, obwohl sie klar staatliche Aufgabe wären, wie zum Beispiel die Schulsozialarbeit, die man auf die Kommunen abgewälzt hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vor diesem Hintergrund ist es einfach unehrlich und unredlich, ein völlig unausgegorenes Projekt wie den Abbau aller Staatsschulden bis 2030 anzukündigen. Gleichzeitig - das zeichnet sich jetzt schon ab - werden Sie mit Wohltaten um sich werfen. Das haben Sie direkt und indirekt angekündigt, indem man zum Beispiel auf die Kreditermächtigungen verweist, die knapp drei Milliarden Euro umfassen. Es wäre doch ein erster Schritt zum Schuldenabbau, wenn Sie die Kreditermächtigungen zurückgeben würden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dann wäre die Kriegskasse - das ist ein wörtliches Zitat, so hat es Finanzminister Söder selbst bezeichnet - weniger voll. Herr Minister, gegen wen wollen Sie denn Krieg führen, gegen die Opposition, oder mit ihren Drohungen wegen des Länderfi-

nanzausgleichs vielleicht gegen die Bundeshauptstadt? Das ist die Frage, gegen wen Sie hier Krieg führen wollen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Er ist Kriegsminister geworden!)

Unser Motto zum Nachtragshaushalt lautet: umschichten nach grün. Damit wollen wir den Haushalt gerecht und nachhaltig machen. Die aktuellen Zahlen zum Ausbau der Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren zeigen, dass die von der Staatsregierung vorgesehenen Ausgaben definitiv nicht reichen werden, um den gesetzlichen Anspruch zu erfüllen. Ganz klar fehlen 240 oder 260 Millionen Euro, vielleicht auch mehr. Es kommt darauf an, welche Zahlen zugrunde gelegt werden. Von der Staatsregierung gibt es verschiedene Zahlen dazu, wie weit sie mit dem Ausbau ist; mal sind es 22, mal 26 und mal 28 %. Mit Sicherheit fehlen mehrere 100 Millionen - also gut 200 Millionen Euro - für den Krippenausbau, der nötig wäre, um den gesetzlichen Anspruch zu erfüllen. Das ist kein Wunschdenken von uns, das ist nicht, was wir wollen, sondern diesen gesetzlichen Anspruch gibt es.

Wir schlagen als Gegenfinanzierung die Streichung des Landeserziehungsgeldes vor - das sagen wir laut und ehrlich - und fordern den Einstieg in die Kostenfreiheit des dritten Kindergartenjahres. Wir fordern nicht deshalb so viel Geld für den Ausbau von Betreuungsmöglichkeiten für Kinder unter drei Jahren, weil wir das wollen, sondern weil das ein gesetzlicher Anspruch ist, der, anders als der Länderfinanzausgleich, einklagbar ist, und zwar mit großen Erfolgsaussichten.

Wir wollen den Erhalt kleiner Grundschulen und eine Landschulregelung, damit das Motto "Kurze Beine, kurze Wege" wirklich wahr wird.

Wir wollen die Studiengebühren an den Hochschulen abschaffen.

Der zweite Schwerpunkt unserer Vorstellungen zum Nachtragshaushalt ist das Thema Inklusion. Es gibt ein interfraktionelles Gesetz, das aber leider noch nicht mit Leben erfüllt ist. Deshalb fordern wir zusätzliche Lehrerstellen an Schulen. Auch wenn die In-

klusion geltendes internationales Recht ist, wollen wir die Kommunen nicht im Regen stehen lassen und Hochbaumittel über den Finanzausgleich an sie geben. Ansonsten brauchen wir für die Inklusion nicht besonders viel Geld, weil wir erst einmal einen ordentlichen Aktionsplan erstellen müssen. Da stehen wir noch ganz am Anfang.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Unser dritter Schwerpunkt ist die Energiewende, um den Haushalt nachhaltig zu machen. Wo bleibt bei Ihnen denn die Energiewende? Sie war schon groß bei den Haushaltsberatungen zum Stammhaushalt angekündigt; da war das Unglück in Fukushima schon passiert. Dann wurde dafür aber nicht ein Cent in den Doppelhaushalt 2011/12 eingestellt immer mit dem Hinweis darauf, dass die Energiewende jetzt in Bayern eingeläutet wird. Zur Finanzierung der Energiewende und des Klimaschutzes ist gar nicht unbedingt mehr Geld nötig, sondern es muss einfach eine Umschichtung her. Völlig unseriös ist es, wenn immer wieder behauptet wird, die Wende koste eine Milliarde Euro, besonders dann, wenn diese Mittel nicht einmal annähernd in den Haushalt eingestellt werden.

Ganz wichtig und grundlegend wäre eine andere Verkehrspolitik. Man kann nicht so tun, als hätte die Verkehrspolitik, der Straßenneubau, das Setzen auf Autoverkehr und das Vernachlässigen des öffentlichen Nahverkehrs nichts mit Klimapolitik zu tun. Bitte verzichten Sie endlich auf den Straßenneubau und die dritte Startbahn am Münchner Flughafen; das würde Geld, Emissionen und Flächen sparen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir wollen dagegen ganz konkret die Kraft-Wärme-Kopplung fördern und mehr Geld für die Moor-Renaturierung ausgeben; dafür ist das Geld im letzten, tollen Klimaschutzprogramm 2020 schon im April 2011 ausgegangen, auch wenn man irgendwo für ein Moor noch etwas zusammengekratzt hat. Wir wollen endlich die Umstellung von Nachtspeicherheizungen fördern und wollen ein Beratungsprogramm für Kommunen zur Energieeinsparung bei Kläranlagen und der Straßenbeleuchtung.

Ganz klar wollen wir den Ansatz für Public Relations der Energieagentur kürzen. Sie haben zahlreiche Mittel für eine Forschung eingestellt, die wir aber als Aufgabe der Industrie betrachten. Da übernimmt auf einmal der Staat Aufgaben, die wir gar nicht als staatliche Aufgabe betrachten.

Richtig peinlich ist es - da habe ich mich schon sehr gewundert, Herr Wirtschaftsminister Zeil -, wenn auf einmal die energetische Sanierung der staatlichen Gebäude gelobt wird. 2011 waren in dem damals noch existierenden Klimaschutzprogramm knapp 40 Millionen Euro enthalten, jetzt sind es nur noch 20 Millionen. Obwohl eine Energiewende ausgerufen wird, wird hier Geld gekürzt, und zwar 17 Millionen Euro. Dabei reicht das Geld hinten und vorne nicht. Wir wollen hier 100 Millionen Euro. Das sind Hausaufgaben.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Konkret heißt das: Sie stellen für die ausgerufene tolle Energiewende in den Nachtragshaushalt 120 Millionen ein. Wenn wir aber die 70 Millionen Euro abziehen, die nicht mehr da sind, weil das Klimaschutzprogramm 2020 bereits 2011 ausgelaufen ist - und wer weiß schon, warum -, sind wir nur noch bei ungefähr 50 Millionen. Das ist also die groß angekündigte Energiewende!

Zum Bereich Verkehr: Wir fordern, endlich auf die zweite S-Bahn-Stammstrecke zu verzichten und stattdessen den Südring durch Ausbau zu ertüchtigen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Machen Sie endlich Modellprojekte zur Anpassung des ÖPNV an den demografischen Wandel. Das wäre wahnsinnig wichtig und würde ganz wenig Geld kosten. Sie sprechen immer von den Herausforderungen durch den demografischen Wandel, aber es passiert nichts Konkretes. Das wäre nur eine finanzielle Kleinigkeit, und wir brauchen Modellprojekte, damit wir Mobilitätskonzepte für morgen haben.

Eine Forderung muss ich auch aus aktuellem Anlass hervorheben. Der Fall Hof zeigt, wie unwirtschaftlich ein solcher Flughafen ist. Wenn er so notwendig ist, wie manche Lokalpolitiker sagen, dann frage ich mich, warum er nicht angenommen wird, nicht einmal ein bisschen. Wir zahlen 440 Euro pro Ticket pro Fluggast, der da fliegt. Das ist absurd.

(Thomas Hacker (FDP): Sie müssen die Fluglinie vom Flughafen trennen!)

Streichung der Förderung des Nahluftverkehrs und Rückforderung des Restdarlehens an die Flughafen München GmbH von 250 Millionen Euro - das sind unsere Forderungen. Der bayerische Staatshaushalt muss Rahmenbedingungen setzen, ehrlich und transparent sein. Eines Pseudosonderprogramms "Aufbruch Bayern" mit massiven PR-Ausgaben bedarf es definitiv nicht. Sparen Sie sich lieber das Geld. Das wird übrigens einer unserer Anträge sein. Vielleicht können Sie wenigstens ein paar Kürzungsanträgen folgen. Sie sagen doch immer, dass Sie Geld sparen wollten, aber wenn man genau hinschaut, sieht man, dass da von Ihnen auch nichts kommt.

Die Öffentlichkeitsarbeit der Staatskanzlei wird massiv gekürzt. Dann greifen Sie wenigstens nicht in das Königsrecht des Landtags, nämlich in sein Budgetrecht, ein. Der bayerische Staatshaushalt muss Prioritäten setzen. Wir tun das mit den Bereichen Bildung, Inklusion und Energiewende. Wir werden aber erleben, dass für Sie Wohltaten ohne Ende mit Blick auf die Wahl 2013 erste Priorität haben werden. Priorität Nummer zwei werden leere Versprechungen a la Schuldenabbau bis 2030 sein, der auch noch generationengerecht sein soll.

Wer sagt denn, dass Generationengerechtigkeit nicht auch innerhalb einer Generation hergestellt werden kann und soll? Sorgen Sie doch hier und auch in Berlin endlich für mehr Gerechtigkeit bei den Einnahmen, anstatt sie massiv und mutwillig zu kürzen! Ich nenne als Stichworte Spitzensteuersatz und höhere Erbschaftsteuer. Ministerpräsident Seehofer würde die Erbschaftsteuer ganz abschaffen, und Herr Söder spricht von reduzieren. Gehen Sie nicht an unsere Einnahmen, gehen Sie nicht an die Erbschaft-

steuer, bekennen Sie sich stattdessen zur Finanztransaktionssteuer und zu einem ökologischen Umbau der Einnahmen. Geben Sie sich einen Ruck, seien Sie weniger die Dagegenpartei und stimmen Sie unseren Anträgen zu, sowohl denen, die Kürzungen vorsehen, als auch jenen mit nachhaltigen Ausgaben. Machen Sie den Haushalt nachhaltig, generationen- und bildungsgerecht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Vielen Dank, Frau Kollegin Stamm. Nächster Redner ist Kollege Klein für die Fraktion der FDP. Bitte schön, Herr Kollege Klein.

**Karsten Klein (FDP):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wachstum macht hohe Steuereinnahmen möglich; das haben wir heute schon angesprochen. Die Steuereinnahmen des Freistaates Bayern sind auf Rekordniveau. 2011 waren es 32,2 Milliarden Euro. Für 2012 rechnen wir mit weit über 34 Milliarden Euro Steuereinnahmen. Das ist das Resultat der Arbeit von fleißigen Menschen in Bayern und auch der Rahmenbedingungen, die wir setzen. Die Bayerische Staatsregierung aus CSU und FDP legt heute dem Landtag einen Haushaltsentwurf mit einem Volumen von 44,3 Milliarden Euro und einer Investitionsquote von 12 % vor. Der Durchschnitt der westlichen Bundesländer liegt übrigens bei 9,4 %.

(Volkmar Halbleib (SPD): Früher lag Bayern bei 15 %!)

Die Zinsausgaben betragen 1,1 Milliarden Euro. Das ist eine Zinsquote von 2,4 %. Der Durchschnitt der westlichen Bundesländer liegt bei 7,5 %. Der Entwurf sieht ein Sonderprogramm für die Abfinanzierung in Höhe von 50 Millionen Euro vor,

(Volkmar Halbleib (SPD): Das sind Altlasten, die Sie vor sich herschieben!)

zusätzlich ein Paket zu den vorhandenen Ausgaben für Bildung und Familien von 169 Millionen Euro, für Energie, Klima und Innovation in Höhe von 126,5 Millionen Euro und für den ländlichen Raum von 232 Millionen Euro. Wir haben einen kommunalen Finanzausgleich in Höhe von 7,3 Milliarden Euro - so hoch wie noch nie. Herr



Kollege Halbleib, an dieser Stelle möchte ich Sie korrigieren. Wenn Sie schon aus den Vorlagen des Finanzministeriums zitieren, sollten Sie das voll umfänglich machen. Bei der Pro-Kopf-Verschuldung liegen die bayerischen Kommunen auf Platz 2 im innerdeutschen Vergleich. Das zeigt eindeutig, dass die Koalition ein starker Partner der Kommunen ist.

(Beifall bei der FDP)

Unsere Solidarität ist quasi grenzenlos. Wir zahlen in den Länderfinanzausgleich 3,9 Milliarden Euro ein.

Einige fragen sich, warum ich das alles vortrage. Es kam der Einwurf, man könne das nachlesen. Ich muss aber leider bemerken: Nach der Debatte, die ich verfolgt habe, weiß ich nicht, ob Sie es können; dass Sie es aber nicht getan haben, konnte ich feststellen. Sonst hätten Sie vieles, was Sie gesagt haben, heute nicht gesagt.

(Beifall bei der FDP - Volkmar Halbleib (SPD): Was ist das?)

Die Koalitionsregierung aus CSU und FDP legt zum vierten Mal in Folge einen Haushalt ohne neue Schulden vor. Aus dem Regierungshandeln der FDP sind keine neuen Schulden entstanden. Das ist ein hervorragendes Markenzeichen am Haushalt.

(Beifall bei der FDP - Volkmar Halbleib (SPD): Aber in Ihrer Regierungszeit sind sie entstanden!)

Nun darf ich kurz die Schwerpunkte der FDP im Haushalt ansprechen. Uns ging es von Anfang an um den Schuldenabbau. Wir haben die Neuverschuldung auf null gebracht. Wir haben Rücklagen gebildet und im November 2011 beschlossen, dass wir in den Abbau der Schulden des Freistaats Bayern einsteigen wollen. Dass die CSU im Januar 2012 in Kreuth einen ähnlichen Beschluss gefasst hat, bestätigt uns in unserem Handeln und hat uns in keinster Weise überrascht.

(Beifall bei der FDP - Volkmar Halbleib (SPD): Wer's glaubt, wird selig!)

Die FDP-Fraktion hat auch einen Beschluss gefasst, was mit den Steuermehreinnahmen aus dem Jahr 2011 getan werden soll. Auf unserer Klausurtagung im Januar 2012 haben wir beschlossen, dass wir neben dem Versorgungsfonds noch mutiger in die Schuldentilgung einsteigen wollen. Nach den aktuellen Zahlen würden wir zusätzlich 700 Millionen Euro, also praktisch eine Milliarde Euro, in die Schuldentilgung geben. Es freut uns, dass der Finanzminister heute dazu seine Zustimmung ausgedrückt hat.

(Beifall bei der FDP)

Wir machen eine Haushaltspolitik - -

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Karsten Klein (FDP):** Nein, am Schluss. Dann ist genügend Gelegenheit.

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Also am Schluss als Zwischenbemerkung.

**Karsten Klein (FDP):** Man sieht eindeutig, dass wir bei der Haushaltspolitik im Freistaat Bayern Taktgeber für eine Haushaltspolitik für künftige Generationen sind. Bei uns hat Konsolidierung Vorfahrt vor neuen Ausgabenprogrammen. Diese Koalitionsregierung betreibt unter der FDP-Beteiligung eine hervorragende Zukunftspolitik für diesen Freistaat.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben zudem auch Eckpunkte vorgelegt, wie wir uns die Schuldenzurückführung vorstellen. Unter anderem wollen wir die Zinszahlungen, die momentan 1,1 Milliarden Euro ausmachen, einfrieren und den Betrag, den man in Zukunft nicht mehr für die Zinsen braucht, in die Schuldentilgung stecken. Wir haben einen mutigen Schritt beschlossen - ich sagte das eben - für die erste Verwendung der zusätzlichen Steuermehreinnahmen, und wir haben entschieden, dass wir bei künftigen Steuermehrein-

nahmen zuerst festlegen, welcher Betrag in die Schuldentilgung einfließen soll. Damit haben wir Eckpunkte für den Tilgungsplan der künftigen Jahre vorgelegt.

Ein Baustein ist auch die BayernLB. Deshalb werden wir im ersten Quartal dieses Jahres mit der BayernLB über einen Zeitplan zur Rückführung der eingezahlten Mittel reden, und wir werden beim Auslaufen der Gewährträgerhaftung die Privatisierung als mittelfristiges Ziel im Auge behalten.

Der Länderfinanzausgleich treibt auch uns um. Wir haben in der Fraktion schon vor langer Zeit Beschlüsse gefasst. Wir haben ein Gutachten in Auftrag gegeben, und wir haben jetzt noch einmal festgehalten, dass wir in den nächsten sechs Monaten ein Verhandlungsergebnis wollen. Sollte dies nicht zu erzielen sein, erwarten wir von den Ministerpräsidenten der drei Länder, die das zusammen postuliert haben, dass sie den Klageweg beschreiten. Handeln, nicht reden, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein Gruß nach Baden-Württemberg!

(Beifall bei der FDP - Volkmar Halbleib (SPD): Sie reden seit drei Jahren, und die Staatsregierung hat keine Zeile zum Länderfinanzausgleich vorgelegt!)

Unsere Vision von Bayern ist ein schuldenfreies Bayern. An dieser Vision werden wir auch in den nächsten Jahren festhalten.

(Beifall bei der FDP)

Nun komme ich ganz kurz auf die dunklen Wolken, die an den Himmel gemalt worden sind, zurück. Ich darf die GRÜNEN zum Nachtragshaushalt 2010 zitieren: "Düstere Aussichten für die Staatsfinanzen." Sie monieren, dass es 2011, 2012 und 2013 einen Konsolidierungsbedarf von insgesamt 10 Milliarden Euro gebe. Sie kritisieren, wir würden unsere Rücklagen aufbrauchen, und Sie sagten: Die Staatsregierung erwartet ab 2012 wieder steigende Steuereinnahmen, die aber vor 2013 das Niveau von 2008 nicht mehr erreichen werden. 2012 werden Einnahmesteigerungen von 6 % erwartet. - Prinzip Hoffnung.

Ich kann heute nur noch einmal feststellen: Wir haben die Rücklagen nicht nur gehalten, sondern ausgebaut. Wir haben den Konsolidierungsbedarf gedeckt, und, liebe Kolleginnen und Kollegen, das Prinzip Hoffnung, das Sie beschreiben, hat sich in der Realität bewahrheitet. Wir haben die Steuereinnahmen generiert. Wenn Sie dunkle Wolken an den Horizont malen, sollten Sie auch in die Vergangenheit schauen und überlegen, ob Ihre Prognosen eingetroffen sind.

(Beifall bei der FDP und bei Teilen der CSU)

Für die FDP-Fraktion ist der Versorgungsfonds ein Thema. Es gibt klare gesetzliche Regelungen. Wir werden in den kommenden Wochen mit unserem Koalitionspartner CSU fachlich und sachlich fundiert diskutieren. Aktuell finden wir eine jährliche Rendite von 4,67 % bei der Rücklage seit deren Bildung vor und 7,76 % beim Fonds seit Auflage. Es handelt sich um die durchschnittliche Rendite und nicht um eine Augenblicksbetrachtung. Deshalb müssen wir eine sachliche Debatte über die Thematik im Sinne eines nachhaltigen, zukunftsorientierten, der Generationengerechtigkeit Rechnung tragenden Haushalts führen. Wir werden das in den nächsten Wochen tun. Darauf können Sie sich verlassen. Für uns gilt das Verursacherprinzip. Das alles werden wir in einer offenen Diskussion sachlich austragen.

(Beifall bei der FDP)

Wir setzen mit diesem Haushalt Schwerpunkte in der Familienpolitik. Wir steigen in das beitragsfreie dritte Kindergartenjahr ein. Das wurde vonseiten der GRÜNEN bereits kritisiert. Es ist immer gut, dass es unterschiedliche politische Einstellungen gibt. Diese werden wir nach außen tragen. Wir starten mit 50 Euro Zuschuss ab dem 01.09.2012. Das heißt, dass im Kindergartenjahr 2012/2013 die Familien um 600 Euro jährlich entlastet werden. Ich glaube, das ist ein gutes Signal, das von diesem Haushalt ausgeht.

(Beifall bei der FDP)

Wir investieren weiterhin in den Krippenausbau. Wir haben die Anzahl der Angebote vervierfacht. Wir werden bis Ende 2013 planmäßig 36 % erreichen. Das ist nicht nur mehr, als uns vom Bund mit 31 % vorgegeben worden ist, sondern wir übersteigen sogar die 33 %, die für die gesamte Bundesrepublik vorgegeben worden sind, um drei Prozent. Ich meine, auch das könnte man an dieser Stelle honorieren.

(Beifall bei der FDP)

Wir investieren 56 Millionen Euro zusätzlich in den Krippenausbau. Wir erhöhen die Investitionsförderung für den Krippenausbau nochmals um zusätzlich 92 Millionen Euro. Wir stecken über eine Milliarde Euro in den Betriebskostenzuschuss. Das alles zeigt, dass uns das Thema "Vereinbarkeit von Beruf und Familie" nicht nur in Programmen wichtig ist, sondern auch beim politischen Handeln. Da, wo wir es tun können, handeln wir, die FDP-Fraktion im Bayerischen Landtag. Das hat sich in diesem Haushalt niedergeschlagen.

(Beifall bei der FDP)

Diese Maßnahmen zeigen auch Wirkung. Die Quote der erwerbstätigen Mütter ist in Bayern mit 70,7 % im Spitzenfeld aller Bundesländer. Auch die Erwerbstätigenquote von Müttern mit Kindern unter drei Jahren liegt bei 42 % und ist damit im innerdeutschen Vergleich Spitze. Das Bild von einem rückständigen Bayern, das oft gezeichnet wird, stimmt seit 2008 nicht mehr. Auch dafür steht die FDP-Fraktion gemeinsam mit der CSU-Fraktion in dieser Koalition.

(Beifall bei der FDP)

Ein Schwerpunkt dieser Koalition aus CSU und FDP bleibt die Bildungspolitik. Ein Drittel unserer Gesamtausgaben geht in den Bereich Bildung, Wissenschaft und Forschung. Wir haben die Bildungsausgaben seit 2008 um 2,4 Milliarden Euro angehoben. Wenn man den Länderfinanzausgleich und den kommunalen Finanzausgleich abzieht, bleiben uns etwa 34 Milliarden Euro. Wenn wir jetzt 16 Milliarden Euro in Bil-

derung investieren, dann bedeutet das, dass fast 50 % des uns zur Verfügung stehenden Geldes in den Bildungsbereich fließen. Deutlicher kann in einem Haushalt kein Schwerpunkt gesetzt werden, als wir dies gemeinsam tun, CSU und FDP.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Wenn ich Debattenbeiträge höre, wenn ich Pressemitteilungen lese, wenn ich Äußerungen von Kollegen im Ausschuss höre, in denen behauptet wird, das ganze Geld würde in Pensionszahlungen fließen und verschwinden, dann kann ich dem die Fakten entgegenhalten: Wir haben 5.500 zusätzliche Lehrerstellen im Freistaat Bayern geschaffen. 2008 waren es 81.000 Lehrerstellen, im Jahr 2012 sind wir bei 86.685 Lehrerstellen. Diese Zahlen sind Fakten, sie sprechen für sich. Sie sind nicht durch lange Pressemitteilungen, Redebeiträge oder Pressekonferenzen wegzudiskutieren.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Volkmar Halbleib (SPD): Aber 2.700 Stellen fallen weg!)

Da, wo wir Probleme erkennen, packen wir sie auch an. Mit diesem Nachtragshaushalt und den 1.082 Lehrerstellen, die wir im Haushalt belassen, werden der Unterrichtsausfall bekämpft, die Ganztagschulen ausgebaut und die Bildungsgerechtigkeit durch den Ausbau der Förderschulen und der Integration gestärkt. Uns ist es wichtig, nicht nur über Probleme zu reden, wenn man sie erkennt, sondern diese Probleme auch anzupacken. In diesem Nachtragshaushalt gehen wir einen Schritt in diese Richtung.

(Beifall bei der FDP)

Bayern ist auch Wissenschaftsland. Das unterstreichen wir mit den Investitionen an den Hochschulen. Kein Bundesland hat in den letzten vier Jahren so viele Studienplätze ausgebaut wie Bayern. Wir haben 38.000 zusätzliche Studienplätze für den doppelten Abiturjahrgang geschaffen und 5.500 Studienplätze zusätzlich wegen der Ausset-

zung der Wehrpflicht. Mit dem Nachtragshaushalt haben wir nun noch einmal 10.000 zusätzliche Studienplätze auf den Weg gebracht. Das ist in Deutschland beispiellos. Damit kommen wir dem Bedarf und den Verpflichtungen nach, die dieser Freistaat in der Bildungspolitik hat.

(Beifall bei der FDP)

Ich möchte auch noch auf die Situation der Kommunen eingehen, nachdem hier immer versucht wird, deren Situation besonders schwarz zu malen. Ich habe bereits die 7,3 Milliarden Euro genannt. Das sind 390 Millionen Euro mehr als bisher. Damit handelt es sich um den höchsten Finanzausgleich aller Zeiten. Die Landesmittel steigen um 418 Millionen Euro. Die im Vergleich geringe Pro-Kopf-Verschuldung der Kommunen ist in Deutschland absolut spitze. Wir erhöhen den allgemeinen Steuerverbund. Herr Kollege Pointner hat das schon erwähnt. Wir erhöhen die Schlüsselzuweisungen, fördern den Schulausbau und unterstützen die Kindertageseinrichtungen. Wir erhöhen die Investitionspauschale, die Zuweisung an die Bezirke. Auch bei der Schülerbeförderung - ein in diesem Haus immer wieder aktuelles Thema - legen wir nach. Ich könnte die Liste noch lange fortführen. All das macht deutlich, dass wir uns sehr wohl bewusst sind, dass vor Ort, in den Kommunen, eine wichtige Arbeit geleistet wird. Viele Mitglieder unserer Fraktion sind so wie ich Kommunalpolitiker. Ich will das an dieser Stelle betonen, weil immer wieder das Gegenteil behauptet wird. Wir wissen, was vor Ort los ist, wir brauchen da keine Belehrungen, schon gar nicht von anderen, die über weniger kommunale Erfahrung verfügen als unser Fraktionsvorsitzender Thomas Hacker.

(Beifall bei der FDP - Volkmar Halbleib (SPD): Man merkt es aber nicht!)

Wir haben für das Thema "Energie, Klima und Innovation" ein Paket geschnürt.

(Zuruf der Abgeordneten Christa Naaß (SPD))

- Wir sind auf kommunaler Ebene im Unterschied zu anderen immer noch tätig.

Wir haben ein Paket geschnürt für Energie, Klima und Innovation, weil wir in der Energiewende eine Aufgabe sehen. Dieser Aufgabe kommen wir auch nach. Wir investieren in Bereiche, in denen eine unmittelbare Verantwortung des Freistaats besteht. Das gilt beispielsweise für die Energieforschung. Wir setzen uns für energiesparende Produktionstechnologien ein, für Speichertechnologien, für Batteriespeicher und für das Energiemanagement. All dies sind wichtige Themen, um die Energiewende zu bewältigen. In Ihrem Konzept, im Konzept von Rot-Grün, haben diese Aspekte der Energiewende jedoch völlig gefehlt.

(Beifall des Abgeordneten Alexander König (CSU))

Das alles müssen wir mit unserem Konzept anpacken.

(Beifall bei der FDP)

Wir investieren in innovative Antriebstechnik. Dies ist der erste Schritt zum Energiewandel auf einem Weg, den wir für die nächsten fünf Jahre noch fortschreiben werden. Damit leisten wir einen wichtigen Beitrag und gehen einen wichtigen Weg für die Bürgerinnen und Bürger und auch für die Unternehmen vor Ort in Bayern.

Auch die Probleme des ländlichen Raums haben wir erkannt. Wir investieren schon lange über verschiedenste Töpfe, beispielsweise über die Regionalförderung, im ländlichen Raum. Wir verstärken unsere Bemühungen mit diesem Nachtragshaushalt noch einmal. Wir haben gemeinsam beschlossen, dass wir die gewerbliche Regionalförderung und die Innovationsgutscheine ausbauen und zusätzlich - auch das wurde heute hier gefordert, und deshalb muss man es an dieser Stelle auch deutlich sagen - die außeruniversitäre Forschung und die Technologiezentren im ländlichen Raum stärken. Wir haben das im Doppelhaushalt schon getan, und nun legen wir im Nachtragshaushalt noch eine Schippe drauf. Sie sollten sich deshalb diesen Haushalt näher anschauen, bevor Sie hier Forderungen stellen, denen wir schon längst nachgekommen sind, liebe Kolleginnen und Kollegen.



(Beifall bei der FDP und der CSU)

Wir geben Mittel in Bedienformen des ÖPNV. Auch dies ist ein wichtiges Thema für den ländlichen Raum: Wie kann der ÖPNV dort in Zukunft aufrechterhalten werden? - Wir schaffen einen zusätzlichen Baustein - das hat Martin Zeil heute schon beim Thema "Breitbandversorgung und schnelles Internet" dargelegt - mit der Glasfasererschließung. Wir sind uns dieser Herausforderungen bewusst. Wir stellen uns diesen Herausforderungen. Dafür sind wir in der Politik und in diesem Landtag. Der Nachtragshaushalt 2012 der Staatsregierung, getragen von CSU und FDP, packt diese Herausforderungen an. Dieser Nachtragshaushalt ist zukunftsgerichtet, um den Herausforderungen gerecht zu werden.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

All diese Maßnahmen, die wir in den letzten Jahren ergriffen haben und die wir jetzt ergreifen, zeigen auch Wirkung. Bayern ist Nummer eins. Wir haben die niedrigste Arbeitslosenquote mit 3,4 % im Dezember 2001. Nirgendwo in Deutschland sind so wenig junge Menschen arbeitslos wie im Freistaat. Wir haben Bestnoten beim Schuldenstand, bei der Pro-Kopf-Verschuldung. Wir sind das erste Bundesland, das ein Energiekonzept vorgelegt hat. - Schöne Grüße nach Baden-Württemberg. - Wir sind Vorreiter beim schnellen Internet. Wir bauen die Kindertagesstätten aus und investieren in die Bildung.

(Beifall bei der FDP - Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Sie können sich vorstellen, dass es nicht im Naturell eines FDP-Politikers liegt, sich so oft auf die Schulter zu klopfen.

(Lachen des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Nach der Debatte, die ich heute hier gehört habe, muss man Ihnen aber vor Augen führen, in welchem Land Sie leben. Sie leben in Bayern, nicht in Nordrhein-Westfalen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Die Ausführungen des Herrn Kollegen Pointner haben mich deshalb besonders gefreut. Kollege Pointner hat allerdings vieles von dem, was wir gemacht haben, fälschlicherweise der Urheberschaft der FREIEN WÄHLER zugeordnet. Wir sehen das selbstverständlich anders.

(Zuruf des Abgeordneten Markus Reichhart (FREIE WÄHLER))

Ich darf vielleicht ganz kurz zitieren. Im Zuge Ihrer Klausurtagung 2012 haben Sie gesagt: "Einem Haushalt sind Spielräume zu gewähren, damit der Staat in einer Rezession auch handeln kann." - Wir haben Rücklagen in Höhe von 2,4 bzw. drei Milliarden Euro. "Diese Haushaltsspielräume müssen in wirtschaftlich guten Zeiten geschaffen werden." - Das tun wir angesichts der aktuellen Lage. "Über den Konjunkturverlauf sind keine zusätzlichen Schulden abzubauen." - Auch das tun wir nicht. Wenn ich dieses Zitat und Ihre heutigen Aussagen zusammennehme, dann gehe ich davon aus, dass die FREIEN WÄHLER dem Entwurf der Bayerischen Staatsregierung ihre Zustimmung geben werden.

(Beifall bei der FDP)

Ob dies allerdings nach dem Geschmack von Rot-Grün ist, muss sich in ihrer angedachten Partnerschaft noch zeigen.

(Beifall bei der FDP)

Lassen Sie mich zusammenfassen: Wir haben hohe Steuereinnahmen, die im Wachstum begründet sind. Dieses Wachstum wird von fleißigen Menschen, der guten Wirtschaftspolitik und den Rahmenbedingungen begünstigt. Wir investieren dieses Geld, beispielsweise 12 % in die Investitionsquote. 50 % der uns zur Verfügung stehenden Gelder investieren wir in die Bildung. Wir betreiben eine nachhaltige Haushaltspolitik mit null Neuverschuldung, mit Rücklagenbildung und mit Einstieg in die Tilgung der bestehenden Schulden. Das hat die FDP schon im November beschlossen. Wir betrei-

ben - das ist in diesem Haushaltsentwurf der Bayerischen Staatsregierung zu sehen - eine zukunftsorientierte nachhaltige Haushaltspolitik, die der Generationengerechtigkeit Rechnung trägt. Ich glaube deshalb, dass wir mit diesem Haushalt gemeinsam, CSU und FDP, einen weiteren Schritt in die positive Zukunft dieses Freistaats gegangen sind.

(Anhaltender Beifall bei der FDP und der CSU)

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Herzlichen Dank, Herr Kollege. Wenn Sie bitte vorn bleiben; es gibt noch eine Zwischenbemerkung des Herrn Kollegen Halbleib. Bitte, Herr Kollege.

**Volkmar Halbleib (SPD):** Ich bedanke mich zunächst für den Vorapplaus.

(Heiterkeit)

Jetzt darf ich meine Frage stellen.

(Unruhe)

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Wenn Sie zuhören, gibt es vielleicht auch für Sie einen Ertrag. - Bitte, Herr Kollege.

**Volkmar Halbleib (SPD):** Ich darf zunächst einmal festhalten, Herr Kollege Klein, dass Sie in dieser zentralen Haushaltsdebatte Folgendes erklärt haben - dafür bin ich dankbar -:

Erstens. Versorgungsfonds und Versorgungsrücklage werden auch vonseiten der FDP als wichtige Bausteine der Finanzpolitik des Freistaates Bayern beurteilt.

Zweitens. Die Rentierlichkeit des Fonds und der Rücklage ist so, wie wir sie beschrieben haben. Das ist eine Bestätigung dessen, was wir sagen.

Sie haben damit in einer Plenardebatte des Bayerischen Landtags dem von dieser Regierungskoalition gestellten Finanzminister in zwei zentralen Punkten widerspro-

chen. Finanzminister Söder hat heute nämlich klar gesagt, dass er Versorgungsfonds und Versorgungsrücklage für im Kern problematisch und abschaffbar halte.

(Staatsminister Dr. Markus Söder: Ich habe kein Wort von "Abschaffung" gesagt!  
Das ist eine Lüge!)

- Langsam, langsam, Herr Kollege! Jetzt bin ich dran.

Auf jeden Fall hat der Finanzminister beides zur Disposition gestellt. Zudem hat er, was die Zinsentwicklung anbetrifft, klar zum Ausdruck gebracht, dass er die Beiträge der Opposition für unsinnig hält. Nunmehr wird die Kritik der Opposition von Vertretern der Koalition bestätigt.

Abschließend die Frage: Herr Kollege Klein, sind Sie bereit, heute für die FDP ein klares Bekenntnis zur Beibehaltung des Versorgungsfonds und der Versorgungsrücklage abzugeben sowie dazu, dass die gesetzlich vorgeschriebenen Zuführungen in diesem Nachtragshaushalt komplett vorgesehen werden?

(Beifall bei der SPD)

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Vielen Dank, Herr Kollege. - Bitte schön, Herr Klein.

**Karsten Klein (FDP):** Herr Kollege Halbleib, ich möchte an dieser Stelle betonen, dass wir überhaupt keinen Grund haben, die Arbeit des Finanzministers infrage zu stellen, auch nicht im Hinblick auf die Beachtung des Prinzips der Nachhaltigkeit.

(Zuruf des Staatsministers Dr. Markus Söder)

- Wir loben ihn natürlich.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Wir gehen davon aus, dass er sich an die gesetzlichen Vorgaben hält. Ich habe nicht wahrgenommen, dass er einer Abschaffung des Versorgungsfonds das Wort geredet

hat. Es besteht allerdings Diskussionsbedarf. Ich habe klar zum Ausdruck gebracht, dass wir uns der Diskussion nicht verschließen. Wir wollen sie sachlich führen, um zu einem Ergebnis zu kommen, das im Sinne der Generationengerechtigkeit tatsächlich Bestand hat.

Deshalb bleibe ich bei meiner Aussage: Wir sind durchaus der Meinung, dass der Versorgungsfonds ein wichtiger Baustein ist, dass man über diesen aber wie über jeden Baustein reden kann. Die Renditen habe ich genannt; das brauche ich nicht zu wiederholen. Wir werden uns in den nächsten Wochen mit unserem Koalitionspartner partnerschaftlich wie bei allen Themen der Diskussion stellen und dann zu einem Ergebnis kommen.

Darf ich im Umkehrschluss feststellen: Für den Fall, dass wir den Versorgungsfonds ansparen, stimmt die SPD-Fraktion dem Haushalt zu?

(Beifall bei der FDP - Volkmar Halbleib (SPD): Bei der FDP stirbt die Hoffnung zuletzt!)

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Vielen Dank, Herr Kollege. Es ist nicht vorgesehen, dass Sie Rückfragen stellen. Ich verstehe das aber als Anregung, diese Möglichkeit in der Geschäftsordnung zu berücksichtigen. - Die nächste Rednerin ist schon vorn. Frau Kollegin Kamm, Sie haben das Wort.

**Christine Kamm (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Zu den Themen "Schattenhaushalte" und "ungelöste oder vernachlässigte Aufgaben" haben wir schon viel gehört. Meine Ausführungen beziehen sich auf das allgemein proklamierte Ziel, gleichwertige Lebensbedingungen überall in Bayern zu schaffen.

Wir hatten Anfang November eine Anfrage zur Finanzlage der bayerischen Kommunen gestellt; sie ist bis heute nicht beantwortet worden. Das ist ärgerlich für die Arbeit der Opposition. Noch ärgerlicher finde ich es, dass Sie von der Staatsregierung sich

offenbar überhaupt nicht für die finanzielle Lage der bayerischen Kommunen interessieren; sonst hätten Sie diese Anfrage schon beantworten können und die Daten längst gehabt.

Sie wissen nicht nur nicht, wie viele Kommunen in Bayern ihre Kreditaufnahmen nur auf der Basis von Ausnahmeregelungen und unter Auflagen genehmigt bekommen; Sie wollen das auch gar nicht wissen. Sie wollen nicht wissen, wie viele Kommunen eine Investitionsquote von null - oder sogar eine negative - aufweisen. Sie wollen nicht wissen, wie viele Kommunen derzeit nicht investieren können, weil sie ein Haushalts-sanierungskonzept durchführen bzw. nicht über einen genehmigten Haushalt verfügen. Wie soll ich Ihnen dann abnehmen, dass Sie sich dafür interessieren, wie in Bayern gleichwertige Lebensbedingungen geschaffen werden können?

Viele Kommunen haben bis heute nicht die Folgen des Einbruchs der Steuereinnahmen der Jahre 2009 und 2010 ausgleichen können, zu denen übrigens Sie, Herr Klein, und andere mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz einen maßgeblichen Beitrag geleistet haben. Dieses Gesetz belastet die bayerischen Kommunen nach wie vor alljährlich mit rund 300 Millionen Euro. Neue Investitionen konnten in vielen Kommunen in den vergangenen Jahren ausschließlich mit Mitteln des Konjunkturprogramms getätigt werden, das jedoch mittlerweile ausgelaufen ist. Daher ist zu befürchten, dass diese Investitionstätigkeit etwas zurückgehen wird.

Die fragwürdigen Durchschnittsbetrachtungen, die das Finanzministerium zur Lage der Kommunen in Bayern anstellt, berücksichtigen weder demografischen Wandel noch die Situation von Kommunen mit Strukturproblemen.

Aber nicht nur die Kommunen, sondern auch Dritte werden herangezogen, um Ihr Ziel der Schuldenfreiheit zu erreichen. So warten die Schulen in freier Trägerschaft auf zugesagte Mittel in Höhe von einer halben Milliarde Euro, viele Kommunen warten auf zugesagte Investitionszuschüsse. Sie sanieren auf Kosten der Kommunen.

Es reicht zudem überhaupt nicht aus, nur ein Eingliederungsgesetz auf Bundesebene zu fordern, so notwendig es auch ist. Der Freistaat muss über den Sozialhilfeausgleich einen sachgerechten eigenen Anteil der Kosten sozialer Aufgaben übernehmen. Ich stimme mit Herrn Kollegen Pointner völlig darin überein, dass der Schritt, den die Koalition gegangen ist, dafür nicht ausreicht.

Der Freistaat spart selbst, überlässt aber den Kommunen die Bewältigung der Zukunftsaufgaben. Das gilt für viele Bereiche: Bildung, Schulsozialarbeit, Inklusion, Krippen- und Kindertagesstättenausbau, Eingliederungshilfe, Klimaschutz, Integration. Besonders deutlich wird das am Umgang mit den Mieterinnen und Mietern der GWB-Wohnungen.

Das werden wir heute Nachmittag noch vertiefen. Ihre gelegentlich angewandte Politik des goldenen Zügels - hier eine Straße einweihen, dort ein kleines Projekt bezuschussen - reicht nicht aus. Sie müssen die Situation der Kommunen grundsätzlich verbessern. Es hilft ihnen nicht, wenn Sie wie derzeit kleine Trostpflaster verteilen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Vielen Dank, Frau Kollegin Kamm. - Nächster Redner ist Herr Kollege Winter. Ihm folgt, wenn keine weitere Wortmeldung mehr dazwischenkommt, Herr Staatsminister Söder. - Bitte, Herr Winter.

**Georg Winter (CSU):** Herr Präsident, sehr geehrter Herr stellvertretender Ministerpräsident, meine verehrten Kolleginnen, werte Kollegen! Die Staatsregierung hat heute zum siebten Mal in Folge einen Haushalt ohne Neuverschuldung vorgelegt. Das ist für uns alle sehr erfreulich und alles andere als selbstverständlich; das zeigt der Blick auf andere Länder in Deutschland und darüber hinaus. Gleichzeitig wird daran deutlich: Bayern hat sorgfältig und gut gewirtschaftet.

An dieser Stelle gilt Herrn Staatsminister Söder, seinem Staatssekretär Pschierer und allen Damen und Herren des Finanzministeriums unser herzlicher Dank für die enga-

gierte, zügige und vor allem solide Arbeit, die zu den guten Ergebnissen, die heute vorgetragen wurden, geführt haben.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Nun weiß man, dass ich für Loberteilung in der Fraktion nicht der Prädestinierteste bin, sondern lieber andere Aufgaben übernehme. Ein bisschen Aufgabenteilung muss sein. Aber ich möchte an dieser Stelle Ihnen, Herr Staatsminister, herzlich danken, weil es wirklich ein Auftakt im Schweinsgalopp war. Schon wenige Tage, nachdem Sie im Amt waren, haben Sie den kommunalen Finanzausgleich verhandelt.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Es waren zügige Verhandlungen mit guten Ergebnissen. Sie haben dem Vertreter des Parlaments die Möglichkeit gegeben, Vorschläge einzubringen. Mich freut es, dass die guten Ergebnisse anerkannt wurden und dass es ein guter, gelungener Auftakt war.

Im gleichen Tempo ging es weiter mit der Kabinettsklausur zum Haushalt 2012. Kaum war es damit vorbei, waren wir in Berlin und haben mit der EU versucht, das Beihilfungsverfahren zu beschleunigen. Darauf werde ich heute noch eingehen.

In der Jahresendphase standen wir vor einem Bündel von Aufgaben. Heute können wir uns mit einem Haushalt beschäftigen, der sich sehen lassen kann. Es ist die beste Botschaft des Jahres schlechthin, dass wir eine Milliarde Schulden tilgen.

Bei den Beratungen werden wir uns mit dem Nachtragshaushalt intensiv befassen. An dieser Stelle sage ich herzlichen Dank dem Kollegen Klein, der heute sehr detailliert und engagiert vorgetragen und deutlich gemacht hat, dass die Fraktionen trotz ihrer unterschiedlichen Ansätze bemüht sind, alle Kräfte zu einem aktiven Regierungshandeln zusammenzuführen. Letztlich zählt wie immer der Erfolg.

(Beifall bei der CSU und der FDP)



Natürlich ist die Frage der Opposition berechtigt - wir stellen sie uns ja auch selber -: Wie kann die Entschuldung gelingen? Laotse hat gesagt: Selbst eine Reise von tausend Meilen beginnt mit dem ersten Schritt. Damit hat er recht. Wir orientieren uns daran.

2012 haben wir einen echten, ausgeglichenen Staatshaushalt und - das kann man sich wirklich auf der Zunge zergehen lassen - keine neuen Schulden, keine Aktienverkäufe, keine inneren Darlehen. Neu ist auch eine Schuldentilgung um eine Milliarde Euro, und zwar bei gleichzeitig gestärkter Rücklage, hohen Investitionen, auch nach Beendigung des Konjunkturprogramms II. Der Pensionsfonds ist ein so wichtiges Thema, dass wir es mit Ihnen hier gleich gesondert besprechen. Der Staatshaushalt hat die geringste Pro-Kopf-Verschuldung und die niedrigste Zinslast in Deutschland.

Das ist eine gute Bilanz. Sie macht deutlich, dass Bayern keinen Anlass hat, sich schlechtreden zu lassen. Wir können ganz im Gegenteil stolz auf das sein, was die Bürgerinnen und Bürger mit ihrem Engagement im Beruf und im Ehrenamt als gesellschaftliche Leistung erbracht haben. Das Ergebnis überzeugt und macht deutlich, dass wir auf unsere Heimat Bayern stolz sein können.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Natürlich darf man die Gegenfrage stellen: Wenn ein SPD-geführtes Bundesland die Absicht verkündet hätte, alle Schulden zu tilgen, was wäre dann gewesen? - Alle hätten dann gelacht, weil jeder weiß: Das schaffen die nie. Das ist klar. Das ist der Unterschied.

Heute war schon die Rede von der sozialdemokratischen Politik. Kollege Halbleib, wo ist sie geblieben? - So hat Hildegard Knef einmal gesungen. Die SPD bekennt sich ja nicht mehr zu dem Kanzler, der ebenso wie Minister Steinbrück die Grundlagen gelegt hat. Sie hat sich von der Agenda 2010 distanziert. Deswegen kann man das nicht als sozialdemokratische Rezepte verkaufen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Das muss man wissen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Paul Wengert (SPD))

- Lieber Herr Kollege Wengert, als Schröder ins Amt kam, habt ihr gesagt: Woher kommt der? Was hat der mit uns vor? Und als er gegangen war, haben Sie gesagt: O Gott, damit haben wir nichts mehr zu tun. Wir haben uns darüber gewundert. Denn das eine oder andere war ja erfolgreich. Aber ihr habt gesagt: No, das ist nicht unsere Politik.

Wir wollen ganz offen zugeben: Alle Schulden abzubauen, ist eine riesige Aufgabe, ist auch für Bayern ein Kraftakt, eine wahre Herkulesaufgabe. Dessen sind wir uns bewusst.

Wenn man hier von Populismus und von einem PR-Gag spricht, dann hätten wir es uns doch wirklich ganz einfach machen können. Jetzt ist dieser Riesengeldsegen da. Die Wirtschaft verbucht gute Erträge. Kollege Klein hat es gesagt: Da zeigt sich wieder, wie positiv sich Wachstum auswirkt. 2009 hatten wir das Gegenteil: 5 % Rezession. In den Folgejahren mussten wir sparen.

Es wäre doch wirklich toll gewesen, wenn wir jetzt hätten sagen können: Herr Finanzminister, bitte überweisen Sie künftig alle offenstehenden Posten noch bevor die Opposition Sie anmahnt. Populismus wäre es gewesen, wenn man das Geld einfach ausgegeben, Wahlgeschenke gemacht und die Stimmungen bedient hätte.

Sie haben es aber nie geglaubt, dass der Ministerpräsident, dem Sie gern etwas unterstellen würden, genau das Gegenteil tut. Er schlägt vor: Bei diesem Thema machen wir keine neuen Schulden. Das ist der richtige Weg. Dies ist die ganz große Messlatte, auf die die Bürgerinnen und Bürger warten.

(Volkmar Halbleib (SPD): Aber ohne Einschränkungen!)

Wenn Sie mit den Bürgerinnen und Bürgern beispielsweise über den Bundeshaushalt reden und diese sagen, die Schulden würden weniger, dann müssen Sie denen doch schon seit Jahren sagen: Es handelt sich um weniger Neuaufnahmen; die Schulden werden insgesamt jedoch mehr. Wenn Sie mit den Bürgerinnen und Bürgern über Schuldentilgung, über Reduzierung der Schulden diskutieren, dann erfahren Sie deren Wunsch, die Schulden abzubauen.

Wie gesagt, wir haben es uns nicht einfach gemacht. Einfachheit ist nicht der Anspruch von CSU und FDP. Unser Anspruch ist viel höher. Das Ziel in der ersten Stufe war: keine neuen Schulden. In der zweiten Stufe gilt es, die bestehenden Schulden zu tilgen. Aber das - ja Sie sind überrascht - haben Sie uns nicht zugetraut. Ja, der Vorschlag von Horst Seehofer hat Sie total überrascht.

(Volkmar Halbleib (SPD): Überhaupt nicht!)

Jetzt gibt es natürlich eine ganze Reihe offener Fragen. Die Zeit wird nicht reichen, sie alle zu beantworten. Wir sind gefordert. Sie und die Bürgerinnen und Bürger haben die Chance, die Dinge hautnah zu verfolgen. Wir haben es in den elf Monaten, die uns noch bleiben, mit drei Haushalten zu tun: In den nächsten Wochen beraten wir den Nachtragshaushalt 2012, im Herbst den Doppelhaushalt 2013/14.

Im Zuge dieser Beratung sind viele Fragen zu beantworten: Wie sieht es mit den bestehenden Verpflichtungen aus? Wie geht es mit der Schuldentilgung weiter? Finden noch Zukunftsinvestitionen statt? An den Antworten werden wir uns messen lassen müssen, auch gern messen lassen.

Ein wichtiger Punkt ist die Pensionsvorsorge. Dazu hat Kollege Klein ausführlich gesprochen. Es handelt sich um ein wichtiges Thema. Worum geht es? Was ist Sinn und Zweck? Man muss immer vermeiden, dass man den Wald vor lauter Bäumen nicht mehr sieht. Der Fonds ist eine Erfindung von uns. Deswegen dürfen wir auch darüber nachdenken, ob man die Dinge noch besser gestalten kann. Da geht es um die Vorsorge für künftige Generationen. Es geht darum, möglichst viel für die Altersvorsorge

zu tun. Lasten sollen nicht aufgebürdet, sondern dort, wo sie entstehen, abgemildert und abgefedert werden.

Wir alle wissen, dass die 1,3 Milliarden Euro, die in den beiden Töpfen enthalten sind, gut sind. Aber sie sind angesichts der Herausforderungen noch lange nicht ausreichend. Deswegen stellt sich sehr wohl die Frage: Wie können wir dem begegnen? Wie können wir Belastungen für die Zukunft wegnehmen? So kam es zur Ansage, die Schulden zu tilgen. Der Vorschlag ist ja nicht vom Himmel gefallen. In Kreuth wurde darüber debattiert, was wir dafür tun können. Unsere Auffassung ist: Der beste und wichtigste Schritt im Hinblick auf die demografische Veränderung, im Hinblick auf die Alterspyramide und die Tatsache, dass die nächste Generation sehr viel zu tragen hat, wenn es weniger Aktive und mehr Empfänger gibt, ist ein Haushalt, ein Staat, der weniger Belastungen kennt, der keine Schulden hat. Das ist unsere Priorität. Alle anderen Punkte wollen wir in diesem Jahr miteinander diskutieren. Wir haben ein ganzes Jahr, bis zum Dezember Zeit, bis wir das zweite Haushaltsgesetz verabschieden und sagen, wie wir uns das Ganze vorstellen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Also abschaffen!)

Ansonsten bleibt natürlich das, was uns zu diesem Spezialthema bekannt ist, dass das Sondervermögen 4,6 % und dass der Fonds 7,7 % gebracht hat. Es ist richtig, dass wir momentan dank des AAA-Ratings niedrige Zinsen haben. Das wollen wir gar nicht beklagen. Wir sind vielmehr froh darüber, dass der Zinssatz bei nur 3,3 % liegt. Aber wir müssen auch sagen, dass wir im Jahr 1.080 Millionen Euro für Schuldzinsen aufzubringen haben, und das trotz des niedrigen Zinssatzes. Das berechtigt, darüber nachzudenken, welches der richtige Weg ist, und es berechtigt auch, darüber nachzudenken und sich bewusst zu machen, dass der Zinssatz nicht immer so niedrig bleiben muss. Auch muss man wissen, dass bei Aktien, dass bei Wertpapieren nun mal ein Risiko besteht. Jeder, der täglich die Kurse verfolgt, weiß: Eine höhere Rendite bedeutet ein höheres Risiko. Umgekehrt kann man sagen: Das geringste Risiko besteht,

wenn man Schulden tilgt oder gar keine mehr hat. Dann ist man vor den Kapitalmarktzinsen, die ja auch steigen können, am besten geschützt. - Dies zur Situation.

Es ist interessant. Die eine Milliarde, die der Finanzminister heute vorgeschlagen hat, bringt auch bei diesem niedrigen Zinssatz immerhin 33 Millionen Zinersparnis, und sie bringt bis zum Jahr 2030 eine Ersparnis von 600 Millionen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Wir wissen das! 350 Millionen Landesbank!)

Wenn wir das Beispiel von heute, von 2012, im nächsten Jahr fortsetzen könnten, dann wären es nicht nur 600 Millionen Euro, sondern 1,2 Milliarden Euro bis zum Jahr 2030.

Herr Kollege Halbleib, ich kann mich noch daran erinnern, dass ein ganz wichtiger Mann der Sozialdemokraten sagte - Erwin Huber weiß das auch -: Lieber 5 % Inflation als 5 % Arbeitslosigkeit. Was war dann? Am Ende hatten wir beides, und beide, die Inflation und die Arbeitslosigkeit, betrug mehr als 5 %.

(Volkmar Halbleib (SPD): Da müssen Sie aber tief in der Geschichte graben!)

Dann hat die Luft gefehlt, um investieren zu können. Das ist der Knackpunkt.

Wer Bofinger liest und verfolgt, muss sagen, dass er uns eigentlich gar nicht widerspricht. Er sagt nur, man müsse differenzieren und immer abwägen, was gerade passt. Selbst in diesem Zusammenhang kann man ihn nicht gut bemühen. Sonst hätte ich es gern getan und gesagt, dass er widerspricht.

Jetzt habe ich noch einen anderen Punkt anzusprechen. Er richtet sich an die Kollegen der FREIEN WÄHLER. Ich kann mich nicht erinnern, die FREIEN WÄHLER in den letzten Jahren je attackiert, gegen sie polemisiert oder sonst irgendetwas gegen sie getan zu haben. Aber mit Ihrer Pressekonferenz bezüglich der Sparkassen haben Sie uns wirklich überrascht. Herr Kollege Pohl, ich weiß nicht, ob Sie tiefgestapelt oder Naivität vorgetäuscht haben. Dazu fällt mir wirklich nichts Positives ein. Da kann man

nur noch staunen. Ich kann an dieser Stelle nur sagen: Wir sind der Bayerische Landtag, wir sind die Vertretung von 12,5 Millionen Bürgerinnen und Bürger, wir sind nicht der Sparkassentag. Das bitte ich auch zu sehen. Dass Sie den Sparkassen einen Gefallen getan haben, bezweifle ich sehr. Man muss darüber reden, wie gut wir sie bedient haben, wie gut sie dabei wegkommen.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Aha!)

Sollen wir einmal das Beispiel der Stadt München nehmen? Wie viel sind denn 15 % von 5 Milliarden? Da fragen wir einmal: Ist das notwendig gewesen? War es berechtigt? Welche Begründung gibt es dafür? Oder könnte man dafür nicht besser eine S-Bahn bauen oder andere wichtige Dinge tun?

(Beifall bei Abgeordneten der CSU - Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

- Herr Pohl, ich weiß nicht, wie man so in eine Pressekonferenz gehen kann - entweder nicht informiert oder so, dass man das, was man weiß, verdrängt.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Ja, genau!)

Ich trage es Ihnen einmal kurz vor: Der Freistaat Bayern ist bei der Rettung der Bank nach der Pleite von Lehman Brothers allein in Vorleistung getreten und hat den hälftigen Anteil der Sparkassen von 5 Milliarden mit übernommen. - Den gesamten Anteil. - Das Gleiche gilt für den Rettungsschirm von insgesamt 6 Milliarden Euro. Auch da hat der Freistaat Bayern den hälftigen Anteil in dieser Ad-hoc-Hilfe mit übernommen. Angesichts dieses großen Engagements, das der Freistaat erbracht hat, bestand zwischen der Staatsregierung und den Regierungsfractionen sehr schnell Konsens darüber, dass diese Hilfsaktion die Obergrenze dessen darstellt, was der Freistaat Bayern leisten kann. Das muss die Obergrenze bleiben, und dafür treten wir auch bei den Gesprächen mit der EU ein.

Darüber hinaus gibt es Dinge wie Zinsen und ABS-Garantien und -ausfälle. Das käme alles hinzu. Ich war mit Georg Fahrenschon immer schon darüber einig, dass diese 10 Millionen Euro die Obergrenze bleiben müssen und dass dies die Marschrichtung ist. Die EU-Kommission hat bereits im Dezember 2008 und dann noch einmal im November 2010 mitgeteilt, dass diese Hilfsmaßnahmen Beihilfecharakter haben und dass dies nur vorläufig geduldet ist.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Was wollen Sie sagen? Das ist nicht einmal zuruffähig!)

- Jetzt warten Sie doch einmal den Beschluss ab. Den Beschluss, von dem Sie dauernd reden, gibt es doch noch gar nicht. Die Presse hat Sie aufgefordert, ihn vorzulegen; aber es gibt ihn ja nicht.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Ach, die 10 Milliarden haben wir nicht beschlossen?)

- Hören Sie einmal gut zu. Die 10 Milliarden sind doch umgesetzt. Sie reden doch von Beschlüssen, die der Minister noch umsetzen müsste. Hierzu gibt es nichts.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Die EU hat im November 2010 mitgeteilt, dass eine Beschlussfassung über den Grundlagenvertrag nicht ohne vorherige Abstimmung mit der Kommission möglich ist. Auch das sollten Sie zur Kenntnis nehmen.

Jetzt gehen wir weiter. Mich erstaunt, wie Sie zu der Annahme kommen, dass Bayern nicht zu Europa gehört, dass in Bayern kein EU-Verfahren betrieben wird.

(Lachen des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER) - Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Das scheinen Sie manchmal zu meinen!)

Ich möchte gern wissen, woher diese Irritation kommt. Vielleicht gibt es bei den Sparkassen einige, die genauso unaufgeklärt durch die Gegend marschieren. Das mag

sein. Von irgendwoher werden Sie den "großartigen" Schmarren ja haben. Mich würde einmal interessieren, wie man zu dieser Annahme kommen kann. Ich höre immer wieder, Bayern sei das größte Land. Ich kann Ihnen, auch wenn es so etwas schon einmal bei uns gegeben haben sollte, nur bestätigen: Bayern ist kleiner als Deutschland und ist kein Kontinent. Das möchte ich für die CSU noch einmal eindeutig feststellen.

(Beifall bei der CSU - Volkmar Halbleib (SPD): Hört, hört!)

Jetzt ziehen wir den Vergleich zu Baden-Württemberg. Als Kaufbeurer sind Sie schließlich nicht weit weg. Baden-Württemberg hat als erstes Land das Beihilfeverfahren abgeschlossen. Dort sieht es wie folgt aus: In Baden-Württemberg hatten die Sparkassen im Jahr 2010 einen Umsatz von 174 Milliarden Euro; die bayerischen Sparkassen hatten einen Umsatz von 171 Milliarden Euro. Das sind also vergleichbare Größenordnungen. In Baden-Württemberg haben die Sparkassen einschließlich der Stadt Stuttgart, also der kommunalen Seite, ein Eigenkapital von 2,9 Milliarden Euro eingebracht und leben immer noch und machen immer noch Mittelstandsfinanzierungen. - Dies zur Information. Und was haben dagegen die bayerischen Sparkassen, von denen Sie sagen, man müsse sie schonen, an Eigenkapital eingebracht?

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Wer sagt das? Das haben wir im Bayerischen Landtag beschlossen!)

- Sie sind doch jetzt gar nicht an der Reihe. Hören Sie doch einmal zu, wenn Sie schon nichts wissen!

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Wenn Sie mit mir reden!)

- Dann melden Sie sich halt. - An der Stelle, an der bei den baden-württembergischen Sparkassen 2,9 Milliarden Euro stehen, stehen bei den bayerischen Sparkassen 0,0 Euro. Das ist der Vergleich mit den Nachbarn.

Jetzt gehen wir zum Thema Garantien über. Diesbezüglich stehen bei den baden-württembergischen Sparkassen und der Stadt Stuttgart 7,4 Milliarden, und bei den



bayerischen Sparkassen steht: Garantiesumme: 0,0 Euro. Das ist die Realität. Deswegen kann ich Ihnen heute schon sagen: Selbst wenn das Verfahren abgeschlossen ist, wird es in Deutschland keine Sparkassenlandschaft geben, die so gut, so günstig, so billig weggekommen ist wie unsere bayerischen Sparkassen.

(Beifall bei der CSU)

An dieser Stelle erinnere ich mich an meine Oma, die gesagt hat: Wer Gutes tut, muss sich in Acht nehmen.

(Lachen bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Manchmal frage ich mich, warum wir uns jetzt gegenüber den Sparkassen verteidigen müssen, wenn man doch so großzügig war und so vieles getan hat. Das versteht wirklich kein Mensch mehr.

(Beifall bei der CSU)

Meine verehrten Kolleginnen, werte Kollegen, was kann man als Politiker oder einfacher Abgeordneter für den Länderfinanzausgleich tun? Gelegentlich Anregungen geben, die wie ein Stein im Wasser Wellen schlagen und weitergehen. Ich bin sehr dankbar dafür, dass ich 2010 bei der Ersten Lesung des Nachtragshaushalts das Thema Länderfinanzausgleich aufgreifen konnte, dass es jetzt deutschlandweit in aller Munde ist und dass wir heftig darüber diskutieren, nachdenken und verhandeln mit dem Ziel, dass es beim Länderfinanzausgleich wieder gerechter zugeht.

Zu der Frage: Ihr habt ja mitverhandelt, warum habt ihr denn zugestimmt? - Ich habe mir sagen lassen, dass es bei Verhandlungen über den Länderfinanzausgleich bisher immer das Ziel war, am Ende Konsens zwischen den Ländern und der Bundesregierung zu erreichen und dieses einfache Bundesgesetz nicht mit Mehrheit durchzudrücken. Das ist der Punkt. Einvernehmlich ein Ergebnis zu erreichen, bei dem die Nehmer nachgeben sollen und die Geber nicht mehr so viel wie bisher zahlen müssen, ist alles andere als einfach.

Aber um Missverständnissen vorzubeugen: Wir stehen zur Solidarität. 35 Milliarden hat Bayern in den Länderfinanzausgleich eingezahlt, 21 Milliarden Euro beim Umsatzsteuerausgleich. In der Summe haben wir insgesamt 56 Milliarden Euro mehr überwiesen, als wir bekommen haben.

Jetzt zu der Frage: Wer profitiert? Wie soll es weitergehen? Wo sehen wir die Spielräume? Natürlich sagt das Grundgesetz: Dieser Ausgleich muss sein. Aber, meine Damen und Herren, 2011 wurden 27 Milliarden Euro umverteilt. Könnten wir uns vorstellen, dass vielleicht etwas weniger, dass auch eine Umverteilung von 25 oder 22 oder gar 20 Milliarden Euro noch ein guter Bund-Länder-Finanzausgleich in Deutschland wäre? Schauen wir doch einmal in Europa herum, wo werden da 20, 22 oder 25 Milliarden Euro umverteilt? Das ist der Spielraum, den wir sehen und den wir ansprechen. Es ist aber auch unsere Verpflichtung, dafür zu kämpfen, hier eine Besserung zu erreichen. An der Stelle, Herr Finanzminister, herzlichen Dank, dass Sie dieses Thema engagiert aufgreifen und anpacken. Das finden wir großartig.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, wenn es zwölf Nehmerländer und nur noch vier Geberländer gibt und ein Land davon ohnehin nur einen geringen Betrag einzahlt, dass es fast nicht mitzählt, dann ist das Ganze in eine Schiefelage gekommen. Das kann jeder nachvollziehen. Wir wollen eine faire Lastenverteilung und mehr Anreize. Wir wollen die Chance, dass derjenige, der sich engagiert, auch etwas bekommt.

Ich sehe, wenn die Uhr richtig geht, dass die Zeit knapp wird. Deswegen komme ich zum Schluss: Wir sichern die gründliche Beratung des Nachtragshaushalts zu. Er ist ja zum Nachjustieren da. Der Haushalt ist schon ein bisschen älter. Er wurde im Herbst 2010 entworfen. Deswegen gibt es einen Bedarf nachzuarbeiten. Schwerpunktsetzung aus Parlamentssicht - das ist unser Anliegen. Wir selbst haben uns große Ziele und Maßstäbe vorgenommen. Wir tilgen und investieren. Das gilt für den Haushalt 2012.

Herr Finanzminister, Sie haben das heute mit dem Tilgen festgemacht, und unser Anliegen liegt beim Investieren. Beides zusammen wird gelingen. Wir setzen auf die wirtschaftliche Stärke Bayerns. Wir setzen auf einen gerechteren, ausgewogeneren und leistungsfördernden Bund-Länder-Finanzausgleich sowie auf Haushaltsdisziplin. Darum sagen wir nicht immer Ja. Wir werden unseren Verpflichtungen nachkommen und Zukunftsaufgaben umsetzen.

(Beifall bei der CSU)

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Vielen Dank, Herr Kollege Winter. - Herr Winter, kommen Sie bitte zurück. Kollege Hallitzky hat sich noch zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte schön.

**Eike Hallitzky (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Winter, Sie werden mir sicherlich in zwei Punkten zustimmen, die wir Herrn Söder dringend in den Stammbaum, Pardon, ins Stammbuch schreiben müssen.

Erstens. Ein belastbares Konzept für eine Schuldentilgung über 20 Jahre hinweg kann es nicht geben, weil weder die staatlichen Ausgaben noch die staatlichen Einnahmen - die erst recht nicht - angesichts der Volatilität der Weltwirtschaft und der Finanzmärkte in Europa und der Welt über einen solch langen Zeitraum vorhergesehen werden können. Sie wissen, dass es bei dem Dahergerede von "Keine Schulden mehr in 20 Jahren" nicht wirklich um 2030 geht. Vielmehr geht es um einen letzten, verzweifelten Versuch, mit ungedeckten Wetten auf die ferne Zukunft eine Wahl zu bestehen. Herr Winter, was Herr Söder macht, sind ungedeckte Leerverkäufe. Das hat er von der BayernLB übernommen. Aber verkauft hat er damit auch jede finanzpolitische Ernsthaftigkeit, die Georg Fahrenschon noch besaß. Damit werden auch die Bürgerinnen und Bürger Bayerns verkauft. Das ist der erste Gedanke, den Sie Herrn Söder bitte einmal auflegen sollten.

(Beifall bei den GRÜNEN - Alexander König (CSU): Das ist Unsinn! Frecher Unsinn!)

Zweitens. Der Länderfinanzausgleich ist verfassungsfest. Das ist klar, weil er nach den Vorgaben des Verfassungsgerichts gemeinsam ausgehandelt wurde. Er ist von Bayern selbst verhandelt, unterschrieben und selbstverständlich auch selbst gelobt worden. Aber jetzt tönen Sie, Sie wollten eine Klage gegen den Finanzausgleich anstrengen.

Schließen Sie sich doch bitte dem ernsthaften Vorbild der grün-roten Koalition in Baden-Württemberg an! Die möchte Verhandlungen. Die sagt, eine Klage sei ohnehin ohne Erfolgsaussichten, und will eine Föderalismuskommission III. Sie möchte eine Neukonstruktion des Finanzausgleichs, damit die Anreize für Geber- und Nehmerländer erhöht werden. Vom grün-roten Baden-Württemberg kommen Konzepte. Von Ihnen hingegen kommt nur heiße Luft.

Damit bin ich beim letzten Satz: Wenn sich einmal jemand hinsetzen und die ganzen Versprechungen des Finanzministers von Steuersenkungen und Schuldenabbau durchrechnen würde - Herr Winter, Sie werden mir sicherlich recht geben -, der käme nur zu einem Ergebnis: Gäbe es eine Luftblasensteuer für das Verblasen heißer Luft, dann müsste der bayerische Finanzminister noch heute Privatinsolvenz anmelden.

(Beifall bei den GRÜNEN - Alexander König (CSU): Das war echt ein sachgerechter Beitrag!)

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Herr Kollege Winter, Sie dürfen, wenn Sie wollen.

**Georg Winter (CSU):** Herzlichen Dank. - Herr Präsident, verehrte Kolleginnen, werte Kollegen! Da der Kollege Hallitzky das Stichwort "grün-rote Landesregierung in Baden-Württemberg" geliefert hat, muss ich sagen: Man kann nur dazulernen. Man schließt einen Koalitionsvertrag mit einer völlig unterschiedlichen Zielrichtung und sagt dann: Okay, jetzt lassen wir die Bürger entscheiden, und dann müssen wir das übernehmen, was herauskommt. - Denn immerhin hat man falsche Erwartungen geweckt.

(Zuruf)

- Das ist sehr wichtig. Man muss sich schon am Beispiel orientieren, wenn man Prognosen abgeben soll. Er will von mir eine Prognose und eine Aussage.

(Beifall bei der CSU)

Wie soll man denn das Angebot von Baden-Württemberg zum Länderfinanzausgleich werten, wenn sich die Koalitionsfraktionen dort beim Thema Stuttgart 21 nur darauf verständigen konnten, die Bürger entscheiden zu lassen, und jetzt setzen die Grünen die Sache um, die sie im Grunde genommen verhindern wollten?

Zum Länderfinanzausgleich habe ich vorhin Stellung genommen. Hätten Sie einmal zugehört; aber vielleicht war die Frage schon vornotiert. Es werden 27 Milliarden Euro umverteilt. Ich habe gesagt, dass auch bei 25 oder 22 Milliarden Euro noch Solidarität und ein kraftvoller Ausgleich möglich wären; das ist das eine.

Das Zweite kennen Sie auch - wir sehen das am Beispiel Schlüsselzuweisungen -: Die Landeshauptstadt München bekommt 2011 eine Schlüsselzuweisung, obwohl sie Steuereinnahmen ohne Ende hat. Was heißt das? Diese Systeme werden jeweils auf dem Stand entwickelt, der aktuell ist. Aber dann verändern sich die Situationen in den Ländern, und wir stellen fest: Sie passen nicht mehr, obwohl sie so unheimlich feinsinnig gemacht worden sind, dass sie für die Mehrheit von uns undurchschaubar sind. Wir müssen feststellen, dass diese unterschiedlichen Systeme ihre Schwächen und Tücken, trotz ihrer Kompliziertheit haben. Das ist der Punkt. Deswegen ist die größte Beständigkeit in unserem Leben die Veränderung.

Zum Schluss darf ich noch sagen: Ich danke dem Finanzminister für die engagierte Arbeit. Mir macht es Spaß, mit ihm zusammenzuarbeiten. Auch er wird sich an allem, was er sagt und tut, messen lassen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Vielen Dank, Herr Kollege Winter. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Ich schlage Ihnen vor, dass wir nach der zusammenfassenden Stellungnahme von Herrn Staatsminister Söder eine halbe Stunde Mittagspause machen.

(Erwin Huber (CSU): Mindestens!)

Wir schauen dann, wie viel Uhr es ist, und machen ab dann 30 Minuten Mittagspause.

Herr Staatsminister, Sie haben das Wort. Bitte schön. - Danach ist die Mittagspause.

**Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium):** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe die letzten drei Stunden wirklich zugehört

(Zuruf von den GRÜNEN: Mehr oder weniger!)

und habe versucht aufzuschreiben, wo die konkreten Vorschläge der Opposition sind, die Schuldenproblematik abzubauen und zu lösen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Nichts ist an der Stelle gekommen, meine Damen und Herren.

(Alexander König (CSU): Es war auch nichts anderes zu erwarten, oder?)

Die Oma von Georg Winter hat recht. Da machen wir einmal etwas - man kann auf den Facebook-Seiten sehen, welche positive Resonanz es dazu gibt -, was vernünftig ist und die Menschen und Ökonomen im Land begeistert. Und was machen Sie? Entschuldigung, dass ich das sage: Sie sind immer gleich beleidigt und nörgeln und kritisieren die ganze Zeit herum. Helfen Sie im Land doch einmal mit! Wer beleidigt ist, wird nicht gewählt. Ich habe mir alles angehört.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Jetzt zu Herrn Halbleib: Er hat vorhin gesagt - das war eine bemerkenswerte Aussage; ich habe sie verinnerlicht -: Schröder und Eichel haben die Grundlagen für bestes Wirtschaftswachstum, für solide Finanzen und für eine quasi ethische Wirtschaftspolitik in Deutschland geschaffen. Ich habe immer respektiert, was aus der Agenda 2010 gefolgt ist. Was Sie verschwiegen haben: In Deutschland hat es vor Schröder/Eichel eine intensive wirtschaftliche Mittelstandskultur gegeben. Aber Hans Eichel und die Regierung damals haben einen neuen Weg beschritten, an dem wir heute ein Stück leiden. Mit den ganzen Steuerbefreiungen für Veräußerungsgewinne von Kapitalgesellschaften haben sie Hedgefonds und anderen erst ermöglicht, ihr Unwesen zu treiben. Diese Verantwortung liegt auch auf Ihren Schultern.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Volkmar Halbleib (SPD): Das ist Kokolores!)

- Es ist wirklich so.

Zweitens. Ich finde es fast schon putzig, dass Sie jetzt das Hohe Lied auf Edmund Stoiber singen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Ich muss ihn doch gegen Sie verteidigen!)

Die ganze Zeit lesen wir nur, dass es eine ganz schlimme Sache gewesen ist, dass der Freistaat Bayern in den letzten Jahren eine Privatisierungspolitik, die gerade Edmund Stoibers Handschrift trägt, betrieben hat und dass das alles zum Schaden gewesen sei, dass es doch das Beste wäre, wenn der Staat alles behält.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dass Bayern in allen Rankings in Wissenschaft, Forschung und Bildung an erster Stelle liegt, beruht darauf, dass wir strategisch investieren konnten, weil wir Beteiligungen verkauft und damit für das Land etwas erreicht haben. Das sollten Sie auch einmal loben.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Sie haben mich kritisiert dafür - -

(Volkmar Halbleib (SPD): Dürfen wir doch!)

- Das dürfen Sie. Was anderes wäre zwar schön, aber unwahrscheinlich.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das werden Sie auch nicht erwartet haben! - Tobias

Thalhammer (FDP): Wäre auch nicht angebracht!)

- Tobi, da hättest du dir auch ein Beispiel nehmen können.

(Heiterkeit)

Sie haben mich also kritisiert, schwer hinterfragt, haben wortgewaltig diskutiert, dass das mit der Tilgung alles nicht funktioniere und eine Luftnummer sei. Ich habe Verständnis dafür, wenn man nicht tilgen will. Aber eines geht nicht: Man kann nicht sagen, wenn der Söder tilgt, ist es Populismus, aber wenn der Ude tilgt, ist es Heldentum. Das geht nicht.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Entweder sind wir aus Ihrer Sicht beide Helden oder beide Populisten. Wenn das Letztere der Fall wäre, könnte ich eher damit leben als Sie, wenn Sie Ihren eigenen Spitzenkandidaten als Populisten beschreiben. Das wäre schwierig.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zuruf der Abgeordneten Claudia Stamm (GRÜNE))

Ich habe nur zugehört. Sie haben ein Interview von mir in der "Welt am Sonntag" zitiert. Sie haben darauf hingewiesen, ich hätte gesagt - ich habe den Text zufällig da -, die Versorgungsrücklage, die der eindeutig größere Teil ist, wird laufend bedient. Das war der Text. Sie haben gesagt, das stimme nicht. Das, lieber Herr Halbleib, ist falsch. Die Versorgungsrücklage wurde in den letzten Jahren immer bedient, und zwar im Jahr 2010 mit 137 Millionen Euro, im Jahr 2011 mit 68,5 Millionen Euro und in 2012 mit 71,7 Millionen Euro. Was nicht bedient wurde durch Beschluss des Haushaltsgesetzgebers, war der Versorgungsfonds. Allein daran, dass Sie als wirklich bemühter



und engagierter Kollege im Haus - ich meine das ernst - nicht den Unterschied zwischen Rücklage und Fonds genau kennen, stimmt mich zuversichtlich, dass wir uns gemeinsam etwas überlegen, um das zu ändern.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wenn er es nicht weiß, dann weiß es die Bevölkerung auch nicht.

Nun zur Landesbank. Kollege Hallitzky hat zum Schluss wirklich einen epochalen Beitrag eingebracht. Zu dem Argument, das auch von anderen erwähnt wurde, nach dem Motto, diese Regierung ist schuld daran, dass weltweit Finanzmärkte zusammengebrochen sind, muss ich sagen, dass ich Verständnis für Diskussionen habe. In einem konkreten Fall gibt es eine Fülle von Klagen, mit denen juristisch aufgearbeitet wird, inwieweit der Freistaat und die Landesbank offenkundig betrogen wurden. Das wird diskutiert.

(Zuruf der Abgeordneten Maria Scharfenberg (GRÜNE))

Aber zu sagen, der Freistaat Bayern und die Staatsregierung, am besten noch die Mehrheit des Parlaments seien dafür verantwortlich, dass weltweit Finanzmärkte zusammenbrechen, ist wirklich einfach unseriös. Seien Sie an der Stelle einmal ehrlich.

(Eike Hallitzky (GRÜNE): Das hat kein Mensch gesagt!)

- Doch, doch. Ständig nur über das Jahr 2008 zu philosophieren - - Ich brauche Lösungen für das Jahr 2012 folgende. Jeder Vorschlag, der da kommt, ist uns recht, meine Damen und Herren. Wirklich jeder.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich bitte, das seriös zu machen. Denn eines wird nicht gehen: Man kann nicht sagen, bringt möglichst schnell viel Geld für den Staatshaushalt, aber das, was ihr verkaufen wollt, müsst ihr quasi umsonst abgeben. Es geht nicht, zu sagen, die Bank muss kleiner werden, aber gleichzeitig muss sich das Personal fast verdoppeln. Das haben Sie

zwar heute in der Debatte nicht so gesagt, aber andere sagen es. Wenn, dann müssen wir das ökonomisch seriös machen.

(Claudia Stamm (GRÜNE): Sie sollten erst zuhören, bevor Sie reden!)

- Ich brülle auch nicht dazwischen, weil ich mir wirklich Mühe gebe, jeden Satz, den Sie gesagt haben - - Ich habe zugehört. Herr Kollege Hallitzky sprach davon, mir etwas in den "Stammbaum" zu schreiben. Ich habe nicht so einen Stammbaum wie andere, aber das ist ein anderes Thema.

(Heiterkeit)

Kommen wir weiter zu den FREIEN WÄHLERN.

Herr Pointner, Ihr Beitrag war im Grunde sehr höflich. Vielen Dank. Eines möchte ich Ihnen aber noch sagen, das ist wichtig. Beim Thema Flughafen sind Sie aus alter Erfahrung in der Sache drin. Die FREIEN WÄHLER - ich glaube, auch Herr Aiwanger - haben in Nürnberg einen grandiosen Vorschlag zur Flughafenstrategie gemacht. Den Vorschlag, den die GRÜNEN gestern gemacht haben, kann man ja noch irgendwie kritisch bewerten. Die FREIEN WÄHLER haben aber in Nürnberg zur Lösung der Problematik folgenden Vorschlag gemacht: Der Flughafen liegt im Nürnberger Norden. Da reißen wir ihn ab und bauen ihn im Nürnberger Süden. Ich muss wirklich sagen, das war ein ökonomisch weitreichender Vorschlag.

(Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (FREIE WÄHLER): So ein Käse! Wir sind die Landtagsfraktion! Das war ein irregeleiteter Stadtvorsitzender, der das gesagt hat. Es wurde eine Pressekonferenz in Nürnberg abgehalten! Also, zuhören können Sie wirklich nicht!)

- Ja, ja, gehen wir weiter. Ich kann wirklich nichts dafür, was Sie sagen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

In der Zeitung stand es so. Aber Sie würden schon gerne den Flughafen abbauen und woanders hinbauen, oder?

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Herr Minister! Weiter geht's.

**Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium):** Ich weiß, der Herr Präsident möchte in die Pause.

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Ich habe eine gewisse Fürsorgepflicht, Herr Staatsminister.

**Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium):** Das habe ich über all die Jahrzehnte bei Ihnen auch so gesehen.

Jetzt noch zum Thema von Frau Stamm junior. Wissen Sie, es ist sehr faszinierend. Ich glaube, wenn wir eine Umfrage in der Bevölkerung machen würden, wen die bayerischen Bürgerinnen und Bürger als wirkliche Dagegen-Partei ansehen, dann würde die CSU in dieser Umfrage das schlechteste Ergebnis generell bekommen. Sie sind doch die Einzigen, die hier im Parlament und bei jeder Infrastrukturmaßnahme, die es national gibt, dagegen sind. In Berlin haben Sie deswegen keine Regierung bilden können. In Stuttgart gibt es deswegen Probleme mit dem Koalitionspartner. Und hier in München gibt eine rot-grüne Stadtregierung vor, sie wäre die beste Regierung nach 2013 mit noch einem anderen Partner, kann sich aber bei der ganz zentralen Infrastrukturmaßnahme der nächsten Jahrzehnte nicht einigen und macht quasi wechselseitige Ratsbegehren. Da kann ich nur sagen: Wenn jemand dagegen ist, dann sind es die GRÜNEN in Bayern, meine Damen und Herren, und das sehr nachhaltig.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Nun zu der Frage, wie man Angst vor der Zukunft schürt oder abbaut. Das haben Sie, Frau Stamm, angesprochen. Das ist schon wichtig. Sie haben gesagt, es gebe in Europa verschiedene Verpflichtungen und die Menschen seien besorgt, wie es weitergeht.

Ich möchte Ihnen sagen, worüber ich mir Sorgen mache, nämlich wie es hätte weitergehen können. Wir haben in den letzten Tagen über Fiskalpakete diskutiert. Wir, die bürgerliche Regierung, hatten immer die klare Auffassung: Staatsschuldenkrise in Europa findet so statt, dass die anderen die Schulden abbauen müssen. Wir wollen nicht das Konzept, Schulden zu teilen. Aber noch am letzten Donnerstag - meine Damen und Herren, das muss in der Öffentlichkeit einmal diskutiert werden - hat der Finanzausschuss des Bundesrates auf Antrag der A-Länder, also der von Grün-Rot oder Grün mit anderen Farbkonstellationen regierte Länder, folgenden Antrag gestellt, ganz massiv zu sagen: Die Schuldenkrise in Europa sei nur damit zu lösen, dass wir Eurobonds einführen. Hier im Bayerischen Landtag ständig zu sagen, wir sollen etwas gegen die Schulden machen, aber gleichzeitig in Europa zu versprechen, die Schulden anderer zu übernehmen, ist nicht redlich. Wir lehnen ein solches Vorgehen ab.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Zum Länderfinanzausgleich: Sie haben völlig recht. Der letzte Länderfinanzausgleich wurde am Ende nach einer Klage gemeinschaftlich entschieden. Es ist tatsächlich schon ein Erfolg, weil die Schätzungen so sind, dass wir bis zu 300 oder 400 Millionen Euro weniger zahlen müssen, als wir nach dem alten zahlen müssten. Wissen Sie, worin der Hauptunterschied liegt? Die Disparität der ökonomischen Entwicklung macht die Zahlen so knallhart.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das ist richtig!)

Es ist so: Der Freistaat Bayern ist aufgrund seiner starken Wirtschaftspolitik mit allen Partnern hier im Land - dazu gehört nicht nur die Staatsregierung - aufgrund kluger Innovationen in Unternehmen, aufgrund der jungen Menschen, die sich selbstständig machen, und aufgrund der vielen fleißigen helfenden Hände in unserem Land wirtschaftlich so stark. Sie wollen aber wohl nicht sagen, dass die Menschen in Nordrhein-Westfalen und Berlin weniger fleißig wären. Die Grundveranlagung zum Fleiß und zum wirtschaftlichen Erfolg ist überall gleich. Also muss der Erfolg auch etwas mit der Poli-

tik zu tun haben. Wir werden zwar immer erfolgreicher, aber alles, was wir mit unserem Erfolg erzielen, geht von uns weg und an die, die sich gar nicht darum bemühen, aus ihrer Situation herauszukommen, so zum Beispiel das Bundesland Berlin. Die einzige Aussage, die von dort kommt, lautet aber: Nervt uns einmal nicht, wir wollen euer Geld haben, was sonst passiert, ist uns aber wurscht. Das ist kein Weg, den man als bayerischer Minister ernsthaft vertreten kann. Es tut mir leid.

(Beifall bei der CSU)

Für die Gespräche haben wir eine Reihe von Vorschlägen gemacht. Wir wollen über mehr Anreize und mehr Eigenverantwortung reden. Wir wollen eine Belastungsgrenze für die Zahlerländer einführen. Wir wollen über den anteiligen Bezug der Gemeindesteuerkraft neu diskutieren. Wir werden nämlich doppelt bestraft, weil es aufgrund sogenannter Bundesergänzungszuweisungen über den Länderfinanzausgleich hinaus eine zusätzliche Finanzierung strukturschwacher Länder gibt. Wir haben eine Fülle von Vorschlägen gemacht, und über diese Vorschläge wollen wir diskutieren. Wenn diese Vorschläge nach dem Motto "Das stört uns jetzt, das nervt uns jetzt, was wollt ihr überhaupt?" abgelehnt werden, bleibt uns gar nichts anderes übrig. 2019 läuft der Vertrag aus. Dann wird neu darüber verhandelt. Es wird dann zwar einen Länderfinanzausgleich geben, aber nie wieder in dieser Höhe. Sollte die Schuldenbremse greifen - wir hoffen es zumindest -, wird sie zu veränderten Konsolidierungen und Einnahmesituationen führen, sodass wir 2020 unabhängig vom Länderfinanzausgleich deutliche Rückgänge haben werden. Wir wollen uns aber nicht damit abfinden, darauf zu warten. Deshalb liegt eine Reduzierung des Finanzausgleichs im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung Bayerns. Sie können darüber jederzeit in Bayern eine Volksabstimmung machen und fragen, was die Bürgerinnen und Bürger in Bayern wollen. Wollen sie weiter diese Form der Solidarität, oder wollen sie mehr finanzielle Gerechtigkeit? Wir setzen auf finanzielle Gerechtigkeit in Deutschland.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Volkmar Halbleib (SPD): Wir haben Sie aufgefordert, etwas zu tun!)

Ich bedanke mich für viele Beiträge. Eines wollte ich aber noch sagen; denn es ist wichtig. Es ist wirklich eine grundsätzlich konzeptionelle Frage. Sie haben gesagt, wir würden zu wenig Schulden abbauen, wir würden den Schuldenabbau nicht ernst nehmen. Aus den Wortbeiträgen der Opposition habe ich nur Vorschläge gehört, wie man mehr, mehr und noch mehr ausgeben kann. Mehr Stellen da, mehr Stellen dort, höhere Förderungen hier und höhere Förderungen da. Ein oder zwei Vorschläge gab es, wo man etwas streichen könnte. Wir müssen uns in diesem Land überlegen, wohin der richtige Weg führt. Ich habe volles Verständnis dafür, dass man sagt - -

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

- Wenn Sie Ihre Zwischenrufe besser koordinieren würden, wären sie wirkungsvoller!

(Harald Güller (SPD): Danke für den Hinweis!)

Wenn alle brüllen, hilft es nichts.

(Harald Güller (SPD): Kommen Sie wieder zur Sache, Herr Minister! Mangelnder Sachverstand wird nicht durch Arroganz kompensiert!)

Es steht mir nicht zu, Ihnen Vorschläge zu machen, aber es wäre für Sie besser.

Eines können Sie nicht: Sie können nicht sagen, Sie wollten konsolidieren; denn mit Ihrer Form der Konsolidierung nehmen Sie nicht etwa die Ausgabenpolitik ins Visier, sondern Ihre Konsolidierungsstrategie läuft alleine auf die Einnahmenseite hinaus. Das ist für die Menschen der Unterschied in Deutschland und in Bayern. Wir nehmen die Ausgaben ins Visier. Sie beschließen auf Ihren Parteitagen ein ums andere Mal Steuererhöhungen. Darüber muss diskutiert werden. Wollen wir in Deutschland am Ende Steuererhöhungen in Höhe von 30 Milliarden haben? Wenn wir das wollen, ist die linke Seite die richtige. Wenn wir aber wollen, dass das Geld vernünftig eingesetzt wird, dann ist die rechte Seite die entscheidende. Darüber sollten wir in Deutschland abstimmen.

(Anhaltender Beifall bei der CSU und der FDP - Harald Güller (SPD): Ihre finanzpolitische Kompetenz haben Sie bei der Landesbank hinreichend bewiesen!)

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Um das Wort für eine persönliche Erklärung nach § 112 der Geschäftsordnung hat Herr Kollege Halbleib gebeten.

**Volkmar Halbleib (SPD):** Herr Finanzminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es liegt mir viel auf der Zunge, was ich nach diesem wirklich eigenartigen Abschlussbeitrag des Ministers sagen könnte. Nach der Geschäftsordnung des Bayerischen Landtags steht mir dies aber nicht zu. Es steht mir aber zu, mich vor dem Hohen Haus und vor der Öffentlichkeit gegen den Vorwurf des Staatsministers, ich hätte falsche Tatsachen in den Raum gestellt, zu verwehren. Dagegen verwehre ich mich in aller Deutlichkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Herr Finanzminister, Sie haben die Aussage, eine Zuführung zum Versorgungsausgleich sei unterblieben, als falsch bezeichnet. Dem ist nicht so. Ich kann Ihnen den aus Ihrem eigenen Hause stammenden Finanzplan vorhalten. Ich sage anschließend auch, was für die Haushaltsjahre 2011 und 2012 gilt. In Ihrem eigenen Finanzplan tragen Sie auf Seite 82 vor - Zitat: Die Zuführungen des staatlichen Anteils aus der Absenkung des Versorgungsniveaus an die Versorgungsrücklage bleiben wie 2011 und 2012 vorläufig weiterhin ausgesetzt.

Das steht schwarz auf weiß in Ihrem eigenen Finanzplan, im Bericht aus Ihrem Hause auf Seite 82. Sie sagen, ich hätte hier wissentlich oder unwissentlich eine falsche Aussage in den Raum gestellt. Sie sind es, der falsche Aussagen in den Raum stellt und sie hier im Landtag auch noch wiederholt.

(Beifall bei der SPD - Alexander König (CSU): Sie sollten einmal das Protokoll nachlesen! Lesen Sie, was im Protokoll steht!)

- Langsam!

Die Zuführung zur Versorgungsrücklage soll um den staatlichen Anteil aus der Absenkung des Versorgungsniveaus gekürzt werden.

Das Gleiche betrifft eine Auskunft aus dem Finanzministerium aus dem Jahr 2011.

(Karl Freller (CSU): Das ist ein Wortbeitrag! - Ernst Weidenbusch (CSU): Zur Sache bitte! - Harald Güller (SPD): Jetzt ist sogar der Kollege Weidenbusch aufgewacht!)

- Ich bin dabei, eine persönliche Erklärung abzugeben. Dass Sie das irritiert, wundert mich sehr. Das ist mein gutes Recht, und das bitte ich auch zu respektieren.

(Beifall bei der SPD)

Aus dem Finanzministerium kam am 25. Januar auf eine Anfrage der Kollegen Schuster und Güll die gleiche Antwort. Ich kann Ihnen die Beträge nennen, die nicht der Versorgungsrücklage zugeführt wurden. Das Finanzministerium hat uns mitgeteilt, dass 2011 62 Millionen nicht zugeführt worden seien und 2012 77 Millionen nicht zugeführt werden. Insofern fällt das, was der Finanzminister mir gegenüber gesagt hat, in sich zusammen. Ich verwahre mich in aller Deutlichkeit dagegen.

(Beifall bei der SPD)

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Selbstverständlich ist es möglich, im Rahmen einer persönlichen Erklärung etwas richtig zu stellen, wenn man wegen einer aus seiner Sicht falschen Darstellung oder falschen Aussage angegriffen wurde.

(Alexander König (CSU): Die Betonung liegt auf "aus seiner Sicht"! - Helga Schmitt-Bussinger (SPD): Sie wollen das nur nicht hören!)

Sie dürfen sich jederzeit - das regelt auch § 112 der Geschäftsordnung - Ihrerseits zu Wort melden. - Das ist nicht der Fall. Niemandem ist danach.

(Helga Schmitt-Bussinger (SPD): Hat jemand noch etwas zu sagen?)



Dann darf ich feststellen, dass gemäß § 148 der Geschäftsordnung die Gesetzentwürfe dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen als federführendem Ausschuss überwiesen werden.

Wir unterbrechen die Sitzung für eine Pause bis 14.30 Uhr. Dann geht es mit dem Tagesordnungspunkt 3, Dringlichkeitsanträge, weiter.

(Unterbrechung von 13.58 bis 14.35 Uhr)

**Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl:** Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist jetzt 14.35 Uhr.